Konservierung, Restaurierung, Grabungstechnik: Studiengang in Gefahr – Seite 6

4,00 €
Dezember/
Januar
23. Jahrgang

12/1
2025–2026

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:
Hasnain Kazim
Natalie Pawlik
Matthias Quent
Hans Vorländer
Matthias Wemhoff
und viele andere

Gedenkstätten
Das Bundeskabinett hat eine Gedenkstättenkonzeption verabschiedet. Es geht um die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur. Seite 3

Zettelkataloge
Kulturgutschutz sollte nicht nur für Objekte in Museen oder Bibliotheken, sondern auch für deren Ordnungssysteme gelten. Seite 5

Sieg gegen OpenAI
Die GEMA erzielt bei ihrer Klage gegen OpenAI vor dem Landgericht München Erfolg: ein wichtiger Sieg für den Kulturbetrieb. Seite 7

Resonanzen
Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen, ihre Geschichte, ihre Gegenwart und ihre Bedeutung für die Verständigung. Seite 12

Universal

Von meinem Großvater bekam ich als Kind ein dickes Buch über die »Welten der Entdecker« geschenkt. In ihm war eine Abbildung von Alexander von Humboldt 1856 in seiner Bibliothek an der Oranienburgerstraße in Berlin. Als Kind liebte ich diese Abbildung und war davon überzeugt, dass alle Wissenschaftler und auch alle Künstler irgendwie auch heute so leben, überhäuft mit Büchern, Plänen, Naturobjekten und Kunstwerken, aus aller Herren Länder, aus allen Disziplinen.

Heute weiß ich, dass es nur wenige Universalgelehrte und Universalkünstler gibt. Alle spezialisieren sich. Wissenschaftler betrachten oft nur einen winzigen Ausschnitt ihres Forschungsbereiches und Künstlerinnen und Künstler sind oftmals ebensolche Spezialisten nur in ihrer Profession.

Aber, es wird immer deutlicher, dass die großen Herausforderungen unserer Zeit nicht in einzelne Disziplinen passen. Klimawandel, digitale Transformation, Artensterben, globale Energiefragen, Migrationsbewegungen oder medizinische Risiken – all das sind Probleme, die sich nicht mit dem Blick nur eines einzigen Faches lösen lassen. Die moderne Wissenschaft ist hoch spezialisiert, und diese Spezialisierung hat zweifellos Fortschritte ermöglicht. Gleichzeitig erzeugt sie aber Wissensinseln, zwischen denen kaum Austausch stattfindet. Viele Forschende kennen ihren Bereich perfekt, aber nicht mehr das Gesamtbild, in das ihre Erkenntnisse eingebettet sind. Dadurch entstehen Lücken, Missverständnisse und manchmal sogar widersprüchliche Entwicklungen, die niemand mehr überblickt. Die KI ist hierfür ein gefährliches Beispiel.

Gerade deshalb wären Menschen, die mehrere Denkweisen verbinden können, heute so wertvoll: moderne Universalgelehrte, die Naturwissenschaften, Technik, Kultur und Kunst gleichzeitig im Blick haben. Sie können Zusammenhänge erkennen, die Spezialisten entgehen, und Muster sehen, die nur sichtbar werden, wenn man mehrere Perspektiven miteinander verknüpft. Menschen, die zwischen Disziplinen vermitteln, Grenzen überschreiten und Ideen aus verschiedenen Bereichen zusammenführen. Nicht, weil die Spezialisierung falsch wäre, sondern weil sie allein nicht ausreicht.

Moderne Universalgelehrte – ob Wissenschaftler oder Künstler – können Orientierung geben, Perspektiven verbinden und Lösungen entwickeln, die nicht an den Grenzen einzelner Fachgebiete stehenbleiben. Genau diese Fähigkeit, über den Tellerrand hinaus zu denken, könnte heute entscheidend sein, wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit tatsächlich verstehen und bewältigen wollen.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

MENSCHENMASSEN VERFOLGEN DAS STADIONKONZERT VON COLDPLAY IM JAHR 2024 IN MÜNCHEN VOM NAHEGELEGENEN, FREI ZUGÄNGLICHEN OLYMPIABERG. FOTO: © PICTURE ALLIANCE | NURPHOTO | MICHAEL NGUYEN

Es gibt kein Wort für alle Wörter

Die Bedeutung von Sprache für die Integration

SAŠA STANIŠIĆ

ES GIBT KEIN WORT für den Vorgang, wenn ein Kind zum ersten Mal eine Geschichte in einer Sprache, die nicht seine erste ist, lesen und begreifen kann.

Es gibt kein Wort für das Gefühl, das ein Kind empfindet, wenn es zum ersten Mal in einer Sprache, die nicht seine erste ist, die eigene Geschichte erzählen darf. In der Geschichte lebt das Kind in einem Land, in dem seine erste Sprache nur von wenigen gesprochen wird. Auf dem Schulweg begegnen ihm Orks. Und es ist jemand da, der die Geschichte liest und fragt: »Hast du noch eine?«

Ich war dieses Kind, und es war ein Deutschlehrer, der meinen ersten zaghaften Textversuchen auf Deutsch mit jener Frage begegnet ist. Er ermutigte mich, noch mehr zu erzählen und auf Deutsch. Einem der Texte traute er sogar zu – nicht der Angelegenheit mit den Orks, sondern einem Gedicht –, dass er auch andere interessieren könnte. Wir lasen das Gedicht und sprachen darüber in einer Deutschstunde. Die Botschaft an mich lautete: Auch wenn dein Deutsch nicht gut ist, du hast etwas zu sagen.

Das Gedicht handelte von Heimatverlust und traurigen Unsicherheiten des Lebens im neuen Land. Einige aus der Klasse waren selbst Erzähler dieses Themas, stellte sich heraus. Die anderen kannten es von Hilde Domin und der Tagesschau. Sie alle bekamen nun ein paar Bilder und Ideen dazu in den Versen eines Gleichaltrigen mit, der auch noch im selben Raum saß.

Die deutsche Sprache war in diesen fünfundvierzig Minuten, in denen Fatih aus der Türkei gut fand, wie sich nichts reimte, und Verena aus Dossenheim den Kontrast interessant zwischen dem Unvertrauten des Geflüchtetenalltags und dem ihr Vertrauten der Natur, und Siavash erzählte, sein Onkel habe auch fliehen müssen, aus dem Iran – die deutsche Sprache war nicht mehr nur mein lahmes Kommunikationspferd, sondern machte, Lyrik geworden, sichtbar, wer ich war und was mir wichtig war, was mich beschäftigte.

Die Klasse sprach über den Jugoslawienkrieg und die Nöte der Geflüchteten, und ich, mittendrin, fühlte mich: vollständig. Als sei ich bis zu dem Augenblick jemand gewesen, dessen Leben mit magischer Tinte geschrieben worden war, und nun ließ ein Lehrer, ließ ein Gedicht, ließ Kultur, ließen meine Mitschüler die Schrift sichtbar werden.

Worte fürs Wichtige gefunden zu haben und jemanden, der meine Wortfindung begleitete, ermutigte mich, weiterzumachen. Ich schrieb bald schon weniger über Krieg oder über unser prekäres Leben in Deutschland und mehr über Pubertät, Liebe und diese Dinge. Die sogenannte fremde Sprache, das Deutsche, wurde mir, Metapher für Metapher, weniger fremd. Etwas zu können, lässt es nicht mehr fremd sein.

Einen solchen Deutschlehrer in ihrem Leben gibt es für die Wenigsten.

> **Worte fürs Wichtige gefunden zu haben und jemanden, der meine Wortfindung begleitete, ermutigte mich, weiterzumachen**

Es gibt ein Wort im Deutschen, es heißt: Sprachlosigkeit. Das Wort beschreibt die Unfähigkeit zu kommunizieren. Diese ist meist von kurzer Dauer; das Entsetzen legt sich, die Fassung wird wiedererlangt.

In den jugoslawischen Sprachen gibt es das Wort nicht, man behilft sich mit einer Phrase: nemam riječi – »Ich habe keine Worte«. Ich glaube, das trifft die Situation vieler Geflüchteter besser, die in einer neuen Sprache und einem unbekannten Leben zurechtzukommen versuchen. Die Sprachlosigkeit nicht als das kurzfristige Ringen um Worte, sondern als ein Zustand.

Meine Mutter hatte dafür sogar ein eigenes Bild. Die Flucht und die erste Zeit in Deutschland hätten sich für sie angefühlt, als würde sie auf einer riesigen Brache stehen und rufen, aber nur diejenigen, die ebenfalls auf der Brache herumgeistern, könnten sie hören. Die anderen stünden außerhalb und reagierten nicht: die Deutschen.

»Weil sie dich nicht verstehen?«, fragte ich.

»Nein«, sagte sie. Verständlich machen habe sie sich immer irgendwie können. Und es sei ihr auch nicht schwergefallen, selbst nicht alles zu verstehen. Die Brache – das Worte-nicht-Haben – das war eher die zähe Erfahrung der Hilflosigkeit, dass kaum etwas von dem, was sie sagte, etwas bewirkte. Etwas leichter machte. Meine Mutter hatte keine Worte gegen die Verlorenheit im Alltag oder die Hitze in der Großwäscherei, und die Duldung wurde trotz korrekt ausgefüllter Anträge wieder nur um sechs Monate verlängert. Die Sprachlosigkeit entsprang der Müdigkeit nach Zwölfstundenschichten, dem Zeitmangel für eigentlich alles andere außer Arbeit. Sie kam aus der finanziellen Not und der Tatsache, dass all die Beschwerlichkeiten auch niemanden zu interessieren schienen, außer wieder nur jene, die sie ebenfalls trafen.

Die Brache, sagte meine Mutter, war eine konstante Unwegsamkeit. Sie war Überforderung und sie war Unterforderung. Auf der Brache, sagte sie, wart dein Vater und du meine einzigen Freuden.

Die Sprachlosigkeit bedeutete, übersehen und übergangen zu werden, obwohl man sich Mühe gab und vorankommen wollte, auch nachdem man die Sprache gelernt hatte. Und die anderen hatten keine Worte, weil sie zum Dialog nicht bereit waren. Aufbegehren half nichts; sie wusste, so erzählt sie es, dass sie in der Wäscherei sofort ausgetauscht worden wäre, wenn sie sich etwa gegen die Arbeitsbedingungen gewehrt hätte.

Wenig Sprache bedeutet wenig Teilhabe. Am Schaffen von Alltag, am Erschaffen von Kultur, am Gefühl von einem Zuhause. Aber auch mit mehr Sprache braucht es jemanden, der zuhört und dir Chancen gewährt. Die Wohnsituation, der Aufenthalt, die Bildungsbedingungen und die berufliche Perspektive – viele Probleme der migrantisch prekären Lebenslagen werden nicht kleiner, nur weil man sie kommunizieren kann.

Es ist also wichtig, nicht nur Worte zu haben, sondern auch jemanden, der sich in deine Lage versetzen kann. Idealerweise ist das jemand, der das Leben auf der Brache kennt, sie bereits durchquert hat. Eine

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 12/25–01/26
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Universal
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Es gibt kein Wort für alle Wörter
Saša Stanišić 01

SEITE 2

Kulturmensch: Brigitte Dethier 02

AKTUELLES

Auseinandersetzung mit NS-Terrorherrschaft und SED-Diktatur im Mittelpunkt
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Politische Bildungsarbeit ist nicht neutral
Udo Hahn 04

Zettelkataloge der Berliner Staatsbibliothek: Kann Ordnung Erbe sein?
Nikolaus Bernau 05

Wir arbeiten für die Zukunft
Sreya Chatterjee im Gespräch 06

Einzigartige Expertise
Matthias Wemhoff 06

Bemerkenswerte Klarheit
Kai Welp 07

Die SPK und die Welt (2): Snapshot USA
Marion Ackermann 07

Durch Inklusion entstehen neue Ästhetiken
Steffen Sünkel und Clara-Michaela Dvořák im Gespräch 08

Netzwerk Junge Ohren: Neugierig auf alles, was kommt
Katharina von Radowitz und Alexander von Nell im Gespräch 09

Sorge vor der Relativierung
Johann Michael Möller 10

Festival: Women in Architecture
Elke Duda 10

INTERNATIONALES

Verlagswesen im arabischen Raum
Bodour Al Qasimi im Gespräch mit Yvonne de Andrés 11

Deutsch-israelischer Kulturaustausch: Die Kunst der Beziehung
Gila Baumöhl und Hannah Dannel 12

KULTURELLES LEBEN

Christian Spuck: Der Dritte in der vierten Reihe hinten links
Andreas Kolb 13

Über die Macht der Bilder
Johann Hinrich Claussen 13

Personen & Rezensionen 14

ZUSAMMENHALT IN VIELFALT

Bündnis der Mitte
Olaf Zimmermann 15

Kultur schafft Integration
Natalie Pawlik 16

Zu den Bildern 16

Irritation durch Rechts außen: »Solange unser Herz klopft«
Matthias Quent 17

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist nicht selbstverständlich
Hans Vorländer 18

Vielfalt durch Gemeinsamkeit
Sanem Kleff 19

Projekt Schülerpatenschaften: Voneinander lernen, einander verstehen
Karim El-Helaifi 19

Plädoyer für eine Stadt in Vielfalt: Reibung als Chance
Daniela Schneckenburger 20

Gestalter des Zusammenlebens
Julia Sagasser und Marc Elxnat 20

Integration in Landkreisen: Familie, Arbeitsplatz, Spracherwerb
Jörg Freese 21

Die Zukunft der unabhängigen Medien ist bedroht
Mika Beuster 21

Ein Marktplatz der Religionen und Weltanschauungen
Anne Gidion 22

Schlüsselkompetenz Religionssensibilität
Jakob Johannes Koch 22

Religiöse Vielfalt stärkt das Zusammenleben
Ali Mete 23

Die verbindende Kraft der Religionsgemeinschaften
Josef Schuster 23

Der Verein als Resonanzraum unserer wehrhaften Demokratie
Michaela Röhrbein 24

Warum ein starker Staat Mitwirkung braucht
Kai Niebert 24

Unsere Sprache ist ein gemeinsames Band
Hasnain Kazim 25

Lohnarbeit ist Treiber für Integration und Teilhabe
Stefan Körzell 25

Für eine gegenwartsorientierte Erinnerungskultur
Jens-Christian Wagner 26

Zur Aufgabe von Gedenkstätten und Museen
Axel Klausmeier 26

MEDIEN

Das Urheberrecht ist gegen die KI nicht rechtlos
Helmut Hartung 27

Über das neue Hören
Çiğdem Uzunoğlu 27

DAS LETZTE

Das Allerneueste
Theo Geißler 28

Medwedews Ge-Schwüre 28

Karikatur 28

DER AUSBLICK

2|26

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Februar 2026.
Im Fokus steht das Thema »Tanz«.

Fortsetzung von Seite 1

FOTO: LUCHTERHAND | © MAGNUS TERHORST

Dolmetscherin in der Geflüchtetenunterkunft, die sich erinnert, wie es sich für sie selbst angefühlt hat, keine Worte zu haben, vermittelt anders als jemand, der nur übersetzt (wobei man froh sein kann, wenn man überhaupt eine Dolmetscherin hat).

In einem utopischen System ist Repräsentation in allen Lebensbereichen selbstverständlich – von Sozialarbeit über Behörden bis hin zu Politik und vor allem Kultur als einem Ort der Begegnung und Darstellung. Die Anliegen der »Brachenmenschen« werden dort nicht als Einzelfälle verhandelt, da sie von Beginn an strukturell berücksichtigt werden und mit mehr Geduld sowie Wohlwollen gegenüber Neuankömmlingen gerechter verhandelt.

Wer die Brache in der Mehrheitssprache erklären kann, hat sie meist schon verlassen. Der Weg ist lang, der Spracherwerb kein Selbstläufer, erst recht nicht in Stadtvierteln, in denen die Mehrheitssprache nicht in der Mehrheit ist.

Die segregierende Stadtplanung der letzten Jahrzehnte sowie eine vielerorts isolierende Wohnraumpolitik gerade für Geflüchtete (anstelle verbindend-integrativer Konzepte) haben diese Ballung mitverursacht und zusätzlich eine Trennung von sozioökonomischen Lebensrealitäten begünstigt.

Als Reaktion versuchen einige Bundesländer, auch wir in Hamburg, lokal mit einem Sozialindex gegenzusteuern. Schulen in sogenannten Problemvierteln erhalten mehr finanzielle Mittel und zusätzliches Personal.

Das allein reicht aber lange nicht. Neben eigener Lernbereitschaft und Geduld, um sich Wissen zu erarbeiten, Sprachfähigkeiten zu festigen und so Teilhabe zu erwirken, braucht es von außen mehr Zuwendung: mehr Mittel für individuelle Förderung, mehr Räume zum Lernen, und eine Gesellschaft, die versteht, dass Bildungsgerechtigkeit nicht allein in Klassenzimmern hergestellt werden kann, sondern durch gemeinsame Bemühungen von Politik, Medien, Familie und Nachbarschaft, in kollektiv geteilter Verantwortung allen Kindern gegenüber. Kultur spielt hierbei eine große Rolle.

*

Die Schriftstellerei ist ein merkwürdiges Handwerk. Es ist sogar vielleicht das einzige, das sich einer Sache bedient, die zugleich Werkzeug wie auch Arbeitsraum und letztlich Produkt ist – der Sprache. Mit Sprache arbeiten, schafft erst einmal nur mehr Sprache. Wert und Wirkung und Information und, ja, Unterhaltung sind zusätzliche erfreuliche Nebenerzeugnisse.

Wie jeder andere Handwerker braucht auch der Sprachhandwerker Zeit, Ideen und Talent, um etwas von Dauer zusammenzuwerteln. Wie der Zimmermann dem Holz, den Maßen und seinen Werkzeugen vertrauen muss, sie gut kennen, berechnen, bedienen, um gute Stücke herzustellen, muss auch der Schreibende der Sprache vertrauen können und der Aussicht, mit ihr mehr zu erschaffen als eben nur mehr Sprache: Geschichten, die jemandem etwas bedeuten. Dieses lässt sich auch auf andere künstlerische Kulturpraktiken übertragen – auf Bildhauer, auf Sängerinnen, auf Schauspieler, auf Tänzerinnen.

Aber ich beschränke mich hier auf das Schreiben, da kenne ich mich am besten aus.

Das freie, kreative Erzählen, das weiß ich aus eigener Erfahrung, kann wie ein Ventil wirken, um Druck abzulassen und Sorgen oder auch Wut zu formulieren. Diese Funktion scheinen auch die Geschichten von Jugendlichen zu erfüllen, die ich selbst lesen darf. Sie erzählen vom Schulstress und Zukunftsangst, stellen Identitätsfragen, widmen sich schwieriger Selbstfindung. Scheitern ist ein geläufiges Unhappy End. Das gilt im Übrigen auch für Geschichten von Kindern ohne Migrationshintergrund.

Es wird aber auch viel geträumt, und manche Geschichte erzählt vom Glück. Vom Verlassen der Armut, vom plötzlichen Auftauchen des vermissten Vaters und auch vom gehaltenen Elfmeter im entscheidenden Spiel. Die Stoffe lesen sich wie Fabeln mit menschlichen Protagonisten, denn sie handeln vom Siegen against all odds. Nur wird am Ende nicht der Drache niedergerungen, sondern eine deutsche Behörde.

All diese Geschichten sollten breiter gelesen werden, damit auch diejenigen aus ihnen etwas lernen können, die gerade für migrantische Jugend nur pauschale Vorurteile übrighaben. Die meisten werden aber die Außenwelt nie erreichen.

Andere werden gar nicht erst erzählt. Manche Erzähler abgeschoben, bevor sie überhaupt loserzählen können. Mir selbst wäre das beinahe widerfahren. Jetzt berichte ich – gegen ein Honorar! – vom unwahrscheinlichen Glück, dass das nicht der Fall war.

Das Glück verdanke ich nicht dem Zufall, sondern, dort, wo ich mit meinen eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten nicht weitergekommen wäre, einzelnen Menschen, Vereinen und Kulturinstitutionen (und dort wieder den Menschen). Ein Busfahrer brachte uns Flüchtende über die Grenze nach Ungarn. Nachbarn in Heidelberg verschenkten Küchenutensilien an die Ankömmlinge. Der Schulverein ermöglichte einigen von uns den Instrumentalunterricht.

Was sie alle verband: Sie sorgten mit ihrem Einsatz dafür, dass Menschen in Not nicht Glück haben müssen, um zu etwas mehr Glück zu finden. Manche haben dafür auch Geld in die Hand genommen. Weil ohne Geld können wir hier lange sitzen und uns über die Rolle von Kultur in der Gesellschaft Gedanken machen.

Eigentlich ist es einfach: Werden bedürftige Kinder und Jugendliche früh und nachhaltig gefördert, werden sie an Kulturangebote unkompliziert herangeführt und darin begleitet, selbst Kunst zu schaffen, so kann deren gesamte Bildungsbiografie positiv beeinflusst werden sowie ihr Verständnis für gesellschaftliche Prozesse und demokratische Werte gestärkt. Das Gleiche gilt eigentlich auch für Erwachsene und ihr Zurechtfinden in Leben (und in Not). Das weiß man und hat dafür trotzdem permanent »zu wenig Geld«.

*

Es gibt kein Wort für alle Wörter.

Es gibt kein Wort für das Glänzen in den Augen eines dankbaren Kindes.

Kultur und Kunst sind nicht schmückendes Beiwerk, sondern Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe. Gerade jenen Menschen, die oft unsichtbar bleiben, geben sie Sprache, Bilder und Räume, um sich und ihre Welt zu zeigen. Ein Theaterstück, ein Roman, ein Lied können hinter Türen schauen, die Politik und Bürokratie gerne verschlossen halten. Alle Kulturpraktiken erschaffen hinter diesen Türen auch Orte der Begegnung, an denen das Eigene mit dem Anderen in Austausch treten kann. Das findet in Deutschland leider viel zu wenig statt – wir reden lieber übereinander statt miteinander.

Ohne interkulturelle Dialoge führen wir Selbstgespräche. Damit sich das ändert – damit jeder von uns, unabhängig von Herkunft, Religion oder Aufenthaltsstatus, gehört wird, müssen wir noch mehr daransetzen, Strukturen und Orte und Bereitschaften zu schaffen, in denen die Geschichten einen Platz haben.

Es gibt zwar kein Wort für alle Wörter, aber jede gehörte Stimme ist eine Lücke weniger und macht diesen Satz vollständiger.

Saša Stanišić ist ein deutsch-bosnischer Schriftsteller. Er ist unter anderem Träger des Preises der Leipziger Buchmesse, des Deutschen Buchpreises und des Deutschen Jugendliteraturpreises

Der – hier gekürzte – Text stammt aus dem am 29.10.2025 erschienenen Buch: Saša Stanišić. Mein Unglück beginnt damit, dass der Stromkreis als Rechteck abgebildet wird. Eine Ermutigung. Luchterhand 2025

Kulturmensch Brigitte Dethier

FOTO: © MO WÜSTENHAGEN

Bereits im Jahr 2009 wurde Brigitte Dethier mit dem Deutschen Theaterpreis DER FAUST ausgezeichnet: Für ihre Inszenierung »Noch 5 Minuten« durfte sie sich gemeinsam mit dem belgischen Choreografen Ives Thuwis-De Leeuw über die Auszeichnung in der Kategorie »Beste Inszenierung im Kinder- und Jugendtheater« freuen. In diesem Jahr wurde ihr der Preis für das Lebenswerkt verliehen. »Die Jury ehrt mit Brigitte Dethier eine Kinder- und Jugendtheaterregisseurin und Theaterleiterin, die in ihrer Arbeit Kinder und Jugendliche stets ernst genommen hat. Durch ihr Wirken hat das Kinder- und Jugendtheater in Deutschland an Kraft und Ausstrahlung gewonnen«, heißt es in der Begründung. Brigitte Dethier war als Leiterin und Regisseurin an verschiedenen Kinder- und Jugendtheatern tätig, u. a. am Jugendtheater Schnawwl des Nationaltheaters Mannheim und zuletzt 20 Jahr lang als Intendantin und Regisseurin am Jungen Ensemble Stuttgart. Daneben engagierte sie sich in internationalen Verbänden und Organisationen für die Förderung des professionellen Kinder- und Jugendtheaters, u. a. als Vorsitzende der deutschen ASSITEJ, der internationalen Vereinigung für das Kinder- und Jugendtheater.

K

Auseinandersetzung mit NS-Terrorherrschaft und SED-Diktatur im Mittelpunkt

Zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes

OLAF ZIMMERMANN & GABRIELE SCHULZ

Am 12. November dieses Jahres hat das Bundeskabinett die von Kulturstaatsminister Wolfram Weimer vorgelegte »Konzeption des Bundes für die Gedenkstätten zur Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur« (Gedenkstättenkonzept) verabschiedet. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD war die Vorlage eines neuen Gedenkstättenkonzepts vereinbart worden. Damit sollte ein Desiderat der letzten Wahlperiode geschlossen werden. Nachdem seit der letzten Vorlage einer Gedenkstättenkonzeption im Jahr 2008 17 Jahre vergangen waren, war es an der Zeit, die bestehenden Schwerpunkte neu einzuordnen und Perspektiven künftiger Erinnerungspolitik aufzuzeigen. Schon die Ampelregierung hatte sich vorgenommen, eine neue Konzeption vorzulegen und hatte den Anspruch, ein komplett neues Tableau der Erinnerungskultur zu entwerfen, das die Erinnerung an die NS-Zeit, das DDR-Unrecht, den Kolonialismus, die Morde der NSU und rechte Gewalt gemeinsam abhandelt. Das Echo auf die ersten Entwürfe, die damals kursierten, war allerdings so verheerend, dass sie schnell wieder in der Versenkung verschwanden.

Die nunmehr vorgelegte neue Gedenkstättenkonzeption konzentriert sich auf die NS-Terrorherrschaft und die DDR-Diktatur. Gleichzeitig wird angekündigt, ein eigenständiges weiteres Konzept für das Gedenken an den Kolonialismus vorzulegen.

Singularität der Shoah

Eingangs wird im Vorwort verdeutlicht, dass die Shoah, also der Völkermord an den Juden Europas, »singulär in der Geschichte der menschlichen Zivilisation« ist und sowohl die Erinnerung daran als auch die Verantwortung dafür zu »den ethischen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland« gehören. Damit wird gleich im ersten Absatz ein deutliches Signal gegen jeden Geschichtsrevisionismus gesetzt. Klargestellt wird, dass an alle Opfergruppen, die unter NS-Verfolgung litten, also Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle, Menschen, die aufgrund ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen oder als »Asoziale« oder »Kriminelle« verfolgt und ermordet wurden, sowie die Opfer von Zwangsarbeit und des rassistischen Vernichtungskriegs fortwährend erinnert werden muss. Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen deutschen »Ostgebieten« werden ebenso wie die deutsche Teilung bis 1990 als Konsequenz des von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkriegs eingeordnet.

Diese Setzung in den ersten beiden Absätzen des Gedenkstättenkonzepts ist ein unmissverständliches Statement gegen jede Relativierung der NS-Terrorherrschaft. Es wird sich damit gegen jene Gruppen positioniert, die die NS-Zeit als einen kurzen Zeitraum der deutschen Geschichte relativieren wollen und gegen jene, die die Kolonialverbrechen als Vorläufer des NS-Terrors einordnen und die Singularität in Frage stellen.

Die Erinnerung an »die kommunistische Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR« wird als Teil der gesamtdeutschen Erinnerungskultur eingeführt und dabei die verschiedenen Opfergruppen in den Blick genommen. Die Erinnerung an SED-Unrecht und Repression wird als zentrale staatliche Aufgabe bezeichnet. Gleichzeitig wird auch an dieser Stelle unmissverständlich markiert, dass es »fundamentale Unterschiede zwischen der NS-Terrorherrschaft und dem SED-Unrecht« gibt. Allein die Begriffe Terrorherrschaft und Unrecht markieren den Unterschied.

Nach diesen starken Setzungen im Gedenkstättenkonzept wird die Verantwortung an erster Stelle den Ländern zugewiesen. Sie sind, laut Gedenkstättenkonzept, nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes als Erstes für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Gedenkstätten verantwortlich. Erinnerung an das Geschehene ist aber nicht allein Aufgabe des Staates, sondern aller Bürgerinnen und Bürger. Viele Erinnerungsorte, die heute Gedenkstätten sind, wurden von Bürgerinnen und Bürgern ins Leben gerufen. Sie haben insbesondere in den 1970er Jahre eine wesentliche Rolle gespielt, um die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft in das öffentliche Bewusstsein zu heben und arbeiteten teilweise gegen lokalen Widerstand. Dieses bürgerschaftliche Engagement wird sowohl mit Blick auf die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft als auch das SED-Unrecht gewürdigt und als unverzichtbar für eine lebendige Erinnerungskultur gekennzeichnet. In diesem Zusammenhang wird auch reflektiert, dass Faktoren wie eine veränderte demografische Zusammensetzung, das Versterben von Zeitzeugen, die unmittelbar Zeugenschaft ablegen können, und nicht zuletzt der zeitliche Abstand zum Geschehen sich auf die Erinnerungskultur auswirken.

Unseres Erachtens ist daher die Arbeit der Gedenkstätten als Orte, in denen Forschung und wissenschaftliche Einordnung mit Vermittlung verbunden wird, umso wichtiger. Die Arbeit der Gedenkstätten ist essenziell für die Erinnerungskultur, die aber mehr ist als Gedenkstättenarbeit.

Gedenkstätten als materielle Orte

Das Gedenkstättenkonzept des BKM konzentriert sich auf die Gedenkstätten als materielle Orte der Erinnerung. Anhand der Fragestellungen

- Wesen und Aufgaben der Gedenkstätten
- dezentrale und bürgerschaftlich initiierte Gedenkstättenlandschaft
- Kriterien der Bundesförderung
- Vernetzungen

wird der Ist-Zustand beschrieben. Hinsichtlich der Kriterien der Bundesförderung wird konstatiert, dass sie sich bewährt haben und beibehalten werden. Hier steht also keine Veränderung ins Haus.

In einem weiteren Schritt werden die aktuellen Herausforderungen anhand folgender Themen skizziert:

- Erhalt der historischen Orte
- Gedenkstätten als Lern- und Bildungsorte
- Vermittlungsarbeit in der Migrationsgesellschaft
- Anwendungsbezogene Forschung und Verbundforschung
- Digitalisierung und digitale Lebenswelten
- Angriffe auf den freiheitlich demokratischen Konsens

Mit Blick auf den Aspekt »Angriff auf den freiheitlich demokratischen Konsens« wird sich auf das Vorwort rückbezogen. Es wird beschrieben, dass sich die Gedenkstätten zunehmend mit Angriffen auf ihre Arbeit und mit Delegitimierung auseinandersetzen müssen. Letzteres trifft insbesondere auf NS-Gedenkstätten zu und geht so weit, dass Mitarbeitende von Gedenkstätten vor Bedrohungen und Angriffen geschützt werden müssen. Aber auch Gewalt gegen Sachen, Beschmierungen und Zerstörungen von Ausstellungen und Gedenkräumen haben laut Gedenkstättenkonzept in erschreckendem Maße zugenommen. Als vornehmliche Täterinnen und Täter werden Personen aus dem rechtsextremen und neurechten Milieu bzw. deren Sympathisanten benannt. Die Gedenkstätten haben hierauf mit entsprechenden Haus- und Besucherordnungen reagiert, es werden aber weitere Maßnahmen erforderlich sein, die staatlicher Unterstützung bedürfen.

Auf der Beschreibung des Ist-Zustands und der Herausforderungen aufbauend wird im Gedenkstättenkonzept auf die Bundesförderung zur Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft eingegangen. Nach einer Einführung werden die institutionell durch den Bund geförderten Gedenkstätten ebenso aufgeführt wie andere Orte, an denen die Verfolgungsgeschichte der verschiedenen Opfergruppen aufgearbeitet wird. Ebenfalls wird die Förderung von Institutionen durch andere Bundesministerien, wie das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die Bundeszentrale für politische Bildung benannt. Dem folgt die Beschreibung der Bundesförderung zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und des SED-Unrechts in SBZ und DDR, einschließlich der institutionell und dauerhaft durch den Bund geförderten Gedenkstätten, Mahn- und Erinnerungsorte. Auch werden weitere Institutionen der Aufarbeitung wie z. B. die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur oder die Einrichtungen in Trägerschaft der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wie das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig, das Museum in der Kulturbrauerei in Berlin oder der Tränenpalast in Berlin benannt. Ebenfalls Erwähnung finden die Förderung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, das Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv sowie das Archiv der DDR-Opposition unter dem Dach der Robert-Havemann-Gesellschaft. Auch wird auf die Förderung von Ressorts wie die Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt sowie das künftige Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation verwiesen.

Die Projektförderung wird in drei Förderfeldern sortiert:

- Förderfeld I: Erhalt der historischen Orte
- Förderfeld II: Digitalisierung und digitale Lebenswelten
- Förderfeld III: Projektförderung im Bereich Vermittlung und anwendungsbezogene Forschung

Das Bundesprogramm »Jugend erinnert« gehört ebenfalls zur Projektförderung.

Um eine Projektförderung beantragen zu können, müssen mindestens 50 Prozent der Fördersumme durch Kommune oder Land gedeckt sein. Projektanträge werden durch ein Expertengremium geprüft, das Empfehlungen ausspricht, die Entscheidung über die Förderung trifft das BKM.

Perspektiven

Der weitaus umfänglichste Teil des Gedenkstättenkonzepts bezieht sich auf die Beschreibung des Ist-Zustands einschließlich der bestehenden institutionellen Förderung, die Deskription der Herausforderungen und die Benennung der Kriterien für Projektförderung. Zum Schluss werden Perspektiven skizziert, die sich allerdings ebenfalls vornehmlich auf bereits Beschlossenes konzentrieren. Als Entwicklungspotenziale werden genannt:

- das beschlossene Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzung in Europa unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum
- das vereinbarte Deutsch-Polnische Haus unter Federführung der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
- das geplante Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland
- das bestehende Gedenkstättenreferat bei der Stiftung Topographie des Terrors

Neu geprüft werden soll, wie das »Forum Opposition und Widerstand 1945–1990« (FOW) in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes eingebunden und möglicherweise finanziert werden kann. Ebenso neu ist, dass die Nominierungsbemühungen des Grünen Bands als gemischtes UNESCO-Welterbe unterstützt werden sollen.

Weiter soll eine wissenschaftliche Kommission Empfehlungen zur Aufnahme weiterer Einrichtungen in die institutionelle Förderung des Bundes erarbeiten, um Lücken mit Blick auf bislang zu wenig berücksichtigte Themen zu schließen.

Fazit

Wer erwartet hat, dass mit dem Gedenkstättenkonzept eine gänzlich neue Ausrichtung der Förderpolitik vorgelegt wird, wird enttäuscht sein. Das Verdienst des Gedenkstättenkonzepts besteht darin, zunächst eine Ortsbestimmung vorzunehmen und jeder Form von Geschichtsrevisionismus eine Absage zu erteilen. Auf Grundlage dieser Ortsbestimmung wird beschrieben, was alles bereits besteht. Auch das ist sehr verdienstvoll. Denn sicherlich haben die Wenigsten, die sich nicht professionell mit Gedenkstätten auseinandersetzen, einen Überblick, auf welcher Grundlage der Bund welche Institutionen und welche Vorhaben fördert. Hinsichtlich der Entwicklungspotenziale ist es ebenfalls sicherlich richtig, daran zu erinnern, welche großen Vorhaben bereits vom Deutschen Bundestag beschlossen sind und in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Neue Vorhaben werden unter den Finanzierungsvorbehalt gestellt. Angesichts zu erwartender knapper Bundeshaushalte eine vermutlich realistische und solide Herangehensweise.

Mit Spannung darf jetzt auf das Konzept zur Erinnerung an den Kolonialismus gewartet werden.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Bis 12. Dezember zum Subskriptionspreis von nur 19,80 Euro bestellen! → kulturrat-shop.de

2. überarbeitete und erweiterte Auflage · ISBN: 978-3-947308-70-5 · 364 Seiten · 24,90 Euro

Politische Bildungsarbeit ist nicht neutral

Über rechtsextreme und rechtspopulistische Einschüchterungsversuche

UDO HAHN

Wenige Tage vor der Bundestagswahl im Februar stellte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag eine Kleine Anfrage unter dem Titel »Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen«. 551 Fragen zur Vergabe staatlicher Fördermittel an Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Nach einer gemeinsamen Abstimmung von Union und AfD für eine verschärfte Migrationspolitik war es bundesweit zu Demonstrationen gekommen. Die Bundestagsfraktion der Union wollte vor diesem Hintergrund wissen, ob sich gemeinnützige Vereine, die auch mit Steuergeldern gefördert werden, parteipolitisch betätigen dürfen, ohne ihren Gemeinnützigkeitsstatus zu gefährden. Die Antwort der damaligen Bundesregierung lautete kurz zusammengefasst: Zivilgesellschaftliches Engagement ist rechtlich abgesichert und demokratiepolitisch erwünscht. Ob das auch in Zukunft so bleibt? Das lässt sich aktuell nicht eindeutig mit Ja beantworten. Entscheidend wird sein, welches Verständnis von Zivilgesellschaft CDU/CSU haben und was dies für die politische Bildung bedeutet.

Schon immer gab es aus der Union heraus Kritik an der Förderpraxis. Und gerne sähe sie mehr Einsatz gegen linksextreme Kräfte. Für eine konservative Partei ist das eine legitime Forderung. Mit der Kleinen Anfrage zu Jahresbeginn haben sie jedoch viele zivilgesellschaftliche Akteure verunsichert. Die AfD hätte den Fragenkatalog wohl kaum anders formuliert. Er folgt im Kern einem Narrativ, der von rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräften leidenschaftlich vertreten wird. Und auf Plattformen wie Nius sowie in Zeitungen wie Welt und Bild Resonanz findet. Da werden bestimmte Förderprogramme – etwa »Demokratie leben!« – skandalisiert, eine Bedrohung durch »linke Lobbygruppen« an die Wand gemalt und die genehmigende Ebene im Bundesfamilienministerium einfach als »linker Beamten-Deepstate« (Nius) verunglimpft.

Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich müssen sich Fördermittelempfänger überprüfen lassen, ob ihre Arbeit den festgelegten Kriterien entspricht und die Verwendung der Mittel ordnungsgemäß erfolgte. Beides geschieht übrigens. Doch schon länger ist zu beobachten, worum es den Kritikern eigentlich geht: um die politische Delegitimierung dieser Bildungsarbeit unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeitsdebatte. Dabei behaupten sie, staatlich geförderte Organisationen unterlägen einer Neutralitätspflicht, die sich aus der Neutralitätspflicht des Staates ableite. Verfassungsrechtlich ist das aber nicht haltbar. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach betont, dass sich die Neutralitätspflicht des Staates auf das Handeln der Exekutive, aber nicht auf die Meinungsäußerungen und die politische Arbeit unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteure bezieht.

In einer liberalen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland ist eine funktionierende Zivilgesellschaft ein Erfolgsfaktor. Eine liberale Zivilgesellschaft trägt zur demokratischen Kultur bei: durch Kritik an parlamentarischer und exekutiver Politik insgesamt, indem sie Transparenz und Rechenschaft einfordert sowie die Anliegen artikuliert, die im Meinungsdiskurs unterrepräsentiert sind. Zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren sich u. a. gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Queer-Feindlichkeit, setzen sich für Umwelt- und Klimaschutz ein. Ihre Arbeit dient dem Gemeinwohl. Sie ist aber nicht neutral, sondern wertegebunden. Wie dies z. B. der Beschluss »Jugendarbeit stärken – Für einen demokratischen Diskurs« der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) aus diesem Jahr hervorhebt: »Erfolgreiche demokratische Jugendarbeit ist entsprechend der Werte des Grundgesetzes und der darin garantierten Rechte ausgerichtet. Dabei sind Offenheit, Vielfalt und Pluralität, Kontroversität, Befähigung zur eigenständigen Orientierung sowie ein Indoktrinationsverbot in der Jugendarbeit Arbeitsmaxime. Sie dürfen nicht durch Forderungen nach politischer Neutralität gefährdet bzw. in Frage gestellt werden.«

Bislang ist es unter allen demokratischen Parteien Konsens, dass durch zivilgesellschaftliche Akteure u. a. Zusammenhalt, Respekt, Empathie, Anstand, Toleranz, Verantwortung und Zivilcourage gefördert werden. Basis dieses Konsenses wiederum ist ein Verständnis von Bildung, das von einem emanzipatorischen Ansatz geprägt ist: sich ein eigenes Urteil zu bilden. Dazu braucht es unterschiedliche Perspektiven, den Diskurs, auch die Polarisierung. In diesem Prozess setzt sich nicht einfach eine Position durch, vielmehr werden Kontroversen moderiert, so dass ein Kompromiss entstehen und ein Konsens gefunden werden kann.

Unsere Demokratie hat nicht den unmündigen Untertan, sondern den Citoyen als Leitbild: den Staatsbürger, der in der Tradition und im Geist der Aufklärung aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnimmt und dieses mitgestaltet. In der liberalen Demokratie ist Widerspruch nicht nur möglich, sondern ein unverbrüchliches Recht. Kritik an politisch Verantwortlichen ist keine Majestätsbeleidigung, sondern legal. Nur in Autokratien und Diktaturen wird Widerspruch kriminalisiert.

CDU/CSU haben aus der Opposition heraus ihre Kleine Anfrage gestellt. Jetzt tragen sie Regierungsverantwortung. Die für das Bundesprogramm »Demokratie leben!« zuständige Bundesministerin Karin Prien hat am 29. August der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag in einem Brief grundlegende Änderungen angekündigt. Wörtlich: »Wir bilden die gesamte Bandbreite aktueller demokratiefeindlicher Phänomene, insbesondere politischen Extremismus, Antisemitismus und islamistischen Extremismus, besser im Programm ab und schließen dazu auch neue Partnerschaften vor Ort. Wir erschließen die Arbeits-, Wirtschafts- und Unternehmenswelt als Aktionsfelder des Programms … Wir stärken die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden und der wissenschaftlichen Extremismusforschung und berücksichtigen deren Erkenntnisse in der Programmsteuerung besser … In einem ersten Schritt – nach wochenlanger Arbeit und mit dem Bundesministerium des Innern abgesprochen – wurde bereits eine breit angelegte Verfassungsschutzprüfung im sogenannten ›Haber-Verfahren‹ eingeleitet.« Am Ende des Schreibens betont die Bundesministerin: »Was gut läuft, bleibt und wird gefördert. Was nicht gut läuft, wird gestrichen und nicht mehr gefördert.«

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach betont, dass sich die Neutralitätspflicht des Staates auf das Handeln der Exekutive, aber nicht auf die Meinungsäußerungen und die politische Arbeit unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteure bezieht

Ihr Staatssekretär Ingo Behnel hat am 21. Oktober in einem Informationsschreiben an die Zuwendungsempfänger darauf verwiesen, dass ab 2027 eine neue Förderrichtlinie gelten werde. »Demokratie leben!« solle demnach »vor Ort gestärkt werden und wirken, wo Menschen (in Regelstrukturen) zusammenkommen. Dazu werden wir das Programm auch für die Arbeits- und Unternehmenswelt öffnen.« Weiter soll die Extremismusprävention in der digitalen Welt deutlich ausgebaut werden. Mit einer die »Verhältnismäßigkeit wahrenden Überprüfungspraxis« werde man »sicherstellen, dass der Schutz und die Einhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung Ziel und Verpflichtung aller sind, die in ›Demokratie leben!‹ mitwirken« sowie »Zielerreichung und Wirkung« der geförderten Projekte evaluieren. Dazu würden »neue Erkenntnisse der Wissenschaft berücksichtigt«.

Hiermit und mit perspektivisch weniger Fördermitteln bei gleichzeitiger Ausweitung der Zahl der Projektträger verfügt das Bundesministerium über Steuerungsmöglichkeiten, die zu Veränderungen führen dürften. Ob und in welchem Umfang – und mit welchen Folgen – diese die politische Bildung womöglich verändern, lässt sich derzeit schwer einschätzen. Die Schreiben von Prien und Behnel sind um Differenzierung und um Absicherung dieser Arbeit bemüht. Die Träger politischer Bildung konnten bisher darauf vertrauen, auch in CDU und CSU Partner zu haben, die darum wissen, wie wichtig sie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Kultur sind. Dieses Vertrauen hat zuletzt Risse bekommen. Man darf gespannt sein, wie der unionsinterne Meinungsprozess weitergeht.

Udo Hahn ist Vorstandsvorsitzender der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. (EAD) und leitet die Evangelische Akademie Tutzing

Kann Ordnung Erbe sein?

Die Debatte um die Zukunft der Zettelkataloge der Berliner Staatsbibliothek

NIKOLAUS BERNAU

Bücher, Handschriften, Manuskripte, Akten in materieller oder elektronischer Form gelten genauso wie Gemälde, Skulpturen oder Körbe in Museumsdepots fast selbstverständlich als zu bewahrendes Kulturgut. Periodisch aufkeimende Debatten über eine »De-Akzession«, also den Verkauf oder die Abgabe von Objekten zur Entlastung von Raumnot und Etatgrenzen, endeten jedenfalls in staatlichen Institutionen bisher immer in der faktischen Verweigerung.

Es ist Erfahrung, die gegen diese Lösung von Platz- und Etatproblemen spricht: Immer wieder gaben Museen, Bibliotheken und Archive schon im 19. Jahrhundert Materialien ab, von denen man oft schon nach wenigen Jahren lernte, wie wichtig sie gewesen waren. Naturkundemuseen etwa »entsorgten« in der Nachkriegszeit unzählbar viele »Feuchtpräparate«, also in Alkohol eingelegte Tiere und Pflanzen, weil man sie dank neuer Technologien nicht mehr zu brauchen meinte. In den 1980er Jahren erkannte man diese Gläser wieder als einzigartige Ressourcensysteme etwa für die Forschung über Genetik, Umwelt- und Klimaschutz – und ärgert sich nun fürchterlich über die »De-Akzession«.

Dennoch ist das Schutzversprechen fragil: Öffentliche Bibliotheken »erneuern« systemisch jährlich etwa zehn Prozent ihres Bestands, geben selbst kostbare Bände weg, wenn sie nicht mehr »nachgefragt« erscheinen. Und Archivare »kassieren« oft 98 Prozent der Akten, die ihnen zugeleitet werden. Immerhin: Sie debattieren seit den 1970er Jahren intensiv auch die Kriterien dieser Kassation, ihre sozialen, kulturellen, letztlich politischen Bedingtheiten. Eine Debatte, die aber weitgehend fehlt, wenn das Schutzversprechen nicht nur für die Objekte selbst, sondern auch für deren Ordnungssysteme in Anspruch genommen wird, etwa für Katalogschränke und in ihnen geborgene »Zettelkataloge«. Seitdem in den 1990er Jahren die Digitalisierung der Bibliotheks- und Sammlungskataloge auch in Deutschland um sich griff, zerstörten die Öffentlichen und Wissenschaftlichen Bibliotheken wohl Tausende solcher »Zettelkästen« nach der Aufnahme der Titeldaten – vor allem Autor/Autorin, Werkname, Verlagsort, Verlag, Erscheinungsdatum, Katalognummer. Die wenigen Archivarinnen und Archivare, Museumsleute und Bibliothekarinnen und Bibliothekare, die nach Kriterien für diese »Makulierung« fragten, wurden von Fortschritts- und Technikgläubigen oft als »sentimental« oder »konservativ« diffamiert.

Das hat sich in diesem Frühsommer erheblich geändert. Damals bestätigte der Generaldirektor der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz (SBB) Achim Bonte dem Autor, dass alle die Zettelkataloge »makuliert« werden sollen, in denen die Erwerbungen der SBB und ihrer Vorgängerinnen seit 1500 bis 1974 verzeichnet sind, jene, in denen die Deutsche Staatsbibliothek der DDR zwischen 1956 und 1991 ihre Erwerbungen aufnahm, außerdem die Kartei des Gesamtkatalogs der deutschen Bibliotheken, der von etwa 1905 bis 1943 in Berlin geführt wurde, sowie der nur in Berlin existierende »Ergänzungskatalog«. Nach Bonte reichten die Erwerbungsbücher und andere Verzeichnisse, um Provenienzen zu klären und die Geschichte der einzelnen Erwerbungen zu erzählen. Auch seien die Zettelkataloge der Musikalien-, der Ostasiatischen und der Orientalischen Sammlungen nicht betroffen, so Bonte.

Doch die für die Zerstörung vorgesehen Kataloge sind unter anderem historische Dokumente selbst des Kalten Kriegs: Sie standen einst überwiegend in Ost-Berlin, die Bestände der Staatsbibliothek waren aber weitgehend in West-Berlin. Die Legenden, wie Ost-Bibliothekare ihren Kollegen aus dem Westen klammheimlich und in Angst vor Stasi-Denunzianten halfen, Karteikarten abzuschreiben, um zu erfahren, was denn nun Kriegsverlust oder in der Sowjetunion geblieben war, sind unzählbar. Ausdrücklich bedauerte auch deswegen Bonte den Verlust. Andererseits fällte er schon auf seinen Posten in der Heidelberger Universitätsbibliothek und in der Dresdner Staats- und Universitätsbibliothek ähnliche Makulierungs-Entscheidungen. In Berlin sei nun die Makulierung notwendig als Teil der Bauvorbereitungen für die Generalsanierung des riesigen Bibliotheksbaus Hans Scharouns am Kulturforum.

Nach der Veröffentlichung dieses Konzepts Anfang August dieses Jahres begann eine in der von Institutionsloyalitäten und Hierarchievertrauen tief durchdrungenen Bibliotheksgeschichte seltene Protestwelle. Bonte reagierte am 26. August mit einer Pressemitteilung: Die Makulierung sei beschlossen, alles ausdiskutiert, die Titeldaten seien durch die Digitalisierung des Katalogs gesichert, außerdem sollten einige Katalogkarten als »Zeitkapseln« aufbewahrt werden. Kein Wort zu den heftigen Debatten im eigenen Haus. Dennoch teilte er mit: »Um gleichwohl zur Entspannung beizutragen«, sei ein »entschleunigter Zeitplan« entwickelt worden, um »den Grad der gelegentlich betonten Unentbehrlichkeit der papiernen Originale zu bestimmen und Formate eines würdigen Abschieds zu gestalten«. Auch das alles müsse allergings binnen eines Jahres geschehen, bei weiter bestehender Arbeitslast der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Text erklärte also faktisch die Debatte für überflüssig, die Makulierung für alternativlos. Die nicht zuletzt durch das Engagement des Schweizer Bibliotheks-historikers Markus Krajewski ausgelöste internationalisierte Protestwelle wuchs daraufhin noch an. Die neue Präsidentin der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Marion Ackermann und Kulturstaatsminister Wolfram Weimer zogen im September, als das Thema den Bundestag erreichte, die Notbremse: Am 22. September antwortete Weimar auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen), dass die SBB nunmehr »das Gespräch mit kritischen Expertinnen und Experten« suche. Im Gegensatz zu Bontes Ankündigung eines »würdigen Abschieds« war nun zu lesen: »Über eine Makulierung der Objekte ist demnach noch nicht endgültig entschieden.« Am 6. Oktober kündigte Bonte schließlich das von Krajewski geforderte internationale Kolloquium für den 2. Februar nächsten Jahres an.

FOTO: © ZENTRAL- UND LANDESBIBLIOTHEK BERLIN

Die Zentral- und Landesbibliothek Berlin führte in den 1980er Jahren erstmals das Thema »Homosexualität« im öffentlich zugänglichen Schlagwortkatalog ein und machte damit verstreute Werke auffindbar

> **Die Debatte fehlt, wenn das Schutzversprechen nicht nur für die Objekte, sondern auch für deren Ordnungssysteme in Anspruch genommen wird**

Es wird letztlich vor allem die Frage debattieren müssen, was zum schützenswerten »schriftlichen Erbe« gehört. Gilt dieser Begriff nur für die Materialien selbst oder auch für Ordnungssysteme aller Art und die in ihnen gespeicherten Informationen? Denn nach allem Überblick hat bisher keine »Retrokatalogisierung« für die digitalen Kataloge, auch nicht die in der SBB, alle Daten erfassen können, die in den Karteikästen schlummern: handschriftlich oder per Stempeln eingetragene Erwerbsdaten, Ankaufs- oder Auktionspreise, Hinweise zu früheren Besitzern, Exlibris, Zensurvermerke aus der Kaiserzeit, der Weimarer Republik, der Nazi-Zeit und der DDR, Nachweise, wem Bücher vorgelegt wurden, wem sie vorgelegt werden durften etc. Auch sind, wie selbst die Erfahrungen des Autors zeigen, im Gegensatz zu Bontes Zuversicht keineswegs alle Zettelkataloge der SBB verfilmt oder auf Mikrofiches bildlich gesichert, und wenn, dann sind viele Aufnahmen gerade dünner Bleistifteintragungen kaum lesbar. Darüber hinaus verfallen Filme und Mikrofiches zunehmend. Zwar können sie von den Verlagen, die die Rechte besitzen, durch Kopien ersetzt werden. Doch lassen sich diese ihre Monopol-Stellung teuer bezahlen – auch deswegen werden Mikrofiches und Verfilmungen oft so lange benutzt, bis sie in miserablem Zustand sind.

Von Bonte mit dieser Aufgabe betraute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter errechneten, dass für eine Archivierung der originalen Karteien der SBB kaum 100 Quadratmeter nötig sind. Sie zeigten außerdem mit einer in ihrer Detailliertheit bis ans Absurde grenzenden Studie, die im Mai an Bonte ging, dass dieser Platz in den riesigen Häusern der SBB trotz der anstehenden Bauarbeiten durchaus zu finden sei. Was bibliothekspolitisch auch deswegen wichtig ist, weil Bonte nach einem bisherigen Überblick einen Sonderweg unter den großen Staats- und Universitätsbibliotheken gehen will.

Weder in München, Hamburg, Paris, Bern, Wien, London oder Washington, Stockholm, auch nicht in der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig und Frankfurt am Main sind die Zettelkataloge nach der Digitalisierung der Titeldaten makuliert worden. Auch die Berliner Zentral- und Landesbibliothek, Pflichtexemplar-Sammlung des Landes und mit Abstand größte öffentliche Bibliothek Deutschlands, hebt ihre Zettelkataloge so lange im Archiv auf, bis klar ist, wie man die vielen über die Titeldaten hinausgehenden Informationen auf ihnen sichern kann.

In der Library of Congress in Washington werden dafür nach und nach und je nach Etatlage die Millionen von Karteikarten als Foto digital gesichert. Damit können sie künftig etwa mit KI-Auswertungen ganz neue Fragen beantworten, die derzeit noch das Durchblättern von Millionen von Karten bedeuten. Für die SBB errechneten Bontes Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Beispiel der Karteikarten für die zu DDR-Zeiten erworbenen Bestände beispielhaft die Kosten einer solchen serienfotografischen Dokumentation: ganze 57.000 Euro. Andererseits steht die SBB schon jetzt unter einer radikalen, ihre Arbeitsfähigkeit längst gefährdenden Ausgabensperre – übrigens nicht zuletzt deswegen, weil der Bundestag ihr jene immensen Ankaufkosten aufbürdet, die andere Bibliotheken dieses Formats durch ein kostenloses Pflichtexemplar gar nicht haben.

Ob Washington die originalen Karteikarten auch nach einer Foto-Digitalisierung vollständig oder teilweise als Materialprobe weiter aufheben wird, ist noch nicht entschieden. Dabei sind Papiere und Tinten durchaus auch Teil der materiellen Überlieferungsdichte. Vermittelt wird aber: Es geht um die Sicherung von originalen historischen Quellen. Die zunehmend wichtig werden, seitdem deutlich wird, dass auch China, Russland oder High-Tech-Unternehmer wie Elon Musk die digitale Welt massiv manipulieren, seit der Cyberangriff im Oktober 2023 auf die Datenbanken im Berliner Naturkundemuseum immer noch dessen Arbeitsfähigkeit und Forschung einschränkt, seit Donald Trump selbst die ehrwürdige BBC dazu zwang, ihre Archive zu »korrigieren«, also zu verfälschen.

Vor allem aber geht es um das kulturelle Selbstbewusstsein von Bibliotheken und, sicher auch das, von Bibliothekarinnen und Bibliothekaren: Welche Aufgabe haben die Bibliotheken noch, wenn sie die Dokumente ihrer Geschichte aufgeben? Sind sie dann nicht nur noch beliebige Bücherlager oder Informationszentren? Zettelkataloge sind aus dieser Sicht ein einmaliges Dokumenten-Erbe, das es mindestens in der Bildform zu bewahren gilt. Und wenn jetzt nicht einmal dafür Geld vorhanden ist, muss man mindestens für eine Archivierung der originalen Bestände sorgen. Denn niemand weiß, welche Themen die Zukunft interessieren werden. Alle Materialien jedoch, die aus welchen Sammlungen und welchen guten Gründen auch immer »de-akzessioniert« werden, stehen für die Beantwortung neuer Fragen nicht mehr zur Verfügung.

Nikolaus Bernau ist Architektur-, Museums- und Bibliothekshistoriker. Er arbeitet als freier Redakteur, Journalist und Kritiker, u. a. für Deutschlandfunk, FAZ, taz und ist Mitglied im Comité International Critique d'Architecture

Wir arbeiten für die Zukunft

Interview zur drohenden Schließung des HTW Studienganges Konservierung, Restaurierung und Grabungstechnik

Aufgrund von Mittelkürzungen der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW) droht dem Studiengang Konservierung, Restaurierung und Grabungstechnik (KRG) die mögliche Schließung. Studierende, Professoren und Verbände haben sich zusammengeschlossen, um dies zu verhindern. In einer Diskussion im Rahmen der Reihe »JaAberUnd« von Politik & Kultur am 24. November an der HTW gab es dazu eine Podiumsdiskussion, auf youtube nachzusehen unter tinyurl.com/2rf4huu9. Caroline Kolloge spricht im Interview mit Sreya Chatterjee, einer Absolventin des Studiengangs.

Wir arbeiten für die Zukunft, wir erhalten Kulturgut, und dies kann nicht mit der jetzigen Studierendengeneration enden

Caroline Kolloge: Warum hast Du Dich entschieden, KRG an der HTW zu studieren?
Sreya Chatterjee: Ich habe versucht, einen Studiengang zu finden, der in Richtung Filmrestaurierung geht und nicht nur kuratorisch oder theoretisch ist, sondern auch praktisch-naturwissenschaftlich ausbildet. Der Studiengang KRG ist sehr speziell und verbindet den Umgang mit verschiedenen Materialien, nicht nur audiovisuellen, sondern auch archäologischen und modernen Materialien und industriellem Kulturgut. International gesehen ist es der einzige Studiengang, der sich so intensiv mit der Materialität von Analogfilm und dem photochemischen Anteil von Restaurierung beschäftigt.

Nach Deinem Masterabschluss hattest Du die Möglichkeit, eine Doktorandinnen-Stelle zu erhalten. Was ist Dein Forschungsgebiet?
Es handelt sich dabei um eine kooperative Promotion mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, da die HTW momentan kein Promotionsrecht hat. Meine Forschungs- und Arbeitsstelle ist aber an der HTW. In meiner Forschung beschäftige ich mich mit der Materialität von historischen Filmen und der Umwandlung in digitale Formate. Dabei betrachte ich nicht nur die technischen Aspekte, sondern auch die kulturhistorischen, ethischen und pädagogischen Ansätze in der Filmrestaurierung. Zu meiner Doktorandinnen-Stelle gehört auch die Lehre. Hier unterrichte ich die Bachelor- und Masterstudiengänge in Mikroskopie, Filmgeschichte, Filmrestaurierung und Restaurierungsethik. Die Zusammenarbeit mit den Studierenden ist sehr inspirierend, und wir können viel voneinander lernen. Es bleiben viele Dinge in der Lehre konstant, aber vieles ändert sich auch immer wieder.

Wie beeinflusst die drohende Schließung Deine Forschung und Lehre?
Es herrscht viel Unruhe und auch Unmut bei allen Beteiligten. Ja, die eingeschrieben Studierenden können ihr Studium abschließen, und dann schließt unser Studiengang. Was ist mit der sozialen und kulturellen Verantwortung? Wir arbeiten für die Zukunft, wir erhalten Kulturgut, und dies kann nicht mit der jetzigen Studierendengeneration enden. Wir verlieren dadurch eine wichtige Expertise und das Wissen über zeitgenössische Technologie und Material. Dieses Netzwerk von Wissen wird über Generationen weitergegeben. Ein Studiengang ist niemals komplett dokumentiert. Das Wissen ist wie ein genetischer Code. Der Datensatz kann nicht wie ein Computercode emuliert werden.

Welche Auswirkungen hätte die Schließung für die Fachwelt?
Wir haben vier Schwerpunkte: archäologisches und historisches Kulturgut, Grabungstechnik, moderne Materialien und technisches/industrielles sowie audiovisuelles und fotografisches Kulturgut und moderne Medien. Spätere Arbeitgeber sind Museen, Sammlungen, Archive und archäologische Institutionen. Durch eine Schließung des Studiengangs würde es dort an Nachwuchs fehlen, nicht nur deutschlandweit, sondern auch im europäischen und internationalen Ausland. Viele der Absolventen arbeiten später im Ausland oder sind als internationale Studierende an die HTW gekommen. Somit muss die Fachwelt auch mit Konsequenzen durch die drohende Schließung rechnen. Es gibt aber auch viel Solidarität und Unterstützung für den Studiengang durch Verbände, Studierende, Professoren und Alumni. Wir sind als großes Netzwerk zusammengewachsen und diskutieren die nächsten Schritte. Wir versuchen, etwas zu bewahren, an das wir alle fest glauben und das uns allen am Herzen liegt.

Sreya Chatterjee ist Absolventin des Master-Studiengangs und jetzt Doktorandin mit dem Schwerpunkt Audiovisuelles und Fotografisches Kulturgut im Studiengang KRG. Sie studierte Kommunikationswissenschaften und Filmproduktion in Indien und arbeitete mehrere Jahre als Regisseurin, unter anderem für die BBC. Caroline Kolloge ist Studentin der Kulturarbeit in Potsdam und derzeit Praktikantin beim Deutschen Kulturrat

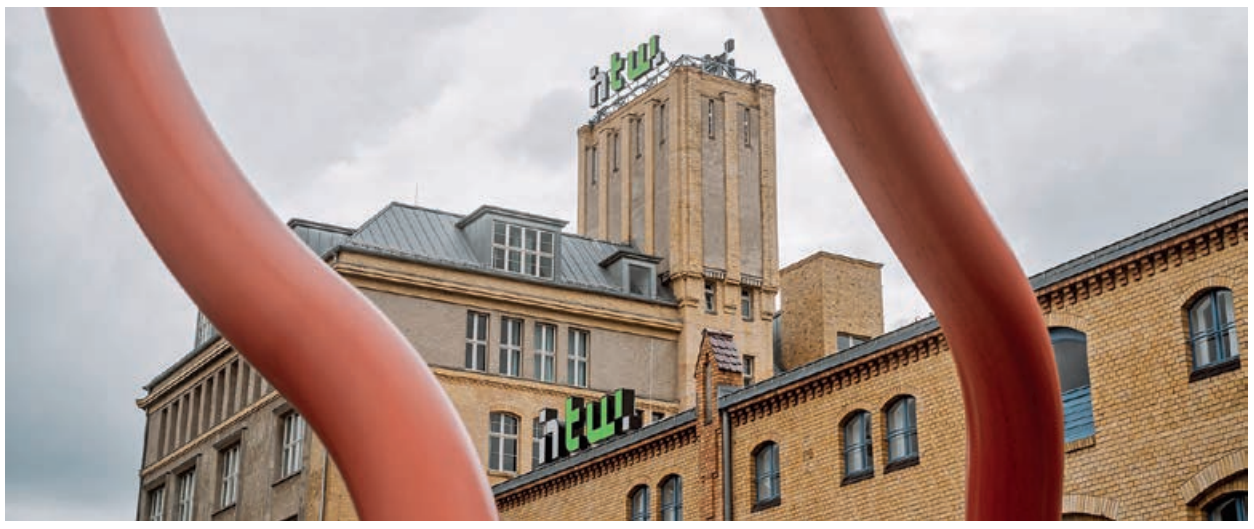


FOTO: © HTW BERLIN | ALEXANDER RENTSCH

Der Campus Wilhelminenhof der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

Einzigartige Expertise

Steht der Studiengang Konservierung, Restaurierung und Grabungstechnik in Berlin vor dem Aus?

MATTHIAS WEMHOFF

Seit 1992 bildet die Hochschule für Wirtschaft und Technik in Berlin Restauratoren und Grabungstechniker mit bundesweit einzigartigen Spezialisierungen aus. Für die Arbeit von Museen, Landesdenkmalämtern, Archiven und vielen weiteren Institutionen sind die Absolventen unverzichtbar. Nach der Einstellung vergleichbarer Studiengänge in Erfurt, München, Mainz und Potsdam steht Deutschland nun vor dem vollständigen Verlust dieser hoch spezialisierten Ausbildung.

Was für ein Know-how, was für eine Expertise herrscht in den archäologischen Restaurierungswerkstätten in den Museen und Landesämtern! Komplizierte Objekte, die ein hohes Maß an Expertise benötigen, werden fachkundig untersucht, konserviert und für Ausstellungszwecke restauriert. Die Medien sind voll von Berichten, und in den Museen staunen die Besucher über die Entdeckungen. Landauf und landab sind die Ausgrabungsteams unterwegs. Wie ein buntes Band ziehen sich gerade die Ausgrabungsareale entlang der großen Stromleitungstrassen von Norden nach Süden durch die Republik. Mit modernsten Techniken werden die Befunde an den zahlreichen anderen Ausgrabungsstellen aufgenommen und dokumentiert.

Genaueste digitale Vermessung, Laserscan und vieles andere gehören heute standardmäßig zum Programm der Dokumentation. Grabungstechnik und Restaurierung sind heute wissenschaftliche Ausbildungen, ohne die der in den letzten Jahren entwickelte hohe technische Standard in diesen Bereichen nicht gehalten werden kann. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Berlin ist in diesem Bereich die erste und inzwischen einzige größere Ausbildungsstätte. Seit 1992 werden hier Restauratorinnen und Restauratoren ausgebildet, die sich auf den Erhalt von archäologischem Kulturgut und auf Grabungstechnik spezialisiert haben. Die Studiengänge genießen im In- und Ausland höchstes Ansehen. Jedes Jahr bewerben sich viel mehr qualifizierte junge Menschen, als Studienplätze zur Verfügung stehen.

Und dann diese Meldung: Die Hochschule beabsichtigt, den Studiengang einzustellen. Als Grund dafür werden die Sparauflagen angeführt, die das Land Berlin den Hochschulen auferlegt hat. Tatsächlich sind die Summen, die insgesamt an der Hochschule eingespart werden sollen, gewaltig. Doch ist es richtig, einen einzigartigen und erfolgreichen Studiengang einzustellen? Ist es zudem hochschulpolitisch sinnvoll, ein Fach, das der HTW tatsächlich eine Alleinstellung garantiert, zu opfern, während Studiengänge, die auch an zahlreichen anderen Universitäten und Hochschulen gelehrt werden, ohne Einschränkungen fortbestehen?

Mit der Schließung des Studiengangs droht der Wegfall eines einzigartigen Kompetenzzentrums für den Erhalt des Kulturerbes. Dieses Zentrum ist ein Ort der Forschung, der Vernetzung und der Internationalisierung. Die Forschungsleistung des Faches an der HTW ist herausragend, die Ergebnisse werden weit rezipiert. Die Restaurierungswerkstätten des Museums für Vor- und Frühgeschichte in Berlin, die Werkstätten in Halle, in Hannover und an vielen anderen Orten sind inzwischen von den Absolventinnen und Absolventen aus Berlin geprägt. Die Grabungstechniker und Grabungstechnikerinnen werden besonders gesucht und finden alle unmittelbar im Anschluss an ihre Ausbildung eine Tätigkeit, ja, meistens wird schon vor der letzten Prüfung versucht, die immer gut qualifizierten Nachwuchskräfte zu binden. Nach der Schließung vergleichbarer Studiengänge in Erfurt, München oder Mainz würde der Wegfall von Berlin die Archäologie in Deutschland um Jahre zurückwerfen. Die vielen guten Ergebnisse, die auf so großes Interesse in der Öffentlichkeit stoßen, sind nur möglich, da alle Tätigkeitsfelder in der Archäologie inzwischen von gut ausgebildeten Spezialisten besetzt werden können.

Der Aufschrei über die beabsichtigten Sparpläne ist groß. Zahlreiche archäologische Fachämter, die Museen der Berliner Museumsinsel, der Deutsche Verband für Archäologie und viele andere archäologische und restauratorische Fachverbände und das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz (DNK) haben eindringliche Appelle an die Universitätsgremien und das Land Berlin gerichtet.

Der Studiengang hat selbst bereits qualifizierte Vorschläge gemacht, um noch mehr Studierenden die Aufnahme zu ermöglichen. Landesämter und Museen sind bereit, die HTW bei der Durchführung der Vorpraktika, mit der Bereitstellung von aktuellen Funden für Abschlussarbeiten und bei der Betreuung der Arbeiten weiterhin intensiv zu unterstützen und die Zusammenarbeit auszubauen. Das Land Berlin hat vor wenigen Monaten das neue archäologische Haus »Petri-Berlin. Entdecke die Archäologie« eröffnet. Hier sind aktive Einblicke in die Tätigkeit der Restauratorinnen und Restauratoren und in die Arbeitsweise auf Ausgrabungen möglich. Auch hier kann die Kooperation mit der HTW weiter intensiviert werden.

Die HTW darf für die Archäologie nicht ausfallen. Sie ist dazu in den letzten Jahren auch dank des großen Engagements der Lehrenden ein zu wichtiger Player geworden, der ein Alleinstellungsmerkmal besitzt. Ohne die HTW wird die Sicherung unseres Kulturguts und damit auch die Erfüllung der Erhaltungsverpflichtungen aus den Denkmalschutzgesetzen erheblich schwieriger. Die Wissenschaftslandschaft in Deutschland steht vor großen Umbrüchen. Kooperationen und Absprachen, auch zwischen Universitäten und Hochschulen, sind nötig und sinnvoll. Es muss nicht überall alles angeboten werden. Doch etwas zu opfern, das einzigartig ist und zu Wissensverlust und zu einer kulturellen Verarmung der Gesellschaft führt, ist in dieser Situation der falsche Weg.

Matthias Wemhoff ist Archäologe, Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Landesarchäologe Berlin und Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Deutschen Verbandes für Archäologie

Vorabdruck aus »Archäologie in Deutschland«, 1/2026

Sozialdemokratie im Wandel

Die Kernideen des demokratischen Sozialismus in zehn Kapiteln:
Es geht um eine Welt, die nicht einem zerstörerischen Wirtschaftssystem zum Opfer fällt, sondern auch in Zukunft noch lebenswert ist. Es geht um eine demokratische Ordnung, in der unterschiedliche Interessen fair in gute Kompromisse übersetzt werden.

72 S. | Pb. | € 10,00 | ISBN 978-3-7410-0288-5

www.schueren-verlag.de SCHÜREN

FOTO: © NATIONAL GALLERY OF ART, WASHINGTON DC

Die National Gallery of Art in Washington, D.C., war während des Government Shutdowns 43 Tage lang geschlossen

Bemerkenswerte Klarheit

Die GEMA setzt sich gegen OpenAI durch

KAI WELP

Am 11. November war es endlich so weit. Das Landgericht München verkündete unter breiter internationaler Aufmerksamkeit das erste Urteil in Europa in einem Rechtsstreit zwischen Urheberrechtsinhabern und einem Anbieter Künstlicher Intelligenz. Die GEMA hatte im November 2024 OpenAI für die unrechtmäßige Nutzung von Songtexten verklagt. Der Chatbot ChatGPT war dazu in der Lage, originale Songtexte auszugeben, obwohl das 500 Milliarden schwere US-Unternehmen keine Rechte an den Werken erworben hatte. Darunter waren Lyrics aus der Feder von Herbert Grönemeyer, Inga Humpe, Tommi Eckart, Rolf Zuckowski, Farin Urlaub, Kristina Bach und Reinhard Mey. Angesichts der von der GEMA im Verfahren vorgelegten Beweise musste OpenAI eingestehen, seine Systeme mit den Texten trainiert zu haben, ohne die Autorinnen und Autoren um Erlaubnis gefragt oder die von der GEMA angebotene Lizenz zur Nutzung von Musikwerken zu Zwecken der Künstlichen Intelligenz erworben zu haben. Zu seiner Rechtfertigung trug das Unternehmen im Prozess vor, ChatGPT sei ohne Zugriff auf die »Web-Search-Funktion« dazu in der Lage, die Texte auszugeben, obwohl diese nicht im System gespeichert seien. Zudem seien nach der Lesart des amerikanischen Unternehmens allein die Nutzer von ChatGPT für Urheberrechtsverletzungen verantwortlich.

Dem Vortrag von OpenAI schenkte die 42. Kammer des Münchener Landgerichts keinen Glauben. Die Songtexte seien im System gespeichert und könnten durch einfache Prompts zum Vorschein gebracht werden. In bemerkenswerter Klarheit urteilte das Gericht auf mehr als 60 Seiten, dass hierdurch das Urheberrecht in Form des Vervielfältigungsrechts und des Rechts der öffentlichen Wiedergabe verletzt werde. Auch auf die sogenannte Text- und Data-Mining-Ausnahme könne sich OpenAI nicht berufen. Diese sei nicht dafür geschaffen worden, geschützte Inhalte zu reproduzieren. Die Entscheidung ließ Autorinnen und Autoren auf der ganzen Welt jubeln, da die Systeme der Künstlichen Intelligenz das Potenzial haben, menschlich geschaffene Musik am Markt zu substituieren. Dabei darf nicht vergessen werden, dass dies nur deshalb möglich ist, weil sie zuvor mit den geschützten menschlichen Werken trainiert wurden. Es liegt auf der Hand, dass die Schöpfer der Werke dafür kompensiert werden müssen und die erzielten Erträge nicht allein den Unternehmen zustehen können.

Um die Teilhabe der Autorinnen und Autoren sicherzustellen, führt die GEMA ein weiteres gerichtliches Verfahren gegen den US-Anbieter Suno. In diesem Fall konnte die GEMA nachweisen, dass Suno geschützte Musikaufnahmen zum Training seines Modells verwendet hatte. Bei Eingabe von Teilen von Songtexten in den Prompt erklangen die Originalaufnahmen. Auch hier waren die Autorinnen und Autoren weder informiert noch um Erlaubnis gefragt oder vergütet worden. Das Landgericht München wird diesen Fall Ende Januar des nächsten Jahres öffentlich verhandeln.

Das Münchner Urteil hat grundsätzliche Bedeutung für Europa und darüber hinaus. Auch in den USA blickte man ganz genau nach München. Der europäische Markt mit seinen 450 Millionen Einwohnern ist für die hauptsächlich in den USA ansässigen Unternehmen von zentraler Bedeutung. Das europäische Urheberrecht ist harmonisiert, so dass die Verwertungsrechte in der gesamten Europäischen Union vergleichbaren Spielregeln unterliegen. Rechtsklarheit kann dabei zum Wettbewerbsvorteil für die Europäer werden. In den USA entscheidet sich die Frage auf Basis eines komplexen und schwer vorhersehbaren Abwägungsvorgangs – der so genannten »fair-use Doktrin«. Die bisherige Rechtsprechung, insbesondere des US District Courts for the District of Northern California, fällt dabei uneinheitlich aus. Bis zur abschließenden Klärung durch den Supreme Court werden Jahre vergehen. Für die Kreativen, aber auch die Unternehmen bringt dies in einem Markt, der sich extrem schnell entwickelt, Jahre der rechtlichen Unsicherheit mit sich.

Die Entscheidung des Münchner Landgerichts durchbricht das Narrativ der Tech-Unternehmen, sie könnten ihre Systeme ohne Rücksicht auf das Urheberrecht mit allem trainieren, was sie im Internet finden. Dennoch ist es bis zu einem fairen Ausgleich mit den Autorinnen und Autoren noch ein langer Weg. Es steht zu befürchten, dass die Unternehmen für das Training auf Länder mit einem niedrigen urheberrechtlichen Schutzniveau ausweichen und so auch die in Europa ansässigen Anbieter benachteiligt werden. Um dies zu verhindern und die Anwendbarkeit des europäischen Urheberrechts auf den Import von Systemen Künstlicher Intelligenz in die Europäische Union sicherzustellen, wird es weiterer Tätigkeit des europäischen Gesetzgebers bedürfen. Auch die Beweislage ist für die Rechteinhaber äußerst diffizil. Die Anbieter unterliegen keinen klaren rechtlichen Verpflichtungen, die sie zur Auskunft über die für das Training genutzten Werke verpflichten. Für die Urheberinnen und Urheber bedeutet dies, dass Rechtsschutz nur gewährleistet ist, wenn sich die Beweise im Output der Systeme finden lassen. Diese Form der Beweisführung versuchen die Anbieter mit Filtertechnologien unter Hochdruck zu vereiteln. Auch bei der Transparenz besteht daher gesetzlicher Nachbesserungsbedarf.

Auch wenn vieles noch nicht geklärt ist, bildet die Entscheidung des Landgerichts München in Europa eine Zäsur. Systeme der Künstlichen Intelligenz können nur rechtmäßig betrieben werden, wenn die Kreativen für ihre Tätigkeit vergütet werden. Denn sie liefern den Rohstoff, mit dem die Systeme arbeiten. Dem müssen sich jetzt auch Unternehmen wie OpenAI stellen. Man fragt sich, wieso diese Selbstverständlichkeit erst immer in aufwendigen und kostenträchtigen Gerichtsverfahren geklärt werden muss.

Kai Welp ist Justiziar der GEMA

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Weitere Artikel aus Politik & Kultur zum Thema KI finden Sie unter: tinyurl.com/4kcap6rf

Snapshot USA

Die SPK und die Welt (2)

MARION ACKERMANN

Was in den Vereinigten Staaten und vor allem im Kultursystem geschieht, beschäftigt mich schon länger. Wie sicher vielen von uns, eng verbunden, wie wir mit Amerika sind. Ende Oktober bin ich zu einem Treffen mit Museumsdirektorinnen und -direktoren aus aller Welt nach Washington gereist. Es war so aufrüttelnd wie wichtig, und es begann mit einem für westliche Verhältnisse besorgniserregenden Bild: Shutdown. Die National Gallery in Washington geschlossen, nicht einmal die Mitarbeitenden oder die Direktorin hatten Zutritt zur eigenen Sammlung. Das wirkte auf mich geisterhaft. Inzwischen ist die Haushaltskrise wohl überwunden. Was bleibt, ist ein Gefühl der Unsicherheit, der Angst, auch der Lähmung

unter allen Kulturleuten, die ich traf. Sie erzählten von den sogenannten »banned words«, die von staatlichen Institutionen zu vermeiden sind: Die Liste beginnt mit »abortion«, geht weiter über »black« und »gender« zu »migrant«, »racism« und endet mit »women are underrepresented«. Eine Art Handlungsempfehlung, die zeigt, wo die Deutungshoheit liegt, wie Geschichte erzählt werden soll.

Bei den US-amerikanischen Kolleginnen und Kollegen herrschte angesichts der Angriffe einer autoritären Administration auf die älteste Demokratie der Welt eine angespannte, laute Stille. Ich frage mich natürlich schon, wieso das so ist. Warum positioniert sich keiner solidarisch oder begehrt auf? Aber das Bedrohungsgefühl und die Folgen des öffentlichen Drucks vor Ort scheinen enorm. Ich habe auch Kolleginnen und Kollegen vermisst, die einfach nicht mehr da sind. Entlassen. Vor allem Frauen hat es getroffen. Die Liste wird immer länger.

Auch darum finde ich es umso wichtiger, sich von Europa aus solidarisch zu zeigen. Als der US-Präsident nur ein paar Wochen nach seinem Amtsantritt ankündigte, direkten Einfluss auf Museen wie das National Museum of American History des Smithsonian Instituts nehmen zu wollen, um Darstellungen zur amerikanischen Geschichte zu beeinflussen, haben mein Amtsvorgänger Hermann Parzinger und ich uns in aller Klarheit zu Wort gemeldet. Wir haben damals geschrieben, dass in freien Gesellschaften Diskurse geführt und Dinge ausgehandelt werden und nicht per Dekret bestimmt wird, was gedacht und gezeigt wird. Und dass öffentliche Einrichtungen Freiräume brauchen, um wirken zu können. Gerade das haben wir im Nachkriegsdeutschland doch von den Vereinigten Staaten gelernt. Das ist das gemeinsame Fundament der freien Welt.

Solidarität mit unseren amerikanischen Kolleginnen und Kollegen ist geboten, gerade weil wir nicht vergessen, was Deutschland mit Amerika verbindet. Das wird auch im kommenden Jahr eine programmatische Rolle spielen, wenn auch hierzulande an die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung erinnert wird, an die Geburtsstunde der modernen Demokratie vor 250 Jahren. Und was bedeutet Amerika eigentlich für uns, für die SPK? Was wäre, um nur ein Beispiel zu nennen, die Neue Nationalgalerie, ein Stück Chicago in Berlin, ohne den Einfluss der amerikanischen Kunst? Wie würde die Sammlung ohne Rothko, Stella oder Newman aussehen? Wer hätte sie gebaut?

Der Politologe Ivan Krastev, so habe ich in diesen Tagen gelesen, hat davon gesprochen, dass Europa (und sicherlich dem Westen insgesamt) die Zukunft abhandengekommen ist. Dieser Gedanke treibt mich um. Welche Zukunft haben Museen und Wissenschaft? Auch hierzulande befindet sich die Kultur derzeit in einem Spannungsfeld. Auf der einen Seite soll sie ein Wundermittel für alle nur denkbaren gesellschaftlichen Herausforderungen sein, auf der anderen Seite erfährt sie tiefes Misstrauen. Letzteres habe ich auch in Amerika erlebt, wo ja der Stolz auf das Kulturerbe proklamiert wird, gleichzeitig aber jene, die es verwalten, befragen und aktualisieren, kritisch gesehen werden. Um es gelinde zu sagen. Auch hierzulande wird in rechtsextremen Kreisen davon gesprochen, dass Museen nicht neutral genug seien. Neutralität wird hier als Kampfbegriff benutzt, um Diskurse, die sich aus der Sammlungsgeschichte ergeben und die in meinen Augen geführt werden müssen, zu verhindern.

Die Lage in den Vereinigten Staaten ist auch darum besorgniserregend, weil dortige Entwicklungen oft Vorboten dafür sind, was in Europa droht. Die zentrale Botschaft meiner amerikanischen Kolleginnen und Kollegen an uns europäische Museen lautete klar: Bewahrt eure liberalen Demokratien! Steht zusammen, wenn die Kunst- und Wissenschaftsfreiheit angegriffen wird. Wir erleben doch bereits, dass von rechter Seite Museen und andere Kultureinrichtungen zum Feindbild erklärt werden.

Solidarität mit amerikanischen Kolleginnen und Kollegen ist geboten, weil wir nicht vergessen, was Deutschland mit Amerika verbindet

Was können wir europäischen, wir deutschen Kultureinrichtungen also tun, um unsere Freiheit, unsere demokratischen Prinzipien zu schützen, zu verteidigen? Bloße reaktive moralische Empörung sicher nicht. Viel stärker müssen wir hervorheben, was wir sind, was uns verbindet und wofür wir stehen, und noch intensiver auf die Vernetzung setzen. Dass US-amerikanische Kulturinstitutionen überhaupt weiterarbeiten können, verdanken sie übrigens nicht zuletzt ihren Boards, der Unterstützung privater Initiativen. Die Zivilgesellschaft in Gestalt von einflussreichen Förderern und Sammlern sorgt also gerade dafür, dass der kulturelle Betrieb nicht völlig zum Erliegen kommt.

Wir müssen spartenübergreifend »wilde Allianzen« bilden – ein starkes Netzwerk, um den Diskursraum weit zu öffnen. Ich denke, dass Formen des Gespräches heute extrem wichtig sind. Verschiedene Meinungen halten wir aus, davor habe ich mich jedenfalls nie gescheut – ganz im Gegenteil davon viel gelernt. Wie wir uns engagieren, ist die wichtige Frage, und mit welchen Mitteln wir dies tun – für mich war und bleibt das die Kunst.

Marion Ackermann ist Präsidentin der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Durch Inklusion entstehen neue Ästhetiken

Das Förderprogramm der Bundeskulturstiftung für inklusive Theatergruppen

Ludwig Greven spricht mit Steffen Sünkel und Clara-Michaela Dvořák von der Bundeskulturstiftung über ihr Förderprogramm für gemeinsame Produktionen von Staats- und Stadttheatern mit inklusiven Gruppen und ihr Abschlussfestival »inkl. Festival für Theater, Tanz und Performance«.

Ludwig Greven: Wie viele Künstler und Darsteller mit Behinderungen gibt es in Deutschland?
Steffen Sünkel: Etwa jeder zehnte Mensch hat eine Behinderung, drei Prozent von Geburt an, die anderen erwerben sie im Lauf des Lebens. Wie viele es unter Künstlern sind, ist nicht erfasst. Entscheidend ist, dass in Deutschland eine spannende und vielfältige inklusive Szene existiert. Es gibt in allen Bundesländern Theater und Initiativen, die künstlerisch inklusiv arbeiten.

Öffentlich sind die aber nicht sehr präsent.
Sünkel: Deshalb wollten wir sie mit unserem Förderprogramm aus den Nischen, in denen sie oft zu Unrecht stecken, herausholen und auf die großen Bühnen der Staats- und Stadttheater bringen.

Warum waren dort Darsteller mit Behinderungen bisher selten zu sehen?
Clara-Michaela Dvořák: Da gibt es viele Barrieren. Das fängt schon damit an, dass der Zugang zu Bildungsabschlüssen, die für die Arbeit an Theatern Voraussetzung sind, für Menschen mit Behinderung sehr eingeschränkt ist, obwohl die Unis, Schauspielschulen und Kunstakademien zur Inklusion verpflichtet sind.

FOTO: © DEUTSCHES THEATER | JASMIN SCHULLE

Szene aus »Leichter Gesang«, einem Theaterprojekt im Rahmen des inkl. Festival für Theater, Tanz und Performance

Sünkel: Es fehlt das Wissen und die künstlerische Praxis. Damit meine ich sowohl den Überblick über die inklusive Theaterszene als auch die Unsicherheit, wie Künstler mit Behinderung in die Strukturen der Häuser integriert werden können. Mit unserem Modellprogramm wollten wir dieses Wissen in die Institutionen hineintragen.

Weshalb ist es so wichtig, inklusive Kunst aus dem Schatten zu holen und sie zu leben?
Sünkel: Kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist ein Menschenrecht. Deshalb ist es unsere Aufgabe als Institutionen und als Gesellschaft, das zu ermöglichen. Darüber hinaus hat unser Programm gezeigt, dass inklusive Kulturpraxis auch ein großer Motor für ästhetische Innovation ist. Durch die zusätzliche Förderung der Kulturstiftung des Bundes haben die beteiligten Theater in Kooperation mit inklusiven freien Gruppen versucht herauszufinden, was sich dadurch in ihrer künstlerischen Praxis verändert. Zum Beispiel bei der Autorenschaft, bei der Einbindung von Gebärdensprache oder Audiodeskription als ästhetische Zeichen. Es geht darum, bisher nicht Gesagtes oder Gesehenes auf der großen Bühne sichtbar zu machen.
Dvořák: Es entstehen dadurch neue Ästhetiken. Wenn man Behinderungen als künstlerische Kompetenz sieht und nicht nur als Defizit, gewinnt man neue Perspektiven. Es wird ein Raum geöffnet für Innovationen in bisher nicht gekannter Weise.

Wie schwierig war es, Theater zu überzeugen, bei dem Inklusionsprogramm mitzumachen?
Sünkel: Wir hätten noch mehr Partner finden können. Das Interesse ist da. Oft kommt es von den Regisseuren, Autoren und Schauspielern und Schauspielerinnen, die gegenüber den Leitungen formulieren: Wir wollen mit diversen, inklusiven Ensembles arbeiten. Wenn wir zeitgenössische und relevante Inszenierungen machen wollen, sind das entscheidende Positionen. Das war dann auch für die künstlerischen Leitungen interessant, die nach neuen künstlerischen Formen suchen.

Was ist durch das Förderprogramm an Produktionen entstanden, und was wurde bei dem Abschlussfestival in Berlin gezeigt?
Sünkel: Der Großteil waren Uraufführungen, die in Kooperation mit inklusiven Gruppen entstanden sind. Da wurde von Anfang an gemeinsam überlegt, wie bekommen wir das gleichberechtigt hin und was erzählen wir. Ein Beispiel für innovatives Theater ist eine Aufführung vom Schauspiel Leipzig. Eine Autorin hat ein Stück geschrieben für ein hörendes und ein nichthörendes Ensemble. Eine nichthörende Schauspielerin hat daran mitgewirkt und ihre Perspektive eingebracht. Das Stück namens »Altbau in zentraler Lage« wurde zu den Mülheimer Theatertagen 2025 eingeladen und wird jetzt auch an anderen Theatern nachgespielt. In Dortmund hat eine inklusive Gruppe ein Dreivierteljahr im Theater hospitiert.
Dvořák: Es war, und das war für uns als Stiftung wichtig, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Auf dem Festival wurden zudem drei Performances aus unserem Mentoring-Programm für Führungskräfte gezeigt. Steven Solbrig thematisierte in einer Lecture-Performance »Von Sprüngen und Klasse« die Hürden, denen Künstlerinnen und Künstler mit Behinderung begegnen. Eine Performance der Künstlerinnen Anika Krbetschek und Linnéa Meiners sprach die »Crip time« an, also die Zeit, die den Bedürfnissen der Menschen aufgrund ihrer Behinderung gerecht wird.

Sie haben die Erfahrungen aus dem Modellprogramm in sieben Empfehlungen zusammengefasst. Was sind die wichtigsten?
Sünkel: Eine zentrale Erkenntnis ist, dass Kulturschaffende mit Behinderungen von Anfang an in die Prozesse eingebunden sein müssen. Da braucht es ein starkes Bekenntnis seitens der Leitungen, dass sie das auch wirklich wollen. Es braucht Zugangsmöglichkeiten sowohl für das Publikum als auch für die Künstler. Das bedarf finanzieller und personeller Ressourcen. Das ist anspruchsvoll. Darsteller mit Behinderungen benötigen oft Assistenzen und mehr Pausen. Aber wenn Häuser das in ihren Arbeitsablauf integrieren, wird es irgendwann zur Routine. Wir haben gesehen, dass es neben den strukturellen Lösungen auch ein hohes Maß an individuellen Lösungen gibt, die von den Mitarbeitern der Häuser gesucht und gefunden werden. Und vielleicht kommen wir dann dahin, dass man es nicht mehr mit einer Extrabedeutung auflädt, sondern dass es eine Selbstverständlichkeit ist, inklusiv zu arbeiten.
Dvořák: Dafür braucht es eine andere Haltung in den Leitungen. Eine Neugierde von beiden Seiten. Damit es nicht mehr heißt: »Ach, Du hast eine Behinderung. Dann können wir nicht richtig zusammenarbeiten.« Die Bereitschaft, voneinander zu lernen, ist eine zentrale Bedingung. Eine Rampe zu bauen und zu denken, damit sei man schon inklusiv, so einfach ist das nicht.

Vielleicht wirken gerade Störungen im Theaterbetrieb durch Beeinträchtigungen besonders kreativ.
Sünkel: Das Unerwartete, das über die Konventionen hinausgeht, schafft Voraussetzungen, dass etwas Neues passiert. Ich habe mit vielen Schauspielern und Ensembles gesprochen, die gesagt haben, die Probensituation verändert sich so, dass sie gar nicht mehr ohne Schauspieler mit Behinderung arbeiten wollen, weil sie das als künstlerisch bereichernd erleben.

Es ist ja auch wirklich eine andere Perspektive, wenn man nicht sehen oder hören kann oder im Rollstuhl sitzt.
Dvořák: So ist es. Deshalb wollten wir ja auch weg vom sozialen Anliegen, Menschen mit Behinderung zu integrieren, hin zu einer inklusiven Kunstpraxis. Sodass die inklusive Kunst am Ende genauso ernst genommen wird wie die nicht-inklusive. Bestenfalls kommen wir dort hin, dass wir Sonderprogramme nicht mehr brauchen, weil alle Künste Inklusion mitdenken.

Was macht die besondere Ästhetik in der Zusammenarbeit aus?
Dvořák: Das kann man nicht so eindeutig sagen. Es gibt ja ganz unterschiedliche Formen von Behinderungen, körperliche, geistige, psychische. Entsprechend verschieden drückt sich das künstlerisch aus.

Wenn man Behinderungen als künstlerische Kompetenz sieht und nicht nur als Defizit, gewinnt man neue Perspektiven. Es wird ein Raum geöffnet für Innovationen in bisher nicht gekannter Weise

Sünkel: Es gibt das wunderbare Zitat des Schauspielers Jonas Sippel: Erst wenn ich als Mensch mit Behinderung einen Bösewicht spielen kann, ist es echte Inklusion. Er spielt damit an auf die Zuschreibungen, was ihnen zugetraut oder eben nicht zugetraut wird.

Gab und gibt es Einwände von Theaterleitungen und Besuchern, dass ihnen etwas genommen wird, wenn zum Beispiel ein Stück in Leichter Sprache gespielt wird?
Dvořák: Der Diskurs hat sich da schon verschoben. Inklusives Theater wird nicht mehr als defizitär wahrgenommen, sondern als bereichernd.
Sünkel: Bei den Kammerspielen in München, die mittlerweile mit einem inklusiven Ensemble arbeiten, gab es von außen durchaus Vorbehalte, u. a. darüber, ob man einen Klassiker wie »Antigone« von Sophokles in Leichter Sprache spielen sollte. Die großartige Schauspielerin Johanna Kappauf, die die Titelrolle spielt, gibt darauf künstlerisch bestechende Antworten und das wurde vom Publikum sehr gut aufgenommen. Vielleicht haben die Zuschauer sogar Aspekte am Stück gesehen, die sie vorher noch nicht kannten.

Sollten auch in den Theaterleitungen und in Jurys Menschen mit Behinderungen sein?
Dvořák: Unbedingt. Über die Auswahl für unser Mentoring für »Disabled Leadership« haben ausschließlich Jurymitglieder unterschiedlichster Behinderungen entschieden.

Wird bei künftigen Förderungen generell Inklusion Bedingung sein?
Sünkel: In der regulären, offenen Projektförderung macht die Kulturstiftung des Bundes dazu keine Vorgaben, aber es gab und gibt immer wieder Förderungen für inklusive Vorhaben. Die Jury entscheidet über Projekte mit Blick auf künstlerische Qualität. Und die ist auch bei inklusiver Kunst hoch. Wir hoffen sehr, dass wir hier künftig noch mehr Anträge erhalten, an denen Künstlerinnen und Künstler mit Behinderungen maßgeblich beteiligt sind. Deswegen setzen wir auch stark darauf, dass wir Informationen zum Antrag in einfacher und Gebärdensprache zur Verfügung stellen. Wir merken, dass wir dadurch Communities erreichen, die wir bisher nicht so oft erreicht haben.

In Köln wurde im September eine Kunstakademie eröffnet, an der Bildende Künstler mit und ohne Behinderung zusammenarbeiten und ausgebildet werden. Was versprechen Sie sich davon?
Sünkel: Die Theater waren bisher Vorreiter bei der Inklusion, aber auch in der Bildenden Kunst gibt es großen Bedarf. Unsere Hoffnung ist, dass sich das wie bei den Theatern auf andere Akademien übertragen lässt und auch da Inklusion selbstverständlich wird.

Vielen Dank.

Steffen Sünkel leitet beim Programm inklusive Kulturpraxis der Kulturstiftung des Bundes das Netzwerk für inklusive Theaterkooperationen. Clara-Michaela Dvořák leitet das Mentoringprogramm für Disabled Leadership. Ludwig Greven ist Publizist

Im Dezember 2024 präsentierten der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und der Deutsche Kulturrat gemeinsam »Teilhabeempfehlungen für eine inklusive Kultur«, das Ergebnis intensiver Werkstattgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Kultur- und Mediensektors, der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen sowie Expertinnen und Experten der inklusiven Kulturszene: tinyurl.com/2w84yd64.

Neugierig auf alles, was kommt

Das Netzwerk Junge Ohren richtet sich neu aus

Mit seiner Leitlinie »Musikleben am Puls der Gesellschaft« begleitet, vernetzt und berät das Netzwerk Junge Ohren (NJO) seit mehr als 15 Jahren die klassische Musikszene im deutschsprachigen Raum. 2019 haben Katharina von Radowitz und Alexander von Nell als Führungstandem das Portfolio erweitert und an den Themen der Gegenwart ausgerichtet. Ende 2025 übergeben sie den Staffelstab an Franziska Haberland und Tom Verbeke als neues Leitungsduo.

Barbara Haack: 2007 wurde das Netzwerk junge Ohren (NJO) gegründet. Von Anfang an ging es um Musikvermittlung. Wie hat sich der Musikvermittlungsbegriff verändert, und wie seid Ihr dem als NJO gefolgt oder habt ihn auch mitgestaltet?

Katharina von Radowitz: Das NJO ist nicht im luftleeren Raum entstanden. Inspiriert von Beispielen aus England sorgten auch in Deutschland neue Formate für Aufsehen: Der Geist von »Rhythm is it!« beflügelte die Orchesterszene, der Studiengang Musikvermittlung in Detmold setzte ein Zeichen für Professionalisierung. Mit der Initiative »Konzerte für Kinder« schuf die Jeunesses Musicales Deutschland eine erste Struktur, um Projekte und Akteurinnen und Akteure stärker sichtbar zu machen. Im Zusammenschluss mit der DOV (heute unisono) und weiteren Verbänden entstand daraus das NJO – als Netzwerk für Musikvermittlung im deutschsprachigen Raum. Es sollte durch Austausch und Wissenstransfer die Professionalisierung fördern und dazu beitragen, das »Publikum von morgen« zu entwickeln. Die Szene existierte also längst. Das NJO sollte ein Raum werden, um diese Vielfalt und Dynamik zu spiegeln, ohne sofort eigene Setzungen vorzunehmen. Die Regionalen Arbeitskreise ermöglichen als regelmäßige Fachtreffen Vernetzung und kollegiale Beratung. Der Junge Ohren Preis war darüber hinaus ein zentrales Instrument: Er rückte jährlich herausragende Projekte ins Licht, gab Impulse in die Szene und stärkte viele Ensembles und Initiativen, die heute zu den prägenden Akteurinnen und Akteuren zählen.

Alexander von Nell: Die Entscheidung über die Preisträger des Junge Ohren Preises lag immer bei einer unabhängigen Jury – das NJO verstand sich von Beginn an als Moderator, nicht als Bewertungsinstanz. Diese Haltung prägt uns bis heute: Wir verstehen das Netzwerk als Raum für Vielfalt und Austausch, in dem der Kompass immer wieder neu ausgerichtet wird. Mit unserem Claim »Musikvermittlung am Puls der Gesellschaft« machen wir zugleich deutlich, wozu es Musikvermittlung braucht und was ihr Ziel sein muss. Ob die Nähe zur Gesellschaft als inszenierte Performance, im Kinderkonzert oder in der Stadtteiloper, im Drum Circle oder im digitalen Format entsteht, ist zweitrangig. Wir verstehen Musikvermittlung als künstlerisches Handlungsfeld und setzen uns dafür ein, dass ihre strukturelle Bedeutung und Transformationskraft anerkannt werden. Wenn man die heutigen Diskurse im Musikleben betrachtet, zeigt sich: Das NJO war häufig seiner Zeit voraus – Themen, die wir schon früh gesetzt haben, wie Partizipation und Teilhabe, Diversität oder auch Digitalität, sind heute zentral.

Inwieweit ist ein Künstler, der seine Musik auf der Bühne spielt, ohne das Publikum einzubeziehen auch ein Vermittler?

Von Radowitz: Viele Künstlerinnen und Künstler gestalten seit Jahren Formate, die wir als Musikvermittlung identifizieren. Einige der Betreffenden scheuen jedoch den Begriff und bestehen darauf, dass sie alles sind, aber ganz bestimmt keine Vermittler.

Der Begriff »Musikvermittlung« mag unsexy sein, aber sich an Etiketten abzuarbeiten ist nicht hilfreich, wenn das Ziel doch dasselbe ist: Begegnung in, mit und durch Musik; Situationen, die über das Alltägliche hinausweisen und die Möglichkeit schaffen, sich in Gesellschaft zu verbinden. Das ist genuines Merkmal von Vermittlung Ob und wie wir dies reflektieren und in die Gestaltung musikalischer Anlässe einbeziehen, markiert eine Haltung, dadurch verliert niemand seinen Status als Künstlerin oder Künstler.

Wenn wir über Begegnung und Beziehung sprechen, welche Rolle spielen dann Emotionen?

Von Nell: Für mich ist ein Ziel von Vermittlung, mit Hilfe einer Kunstform Nähe herzustellen. Das bedeutet auch, dass es zu einer emotionalen Berührung kommt, für die anderswo seltener Raum oder Zeit ist. Darauf schauend würde ich behaupten, dass eine herkömmliche Konzertsituation – Musikerinnen und Musiker auf der Bühne, Publikum im Saal – nicht jeden und jede emotional erreicht. Formate und Arbeitsweisen, die Partizipation und Musik in Gemeinschaft ermöglichen, rücken den gemeinsamen Entstehungsprozess in den Mittelpunkt. Sie erzeugen ganz andere Erfahrungen und Berührungen – selbst, wenn diese im Ergebnis dem Publikum verborgen bleiben. Dies anzuerkennen ist zentral für die Idee von Vermittlung, die daher auch viel mit demokratischer Lebenspraxis zu tun hat. Das macht gerade heute die Arbeit von Musikvermittlung so wichtig.

Wenn man von Partizipation und Demokratie spricht, dann muss man doch fragen: Wie erreichen wir diejenigen, die die Möglichkeit nicht haben?

Von Nell: Ich würde gerne zurückfragen: »Welche Möglichkeiten?« Wenn wir vom »Musikleben« sprechen, denken wir häufig an die Orte und Institutionen der klassischen westeuropäischen Musik. Es ist jedoch ein Trugschluss zu glauben, dass Menschen, die dieses System nicht nutzen, automatisch »musikfern« sind.

Als wir 2015 die Koordination der Initiative »Kultur öffnet Welten« übernommen haben, wurde das besonders deutlich: Fluchtbewegungen brachten Menschen mit vielfältigen kulturellen Prägungen nach Deutschland. Zugleich wurde endlich deutlich, dass viele außereuropäische Musikkulturen hier schon lange heimisch sind, deren Protagonistinnen/Protagonisten und Strukturen aber keinerlei Berührung mit dem klassischen Musikbetrieb haben. Ein Ziel von »Kultur öffnet Welten« war es, diese Diversität sichtbar zu machen und die Öffnung kultureller Institutionen voranzubringen. Das war ein anspruchsvoller Auftrag, aus dem wir viel gelernt haben. Eine zentrale Erkenntnis: Kulturinstitutionen werden in der Gesellschaft oft weit weniger breit wahrgenommen, als sie selbst glauben. Betrachtet man den Aktionsradius von Menschen in einer Stadt, so verlassen diese das eigene Viertel nur selten. Man kann in Berlin leben und nicht wissen, wo Philharmonie oder Konzerthaus liegen und was dort geboten wird. Gleichzeitig existieren zahlreiche andere Orte, die im Alltag und für die Freizeitgestaltung der Personen eine zentrale Rolle spielen. Wenn klassische Kulturinstitutionen Bedeutung erlangen wollen, braucht es ein ehrliches Interesse am Gegenüber und seiner Lebenswelt. Und da sind wir wieder bei Strategien der Nähe, die uns aus unserer Komfortzone herausholen.

Ich gehe also nicht dorthin, um meine Kultur dorthin zu bringen, sondern um die Kultur der anderen kennenzulernen.

Von Radowitz: Im klassischen Musikleben sind wir sehr darauf trainiert, zu senden. Das Konzert wird aufführungsreif geprobt und dem Publikum dargeboten. Eine Seite präsentiert, und eine Seite rezipiert – so sind Bühne und Publikum verbunden. Dieses Prinzip gilt es zu hinterfragen und neu ins Spiel zu kommen. Das gelingt durch neue Formate und Arbeitsweisen, die Zugänge eröffnen, Mitwirkung möglich machen und das Erleben von Musik anders strukturieren. Häufig fällt aktuell der Begriff der Gastgeberschaft. Das ist ein schönes Bild. Aber: Wie würden wir es selbst finden, wenn uns jemand einlädt, der sich uns noch nie vorgestellt hat? Geschweige denn danach gefragt hat, wer wir eigentlich sind? Wenn wir andere Menschen einladen möchten, müssen wir uns zuerst mit ihnen bekannt machen. Das bedeutet, den Sendemodus zu verlassen, neugierig zu sein und aufzunehmen, was woanders klingt.

Welche Art von Kulturvermittler brauchen wir heute? Es liegt doch eine große Verantwortung in dieser Aufgabe, v. a., wenn sie eben nicht nur darin besteht, dass man sich auf die Bühne stellt und etwas zum nächsten Stück erzählt.

Von Radowitz: Vermittlung bedeutet aus unserer Sicht heute vor allem darin, Strategien der Nähe im Kontext einer Institution oder allgemeiner einer Kulturpraxis zu entwickeln. Es geht um die Art und Weise, wie wir tragfähige Beziehungen zu Menschen aufbauen und gestalten. Dabei stehen Öffnungsprozesse und die eigene Veränderung heute stärker im Vordergrund als die Vermittlung bestimmter Inhalte oder die Pflege eines etablierten kulturellen Kanons.

Welche Rolle spielt das Netzwerk heute in eurer Arbeit? Hat es sich mit der Zeit verändert? Gehen alle Teilnehmer mit bei den Veränderungen?

Von Radowitz: Das NJO ist für die Akteurinnen und Akteure der Musikvermittlung ein zentraler Raum, um Inspiration zu finden, Kontakte zu knüpfen und das eigene Handeln zu reflektieren. Unsere diesjährige Umfrage zu Arbeitsbedingungen hat gezeigt, dass Berufseinstieg und Jobwechsel in der Musikvermittlung herausfordernd sind: Unter den oft prekären Arbeitsbedingungen kann kaum strukturell abgesichertes Wissen aufgebaut werden. Hier spielt das NJO eine wichtige Rolle als Plattform für den praxisbezogenen Wissenstransfer. Angebote wie die Regionalen Arbeitskreise oder das digitale Format »How To…?!!« ermöglichen es, Erfahrungen weiterzugeben und voneinander zu lernen. Zugleich trägt der kollegiale Austausch zur emotionalen und mentalen Balance bei, indem er den Akteurinnen und Akteuren Raum gibt, Erfahrungen und Herausforderungen zu teilen.

FOTO: © PETER ADAMIK

Das Netzwerk Junge Ohren schafft Raum für Austausch und Vernetzung von Fachleuten in der Musikvermittlung

> **Es ist jedoch ein Trugschluss zu glauben, dass Menschen, die dieses System nicht nutzen, automatisch »musikfern« sind**

Ihr hört als Doppelspitze gemeinsam am Ende des Jahres auf. Wie kann es weitergehen? Wenn zwei Geschäftsführende, die so eine Institution geprägt haben, gleichzeitig weggehen, macht das etwas mit der Organisation.

Von Nell: Im Idealfall ändert sich nichts an der Institution selbst – jedenfalls in unserem Rollen- und Führungsverständnis. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass wir als Personen mit unseren individuellen Hintergründen und Erfahrungen Spuren hinterlassen werden. Das Besondere daran, diesen Job gemeinsam zu machen, war für uns, Verantwortung nicht allein und hierarchisch, sondern partnerschaftlich zu tragen. Das erforderte Auseinandersetzungen, Kompromisse und ein hohes Maß an Abstimmung – und wir glauben, dass uns das sehr gut gelungen ist.

Von Radowitz: Es wird erneut eine Doppelspitze geben, aber eine völlig andere – und das ist eine Chance für das NJO. Ein Netzwerk lebt von Vielfalt und braucht ständige Erneuerung. Entscheidend ist die Neugier der Menschen, die hier arbeiten – nicht, dass es Katharina und Alexander sind.

Vielen Dank.

Katharina von Radowitz und Alexander von Nell sind noch bis Dezember 2025 Geschäftsführerin bzw. Geschäftsführer des Netzwerks Junge Ohren. Barbara Haack ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

FOTO: © TILL BUDDE

Der Women in Architecture Summit 2025

Sorge vor der Relativierung

Das neue Gedenkstätten-Konzept des Kulturstaatsministers

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Wenn es nicht so tragisch wäre, könnte man lachen über das, was sich da gerade in Benin City im Streit um das neuerbaute Museum of West African Art abgespielt hat; jenem Ort also, an den die berühmten Benin Bronzen zurückkehren und dort auf moderne afrikanische Kunst treffen sollten. Große Vergangenheit und selbstbewusste Gegenwart unter einem Dach hieß die offizielle Museumsidee, und die Ausstellung »Nigeria Homecoming« wollte schon einmal vorzeigen, was an moderner Kunst heute wieder entlang der Westküste Afrikas entsteht.

Viele Unterstützer aus Übersee waren gekommen, aber sie hatten sich die Willkommenskultur vor Ort sicher anders vorgestellt. Denn militante Demonstranten störten die Eröffnungsveranstaltung so massiv, dass man sie abbrechen musste. Man braucht nicht viel Fantasie, um zu ahnen, wer sie womöglich geschickt hat. Der Oba Ewuare II., ein Nachfahre der alten Königsfamilie, hatte die Bronzen immer für sich reklamiert, und die nigerianische Regierung hat sie ihm gegen alle Absprachen auch übertragen. Westliche Ahnungslosigkeit prallt auf postkoloniale Realitäten.

Fachleute, wie die jüngst verstorbene Basler Ethnologin Brigitta Hauser-Schäublin, hatten immer gewarnt, dass es mit den Rückgaben keineswegs einfach sei und man oftmals gar nicht wisse, wer als legitimer Empfänger infrage kommt. Das war bei der persönlichen Habe des großen Nama-Führers Hendrik Witbooi genauso wie bei der Rückführung der berühmten Säule von Cape Cross. Was als große Geste gedacht war, endete in einer primitiven Lagerhalle am Hafen von Walvis Bay.

Man kann angesichts solcher Erfahrungen sehr wohl verstehen, warum der neue Kulturstaatsminister Weimer das politische Gedenken an die deutsche Kolonialgeschichte erst einmal wieder aus dem Gedenkstättenkonzept des Bundes herausgenommen hat. Schon seine Vorgängerin Roth war mit dem Versuch gescheitert, es dort zu verankern. Geschichtspolitische Gründe standen dagegen, aber auch praktische Vorbehalte. Denn gemessen am Niveau der zeitgeschichtlichen Forschung und dem Wissen über die Geschichte der beiden deutschen Diktaturen ist der postkoloniale Umgang mit dem Erbe des deutschen Kolonialismus immer noch ein ziemlich ungeordnetes Feld.

Wenn man mit Fachleuten aus der Gedenkstättenlandschaft spricht, wird deren Sorge schnell deutlich, was es für die bestehenden Einrichtungen heißen würde, ihre bisherigen staatlichen Zuwendungen künftig gegen eine lautstark auftretende postkoloniale Szene verteidigen zu müssen. Das böse Wort von der Opferkonkurrenz ist da nicht weit. Was sicher mit Besitzstandswahrung zu tun hat, aber eben auch mit dem Umstand, dass es im Land wenig plausible Orte gibt, die Deutschlands Verantwortung für sein koloniales Erbe repräsentieren könnten. Auch die Restitutionspolitik der Museen war da nicht förderlich; denn sie entzieht dem Gedenken einen Teil der notwendigen Anschauung. Vor leeren Vitrinen erinnert sich schwer.

All diesen Kontroversen wollte Weimer verständlicherweise aus dem Wege gehen, und sein Haus verweist darauf, dass es demnächst ein gesondertes Konzept für den Umgang mit der deutschen Kolonialgeschichte geben soll, was ein Fingerzeig darauf ist, worum es in Wirklichkeit geht. Man will die verschiedenen Anlässe des Gedenkens eben partout nicht vermischen. Denn die Singularität des Holocausts, die jahrzehntelang unbestrittene Grundüberzeugung in Deutschland war, droht im postkolonialen Opferdiskurs zu versinken. Die Forderungen nach einem neuen »multidirektionalen Erinnern«, wie das im heutigen Jargon heißt, stünden der besonderen deutschen Verantwortung für die Shoah entgegen. Das Gedenken daran und die fortwährende Mahnung ist zum Kern unseres deutschen Selbstverständnisses geworden. Wenn man von einer Art Nationalreligion sprechen will, dann gilt das für jene Übereinkunft. Der Berner Philosoph Luca di Blasi hat sie eine »Tätervolksgemeinschaft« genannt.

Die Sorge vor der künftigen Relativierung entspringt keiner abstrakten Gefahr. Sie zeigt sich nach dem Überfall der Hamas auf Israel in höchstaktueller Form. Dabei geht es schon gar nicht mehr um historische Vergleichbarkeit, sondern um den militant eingeforderten Perspektivwechsel von Opfern zu Tätern.

Es wäre also naiv zu glauben, dass die Debatte um die Schuld der früheren Kolonialmächte rein historisch geführt würde. Im Gegenteil: Sie trägt zur direkten politischen Auseinandersetzung bei. Israel erscheint dabei als die letzte noch sichtbare Endmoräne des westlichen, des weißen Kolonialismus. Eine fatale Sichtweise, für die eine deutsche Gedenkstättenpolitik nicht noch die Bühne bereitstellen sollte.

Die koloniale Vergangenheit Deutschlands ausblenden zu wollen, wäre hingegen der grundfalsche Weg. Er würde nicht nur unserem modernen, aufgeklärten Geschichtsverständnis widersprechen, sondern auch den sich verändernden Realitäten in unserem Land. Denn die Zuwanderung von Menschen aus den Ländern des – wie man heute sagt – globalen Südens lässt sich auch geschichtspolitisch nicht länger ignorieren. Diese Menschen haben eine eigene Erinnerung, und sie haben in der Regel das Wissen um ihre Kolonialgeschichte mit im Gepäck.

Es wäre doch fahrlässig, zu glauben, dass Integration sich nur auf die Dinge des täglichen Lebens beschränken lässt; auf Wohnung und Arbeit und politische Teilhabe. Genauso unentbehrlich ist doch die Identifikation mit dem neuen Land, seinen Werten und seiner Geschichte; also das Wissen darum, wo man künftig zu Hause sein will. Was den eigentlichen Vorwurf betrifft, den man dem alten Rothschen Konzept machen muss: dass es vor allem die Elendsgeschichte unseres Landes erzählte, das man nicht liebt; das nur mit fremder Hilfe zu einem demokratischen Gemeinwesen fand und nur durch Intervention von außen seine autoritären Traditionen überwinden konnte.

Das böse Wort von der Opferkonkurrenz ist da nicht weit

Es war die politische Forderung nach einem verwandelten Land, und die Migranten sollten uns dabei helfen. Aber aus Selbstverleugnung und Fremdwahrnehmung kann kein Gemeinsinn entstehen. Was auch dem neuen Gedenkstättenkonzept fehlt, der gemeinsame Spirit, den jedes Einwanderungsland braucht. Stolz hätte man früher dazu gesagt.

Und als Postscriptum vermerkt: Das deutsche Verhältnis zur Welt war nie nur von Rassismus und Herrschaftsdünkel geprägt. Dazu waren wir viel zu romantisch. Gerade unsere ethnologischen Sammlungen könnten deshalb wieder zu Orten der Erinnerung werden. Wenn man sie nicht ihrer Objekte, ihrer Geschichte und ihrer Anschaulichkeit beraubt.

Johann Michael Möller ist Publizist und Ethnologe

Women in Architecture

Sichtbarkeit – Dialog – Diversität – ein Festival für mehr Baukultur

ELKE DUDA

Es gibt viele Hochschulabsolventinnen im Bereich der planenden Berufe, aber nur wenige weiblich geführte Architektur- und Planungsbüros! Schaut man sich die Entwicklung der letzten 20 Jahre an, zeigt sich, wo die strukturellen Hindernisse für mehr Frauen in der Baukultur liegen: Der Anteil der Studentinnen der planenden Berufe (Architektur, Landschaftsarchitektur, Innenarchitektur, Stadtplanung) liegt seit 2006 deutschlandweit konstant bei über 50 Prozent, der Anteil der in den Kammern eingetragenen Planerinnen stieg auf fast 45 Prozent, aber nur 26 Prozent der eingetragenen Büros werden von Frauen geführt. In der Landschaftsarchitektur, Innenarchitektur und Stadtplanung sind Frauen mittlerweile in der Mehrheit, aber selbst hier verkehrt sich auf der Ebene der Geschäftsleitung das Verhältnis wieder ins Gegenteil.

Die soziokulturellen Gründe für diese problematischen Verhältnisse sind bekannt. Auch wenn eine branchenspezifische Ursachenforschung für den beginnenden drop-out nach dem Studium fehlt, zeigt die Tatsache, dass die Baubranche mit einem Frauenanteil von gerade mal 7,5 Prozent bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als stark männlich geprägte Arbeitswelt Frauen vor enorme Herausforderung stellt. Sie begegnen nach wie vor existierenden Vorurteilen (Gender Bias) und strukturellen Benachteiligungen seitens Auftraggebenden, Chefs und Hochschulen sowie mangelnde Sichtbarkeit in den Medien und der Öffentlichkeit. Viel zu oft ignoriert, tauchen sie in der Stadt- und Baugeschichte nicht auf und geraten so bauhistorisch in Vergessenheit, sind selten Teil aktueller Debatten und/oder versinken in der Carearbeit, was den Schritt in die Selbstständigkeit erschwert.

Entscheidend ist aber, dass die Planung unserer Lebenswelten mit allen und für alle erfolgen sollte. Mehr Diversität und Egalität in der Zusammensetzung der Beteiligten auf allen Ebenen im Bauprozess sichert die Akzeptanz der gebauten Umwelt in der Gesellschaft nachhaltig. In Anbetracht vieler »missing links« ist der Ruf nach einer feministischen Stadtplanung, um der Planerinnen- und Nutzerinnenperspektive mehr Raum zu geben und bestehende Paradigmen zu korrigieren, verständlich, klingt jedoch eher ausgrenzend als integrierend. In der Stadt- und Landschaftsplanung ist der Frauenanteil, insbesondere in den Stadtverwaltungen aufgrund einer langjährigen Gleichstellungspolitik der öffentlichen Hand relativ hoch, wenn auch nicht immer an den entscheidenden Stellen. Das Problem scheint nicht allein ein Mangel an weiblicher Perspektive, sondern auch politischer und finanzieller Natur zu sein. Tatsächlich müssen neue Prioritäten gesetzt, andere Prozesse und entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Darauf zielen auch die Leitlinien des Bundes »für eine faire, inklusive und sorgende Stadt« sowie die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 ab.

Hier setzt das Women in Architecture WIA Festival an und eröffnet die Baustelle Gleichstellung. Das WIA Festival versteht sich als Impulsgeberin, verlässt die persönliche Ebene der Betroffenen und fordert gezielt die Stakeholder aus der Baubranche auf, sich mit dem Thema Chancengleichheit und Gleichstellung auf institutioneller Ebene auseinanderzusetzen. Über die konzentrierte Sicht- und Hörbarmachung weiblicher, marginalisierter Stimmen, Themen und Werke auf dem Festival wird der Wandel in der Baukultur, hin zu mehr Egalität und Respekt, gezielt gefördert. 2021 in Berlin von dem Berliner Planerinnennetzwerk n-ails e.V. in Kooperation mit der Berliner Architektenkammer gegründet, fand es 2025 unter der Schirmfrauschaft von Verena Hubertz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, und der Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Andrea Gebhard, bundesweit mit über 265 Veranstaltungen von ca. 200 Akteurinnen und Akteuren statt.

Die große Resonanz brachte neben den vielen wichtigen Diskussionen eine Sensibilisierung für das Thema und einige Fortschritte: Verbandsnamen wurden gegendert, Fachzeitungen umbenannt, Ausstellungen und Mentorinnenprogramme initiiert, vermehrt Publikationen zu Werken von Planerinnen veröffentlicht; mehr und mehr Podien, Gremien und Veranstaltungen werden paritätisch besetzt.

Alle vier Jahre stellt das WIA-Festival die Frage nach dem Status quo, hinterfragt die aktuellen Rahmenbedingungen und befördert so den notwendigen Transformationsprozess. Treibende Kraft waren und sind die Planerinnen selbst, aber entscheidend für den langfristigen Erfolg des WIA-Festivals ist und bleibt die (weitere) Unterstützung durch die Architektenkammern, Berufsverbände, Stiftungen, Hochschulen, Initiativen für Baukultur und die Politik. Sie tragen das Festival in die Breite und stärken so die dringend erforderliche inhaltliche und strukturelle Transformation des Berufsbildes und der Baukultur. 2029 soll das Women in Architecture WIA Festival erneut bundesweit stattfinden.

Elke Duda, Architektin BDA ao, leitete 2021 für das Planerinnen-Netzwerk n-ails e.V. das Festival Women in Architecture Berlin. 2025 war sie Beiratsmitglied des WIA-Festivals

Verlagswesen im arabischen Raum

Bodour Al Qasimi im Gespräch mit Yvonne de Andrés

Während ihrer Zeit an der Spitze der International Publishers Association (IPA) prägte Prinzessin Bodour Al Qasimi von Sharjah das Verlagswesen weltweit und schrieb als erste arabische Präsidentin Geschichte. In diesem Jahr war ihre Initiative PublisHer erstmals auf der Frankfurter Buchmesse vertreten. Seit 2023 leitet sie zudem die American University of Sharjah. Im Oktober 2025 ernannte die UNESCO sie zur Goodwill-Botschafterin für Bildung und Buchkultur – eine Auszeichnung, die ihre globale Arbeit und ihren Einsatz für Urheberrechte würdigt.

Yvonne de Andrés: Wenn Sie die heutige internationale Verlagsbranche in einem einzigen Bild beschreiben müssten, wäre es dann eines des Aufbruchs oder der Krise?
Bodour Al Qasimi: Eine Brücke im Bau. Die Verlagswelt bewegt sich gerade von einer Ära in die nächste. Wir können das Ziel bereits erkennen: mehr Zugang, stärkere Beteiligung der Lesenden und neue Formate. Doch der Weg dorthin verlangt, dass wir mit einem Fuß noch auf vertrautem Boden stehen, während wir gleichzeitig an der Zukunft bauen. Diese Transformation wird von digitalen, audiovisuellen und Bildungsformaten getragen, die den Zugang zu Leserinnen und Lesern erweitern. Verlage setzen zunehmend auf künstliche Intelligenz, um Arbeitsprozesse zu optimieren und Rechte effizienter zu verwalten. Das erhöht sowohl die Effizienz als auch die Sichtbarkeit von Inhalten. Doch dieser Aufbruch ruht auf einem entscheidenden Fundament: dem konsequenten Schutz des Urheberrechts im Zeitalter generativer KI. Unter Druck steht nicht die Kreativität selbst, sondern das Rahmenwerk, das sie bislang definiert hat. Gedruckte Bücher bleiben wichtig, doch das Wachstum entsteht in jenen Formaten, die die Menschen in ihrem Alltag bereits nutzen. Die Aufgabe besteht darin, Rechte, Formate und Zugangsmöglichkeiten für diese neue Realität neu zu denken.

Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Diversität: Welche dieser Entwicklungen verändert die Branche am tiefgreifendsten – und welchen Einfluss haben sie auf den arabischen Verlagssektor?
Diese Kräfte lassen sich eigentlich nicht voneinander trennen, aber wenn ich mich für eine entscheiden müsste, wäre es die Digitalisierung, da sie sowohl Nachhaltigkeit als auch Diversität erst ermöglicht. Die Digitalisierung hat grundlegend verändert, wie Bücher entstehen, verbreitet und erlebt werden. Gerade in der arabischen Welt brechen digitale Werkzeuge Barrieren auf, die regionale Verlage früher stark eingeschränkt haben. Kleine Verlage in Kairo, Beirut oder Sharjah können heute über Plattformen, die es vor zehn Jahren noch nicht gab, ein weltweites arabischsprachiges Publikum erreichen. Print-on-Demand reduziert Abfall und senkt zugleich die finanziellen Einstiegshürden. KI unterstützt Verlage bei der Rechteverwaltung, der Optimierung von Arbeitsabläufen und der Auffindbarkeit ihrer Inhalte. Nachhaltigkeit ergibt sich dabei ganz natürlich aus dieser digitalen Effizienz und sorgt für einen bewussteren Umgang mit Ressourcen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Gleichzeitig fördert die Digitalisierung die Diversität: Neue kulturelle und sprachliche Märkte werden zugänglich, das Risiko der Marktkonzentration sinkt, und mehr Akteure können an globalen Publikationsdiskursen teilnehmen. Im arabischen Raum verläuft diese Entwicklung allerdings unterschiedlich schnell. Einige Verlage gehören bei diesen Technologien zu den Vorreitern, während andere erst grundlegende digitale Strukturen aufbauen.

Sie haben Sharjah Publishing City (SPC) gegründet, speziell für das Verlagswesen. SPC bietet Infrastruktur und unternehmensfreundliche Bedingungen für Verlage und verwandte Geschäftsbereiche und fördert so die die Buchbranche im Emirat Sharjah. Wann war der Moment, in dem Sie wussten, dass es funktioniert?
Der Wendepunkt kam, als große internationale Branchenakteure begannen, nicht nur Veranstaltungen zu besuchen, sondern sich dauerhaft bei SPC anzusiedeln. Plötzlich wählten renommierte Verlage und Vertriebsunternehmen gemeinsam mit regionalen Distributoren und Technologieanbietern Sharjah Publishing City als ihren festen Standort für den Nahen Osten, Afrika und Asien aus. Dieser Schritt zeigte, dass unsere Idee sich tatsächlich in einen funktionierenden Geschäftsknotenpunkt verwandelt hatte. Diese langfristigen Verpflichtungen bestätigten, was wir von Anfang an wussten: Publishing gedeiht dort, wo Infrastruktur, verlässliche Regulierung und gegenseitiges Vertrauen zusammenkommen. Sharjah Publishing City wurde bewusst so konzipiert, dass sie für die Transformation der Branche unverzichtbar ist – mit gemeinsamen Dienstleistungen wie Lagerhaltung, Druck und Distribution, die es Verlagen wirtschaftlich erleichtern, eine regionale Präsenz aufzubauen. Und je weiter sich die globale Branche in Richtung digitaler und nachhaltiger Wertschöpfungsketten entwickelt, desto deutlicher erkennen immer mehr Verlage, dass solche kooperativen Ökosysteme keine Luxusgüter, sondern eine Notwendigkeit sind.

Frauen in Führung

Sie waren die erste arabische Frau an der Spitze der IPA. Was war Ihr größter persönlicher Durchbruch?
Die Erkenntnis, dass Frauen nicht in der Branche fehlen, sondern in den Entscheidungsebenen. Sie waren überall, in Redaktionen, im Lektorat, in der Produktion. Aber kaum in den Räumen, in denen die Zukunft der Branche diskutiert wurde. Als ich Frauen auf der ganzen Welt traf, in Deutschland, Nigeria, Brasilien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, zeigte sich das selbe Muster. Der Fortschritt konnte nicht individuell sein, die Lösung musste systemisch sein. Diese Einsicht führte zu PublisHer.

Wo begegnen Frauen im Verlagswesen heute noch unsichtbaren Barrieren?
Überall, wo Macht konzentriert ist: Eigentum, Vorstände, Chefredaktionen. Frauen bilden oft die Mehrheit der Beschäftigten, aber eine Minderheit der Führungskräfte. Die Hürden sind subtil: Zweifel an ihrer Führungsfähigkeit, Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Vereinnahmung ihrer Beiträge durch männliche Kollegen. Fortschritt setzt voraus, dass wir diese Muster als strukturell anerkennen.

Welchen Ratschlag würden Sie jungen Verlegerinnen in von Männern dominierten Umfeldern geben?
Erstens: Bauen Sie sich ein internationales Netzwerk auf – bewusst und strategisch. Zweitens: Seien Sie ambitioniert. Streben Sie nach Einfluss, nicht nach Titeln. Drittens: Suchen Sie sich Mentorinnen und Mentoren und pflegen Sie die gegenseitige Unterstützung. Niemand erreicht etwas allein.

Wo ist es schwerer für Frauen, durchzubrechen – in der arabischen Welt oder im Westen?
Es gibt keine einfachen Gegensätze. Überall existieren Barrieren, nur in unterschiedlichen Formen. Vergleiche helfen wenig, Kooperation hingegen sehr. Fortschritt in einem Markt stärkt alle anderen.

PublisHer ist ein Netzwerk für Frauen

PublisHer ist ein Netzwerk für Frauen, das längst zu einer internationalen Stimme für Gleichberechtigung geworden ist. Was war der Auslöser für die Gründung von PublisHer?
Es war immer der gleiche Moment: Ich war oft die einzige Frau im Raum. Doch als ich Kolleginnen weltweit befragte, merkte ich, dass dies ein globales Muster war. Frauen arbeiteten mit Hingabe, wurden aber von Boards, Bühnen und Entscheidungsräumen ferngehalten. PublisHer entstand als Antwort auf diese Erkenntnis. Mit dieser Diagnose begann ein Prozess, der heute weit über die individuellen Erfahrungen hinausreicht. Denn PublisHer ist längst kein kleines Netzwerk mehr, sondern ein internationales Ökosystem für Austausch, Förderung und Sichtbarkeit. Der Wandel zeigt sich in über 1.000 Mitgliedern, globalen Lounges, Mentoring-Programmen und Auszeichnungen für Frauen aus fünf Kontinenten. Besonders berührend ist, wie ehemalige Mentees selbst zu Mentorinnen werden. Gerade dieser generationenübergreifende Effekt zeigt, wie nachhaltig Netzwerke wirken können. Doch Gleichberechtigung entsteht nicht im Alleingang – sie braucht Verbündete.

Welche Rolle sollten Männer in »PublisHer« spielen?
Die gleiche wie Frauen in der Branche: als Verbündete. Geschlechtergerechtigkeit ist kein Nullsummenspiel. Männer können Türen öffnen, Panels diverser gestalten, Karrierewege prüfen und Frauen aktiv fördern. Ich wünsche mir, dass ihre Führung selbstverständlich wird – und frei von den Hürden, die meine Generation erlebt hat.

Vision und Zukunft

Wie wird die arabische Verlagslandschaft im Jahr 2035 aussehen?
Sie wird integrierter, digitaler und global sichtbarer sein. Digitale Infrastruktur und neue Vertriebswege werden es ermöglichen, dass Bücher freier zwischen den arabischen Ländern zirkulieren. Junge Verlegerinnen verbinden kulturelle Verwurzelung mit technischer Exzellenz. Herausforderungen bleiben bestehen, etwa im Bereich Urheberrecht, Kapitalzugang und Distribution, doch das Fundament aus Kultur und Kreativität ist stark. Vor diesem Hintergrund rückt die Frage nach internationalen Kooperationen in den Mittelpunkt.

Welche internationalen Allianzen sind entscheidend für Diversität und Innovation?
Entscheidend sind Allianzen, die echte Partnerschaften zwischen Regionen, Sprachen, Marktgrößen und Generationen ermöglichen. Die Beispiele reichen von Alphabetisierungsinitiativen in Afrika bis zu globalen Netzwerken von Verlagen sowie Kooperationsprojekten mit internationalen Buchmessen. Solche Allianzen fördern nicht nur die Märkte, sondern auch den kulturellen Pluralismus in Zeiten des wachsenden Populismus. Bei all diesen strukturellen Entwicklungen bleibt ein zentrales Thema bestehen: die Rolle der nächsten Generation – und insbesondere die der Frauen in der Branche.

Welches Ihrer Projekte liegt Ihnen persönlich am meisten am Herzen – und warum?
Die Kalimat Foundation. Ein Buch kann ein Kind in einer Krisensituation in eine andere Welt tragen, ihm Trost spenden, Normalität schenken und kulturelle Verbindungen schaffen. Seit 2016 bringt die Stiftung arabische Bücher zu Kindern in Konflikt- und Flüchtlingsgebieten und stellt über die Ara-Initiative auch Braille-Bücher bereit. Diese Arbeit verbindet alles, was ich tue: Frauen fördern, Buchkultur stärken, Infrastruktur aufbauen. Kultur baut Brücken – besonders zu Kindern, die sie am dringendsten brauchen.

Vielen Dank.

Bodour Al Qasimi war die erste arabische Präsidentin der International Publishers Association, stärkt mit PublisHer Frauen im Buchsektor und wurde 2025 für ihr Engagement zur UNESCO-Goodwill-Botschafterin ernannt. Yvonne de Andrés ist Kulturmanagerin und 1. Vorsitzende der Bücher Frauen e. V. – Women in Publishing

Die Kunst der Beziehung

Deutsch-israelischer Kulturaustausch im Wandel

GILA BAUMÖHL & HANNAH DANNEL

Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen sind in Bewegung – das birgt Chancen, aber auch Risiken: Es können sich Räume wechselseitiger Resonanz öffnen, oder es kommt – bei ausbleibendem Dialog – zu wachsender Distanz und Sprachlosigkeit. Dieses Spannungsverhältnis ist 60 Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen und zwei Jahre nach dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober spürbar. Wo steht der deutsch-israelische Kulturaustausch heute? Wie hat er sich in den vergangenen zehn Jahren entwickelt? Diesen Fragen gehen wir in der Publikation »Resonanzen. Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen. Bestandsaufnahme, Trends und Empfehlungen« nach, die vom Institut für Neue Soziale Plastik herausgegeben wird. Dazu haben wir den Kulturaustausch in den Künsten, den Jugend- und Schulaustausch, den Wissenschaftsaustausch, den gesellschaftlichen Dialog und weitere Begegnungsforen untersucht.

Vor dem Hintergrund des Zivilisationsbruchs der Shoa galten offizielle Beziehungen zwischen Deutschland und Israel lange als undenkbar. Es waren Einzelpersonen, die durch ihre persönlichen Beziehungen die ersten Brücken zwischen beiden Staaten bauten. So kann der Jugendaustausch zum Beispiel in diesem Jahr sein 70. Jubiläum feiern.

Deutsche Kultur war in Israel – auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen – in den ersten Jahren verpönt, und Aufführungen in deutscher Sprache waren offiziell untersagt. Als die deutsche Botschaft in Israel 1965 eröffnet wurde, verbanden damit viele der aus Deutschland geflohenen Jüdinnen und Juden die Hoffnung auf eine Wiederannäherung an die deutsche Kultur; mit Veranstaltungsvorschlägen meldeten sie sich bei der Kulturabteilung der Botschaft. Doch die Arbeit der Abteilung war aufgrund der »Richtlinien für kulturelle Beziehungen mit Deutschland« von 1961 nahezu unmöglich. Die israelische Regierung hatte zwei Jahre nach der Staatsgründung öffentliche Aufführungen in deutscher Sprache verboten – und das Verbot 1961, im Jahr des Eichmann-Prozesses, bestätigt: Veranstaltungen deutscher Kulturschaffender in Israel – und umgekehrt von israelischen Kulturschaffenden in Deutschland – blieben untersagt. Diese Situation löste sich nach und nach auf, sodass der Boykott faktisch nur noch auf dem Papier bestand. Ab 1969 gab es ein deutsches Kulturzentrum: eine von der deutschen Botschaft geleitete Bibliothek, in der Veranstaltungen stattfanden. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1965 entwickelten sich die deutsch-israelischen Verbindungen weiter, sei es im Rahmen einer intensiven Zusammenarbeit in Wissenschaft und Wirtschaft, durch Städtepartnerschaften, Jugendbegegnungen oder den Kulturaustausch. Für jüngere Generationen in Israel klingt es heute völlig absurd, deutsche Kultur zu boykottieren – Berlin ist zum wichtigen Bezugspunkt der israelischen Kulturszene geworden. Auch leben viele israelische Kulturarbeitende in Deutschland. Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass die Entwicklung in Deutschland in umgekehrter Richtung verläuft und internationale Boykottaufrufe gegen israelische Kultur auch hier zunehmend lauter werden.

Das deutsch-israelische Beziehungsgeflecht ist heute vielfältig. Nichtsdestotrotz zeigt sich, dass sich die Beziehungen in den künstlerischen Sparten sehr unterschiedlich entwickelt haben. Wir haben die Bereiche Literatur, Musik, Tanz, Theater, Bildende Kunst und Film untersucht. In allen Sparten ist auf Bundes-, Länder- wie kommunaler Ebene ein Rückgang festzustellen, was gemeinsame Projekte und deren Umfang betrifft.

Gründe sind unter anderem ein sich verschlechterndes Israelbild in Deutschland sowie die Auswirkungen internationaler Boykottaufrufe. Insbesondere in der Gegenwartskunst begegnet man israelischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Institutionen zunehmend mit Vorbehalten, in einigen Kontexten gilt eine Zusammenarbeit als nicht erwünscht. Auch praktische Einschränkungen durch die Coronapandemie und die Konfliktlage im Nahen Osten erschwerten oder erschweren die Zusammenarbeit stark. Zudem fällt auf, dass es sehr unterschiedliche Verständnisse vom deutsch-israelischen Kulturaustausch gibt: Die Vorstellungen darüber, was israelische Kultur oder israelische Kulturschaffende sind, gehen weit auseinander. Auch werden von deutscher Seite bisweilen »jüdisch« und »israelisch« vermischt und vertauscht; dann werden Projekte zu jüdischen Themen als »israelische Kultur« gelabelt – und umgekehrt. Unsere Gespräche ergaben außerdem, dass ein Ungleichgewicht im deutsch-israelischen Kulturaustausch existiert; es gründet in der unterschiedlichen Größe und Bevölkerungszahl, den ungleichen finanziellen Möglichkeiten und in der Historie der beiden Länder. Dieses Ungleichgewicht erschwert den wechselseitigen Charakter des Austauschs.

Nach dem 7. Oktober 2023 kam das kulturelle Leben in Israel zunächst vollständig zum Erliegen. Anfang 2024 wurde es schrittweise wieder aufgenommen, ebenso der Kulturaustausch. In der israelischen Kulturszene herrscht jedoch spürbar Resignation: Internationale Kooperationen brachen ein, Leihgaben blieben aus, Festivals wurden abgesagt und selbst langjährige Kontaktpersonen reagierten nicht mehr. Die deutschen Partner blieben vergleichsweise verlässlich, zeigten Verständnis für die schwierige Lage und hielten den kulturellen Austausch und den Dialog aufrecht, trotz Sicherheitsbedenken, massiv gestiegener Kosten und internationaler Boykottaufrufe. Veranstaltungen und Begegnungen in Israel sowie bilaterale Austauschformate waren jedoch auch für die zweite Jahreshälfte 2025 schwer planbar, weil damit gerechnet werden musste, dass sie aufgrund der Sicherheitslage nicht stattfinden können. Zudem fühlen sich manche Kulturinstitutionen in Deutschland unter Druck: Boykottaufrufe, Sicherheitsbedenken und Verunsicherung führen dazu, dass weniger israelische Künstlerinnen und Künstler eingeladen und kaum neue Beziehungen aufgebaut werden.

Wie also können die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen gestärkt werden? Für den Bereich der Künste wurden insgesamt 14 Empfehlungen formuliert, die sich drei Handlungsfeldern zuordnen lassen: Erstens gilt es, Handlungssicherheit zu erhöhen und Dialogräume offenzuhalten. Denn die sicherheitspolitische Situation schreckt viele Akteure ab. Zusätzlich verunsichert die Sorge vor Störaktionen und Boykotten, was die Zusammenarbeit verhindert oder erschwert. Zweitens sollte das Interesse an israelischer Kultur (wieder-)erweckt werden. Die Neugier auf israelische Kunst und das Interesse daran haben nachgelassen. Zudem ist die israelische Kulturlandschaft in Deutschland wenig bekannt. Drittens sollte der Austausch mit gezielten Programmen und Strukturen gestärkt werden. Kulturpolitische Anreize in Form spezifischer Förderprogramme und die Etablierung nachhaltiger Strukturen, die Kooperationen anregen, könnten den Kulturaustausch stärken.

Insbesondere in der Gegenwartskunst begegnet man israelischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Institutionen zunehmend mit Vorbehalten, in einigen Kontexten gilt eine Zusammenarbeit als nicht erwünscht

Um der Unsicherheit der Akteure zu begegnen, braucht es Angebote und Hilfestellungen, die Kulturinstitutionen für ihre Auseinandersetzung und ihren Umgang mit Unsicherheit, Boykott und Antisemitismus in Anspruch nehmen können. Der deutsch-israelische Kulturaustausch lässt sich perspektivisch vertiefen, indem die Kommunikation zwischen Akteuren beider Länder und der Diskurs über Israel verbessert und weiterentwickelt werden. Dafür braucht es Räume, in denen offen und differenziert gesprochen werden kann – auch über schwierige Themen, ohne vorschnelle Zuschreibungen und unter Einbeziehung vielfältiger Perspektiven. Ebenso gilt es im klassischen Kulturaustausch der Künste, die jüngeren Generationen für die deutsch-israelischen Beziehungen zu gewinnen und für Israels Kulturlandschaft zu begeistern. Der Kulturaustausch ist in beiderseitigem Interesse. Künstlerinnen und Künstler in Deutschland können von der Resilienz, dem Innovations-Drive und der Ambiguitätstoleranz der israelischen Gesellschaft profitieren und lernen. Umgekehrt unterstützt der Austausch mit Deutschland die israelische Kulturszene und macht sie international sichtbarer – was nicht zuletzt das demokratische Israel stärkt.

Gila Baumöhl und Hannah Dannel haben die Studie »Resonanzen. Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen« als Projektleiterinnen am Institut für Neue Soziale Plastik verfasst

Wir danken dem Deutschen Kulturrat für die ideelle Unterstützung und den beteiligten Kultureinrichtungen und Verbänden für ihre Beiträge.

MEHR DAZU

Die Publikation »Resonanzen. Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen. Bestandsaufnahme, Trends und Empfehlungen« (hg. vom Institut für Neue Soziale Plastik, mit einem Vorwort von Stella Leder und einem Grußwort von Olaf Zimmermann.) finden Sie unter: tinyurl.com/4dmzdpwx. Im Schwerpunkt der Ausgabe 2/22 von Politik & Kultur ging es um Israel und israelische Kultur.

Der Dritte in der vierten Reihe hinten links

Vom Corps-Tänzer zum Intendanten: Christian Spuck im Porträt

ANDREAS KOLB

Zwei mögliche Interviewtermine bekomme ich von Christian Spuck offeriert: An einem Tag Punkt 17.35 Uhr, an einem zweiten um 18.05 Uhr. Die fünf Minuten nach der Zeit sind keine Marotte, sondern ein Indiz dafür, was für eine Maschine ein Staatsballett mit 80 Tänzerinnen und Tänzern und insgesamt 120 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ist: Probe, Besprechung, Interview, Aufführung – eines greift ins andere. Seit 2023 ist Christian Spuck Intendant dieser Ballettmaschine, und er hat längst unter Beweis gestellt, dass er diesen Apparat nicht nur managen kann, sondern dass er mit ihm Kunst auf höchstem Niveau in drei Häusern produziert: Komische Oper Berlin, Staatsoper Unter den Linden und Deutsche Oper Berlin – sie alle dienen der Compagnie des Staatsballetts Berlin als Bühne. Die Auslastungszahlen sprechen für sich, die Compagnie spielt oft vor ausverkauftem Haus.

In seiner dritten Spielzeit kann Christian Spuck eine Auslastung von über 95 Prozent vorweisen, er scheint hier in der Hauptstadt einen Nerv getroffen zu haben: »In Berlin haben wir ein sehr gemischtes Publikum«, sagt Spuck. »Darum bieten wir Produktionen an, die etwas für die ganze Familie sind, aber auch Abende mit elektronischer Musik, was sehr gut nach Berlin passt, da ist immer ein Nachspüren gefragt. Am Ende ist es manchmal einfach ein Glücksspiel. Wir müssen auch darauf achten, dass wir das klassische Repertoire, also ›Schwanensee‹ oder ›Giselle‹, nicht vernachlässigen. Das muss auf höchstem Niveau mit der Perspektive aus dem 21. Jahrhundert präsentiert werden. Auch der ›Nussknacker‹ wird wieder Thema werden.« Spuck denkt nicht nur von seiner Compagnie aus. Kommt er an ein neues Haus, dann trifft und bespricht er sich selbstverständlich auch mit dem Orchestervorstand: »Musiker mögen natürlich anspruchsvolle Musik. Meist kommt als allererstes die Nachfrage: Wann machen wir wieder Tschaikowsky?«

Das Budget erscheint von außen sicher hoch, doch es ist eine Misere

Gleichzeitig sagt Spuck: »Zeitgenössische Musik und das zeitgenössische Ballett führen einen großartigen Dialog miteinander.« Seine Affinität zu neuen Klängen hat auch damit zu tun, dass er selber beinahe eine Musikerlaufbahn eingeschlagen hätte: »Ich habe von Kindesbeinen an Klarinette gespielt und fand zeitgenössische Musik immer aufregend. Die meisten meiner Lieblingskomponisten sind auch zeitgenössische Komponisten. Leider gibt es einen, der mit der Ballettwelt wenig anfangen kann: Es ist mir noch nicht gelungen, ein Werk von György Kurtág zu vertanzen. Ich bin auch großer Fan von György Ligeti und habe schon zwei Werke von ihm für Choreografien genutzt.« 2019 brachte Spuck als Direktor beim Ballett Zürich Helmut Lachenmanns »Das Mädchen mit den Schwefelhölzern« auf die Bühne. Eine Produktion, die international Beachtung fand und von der Zeitschrift »tanz« als »Produktion des Jahres« ausgezeichnet wurde. »Es hat mich sehr gefreut, mit Helmut Lachenmann sehr eng zusammengearbeitet zu haben. Das war eine meiner aufregendsten Zeiten in Zürich.«

Spuck wuchs in einer musischen Familie auf, in der Hausmusik mit Eltern und Geschwistern die Regel war. Dadurch hatte er bereits als kleiner Junge Begegnungen mit der Musik Schuberts, Schumanns oder Chopins. Dann kam Jugend musiziert bis zum Bundeswettbewerb. Jedenfalls ging das Erlernen des Instrumentes einher mit dem Erlernen von Disziplin. Eine Tugend, die im Bereich des Tanzes zur Conditiosine-qua-non gehört.

1969 ist er geboren, da hatte seine Umwelt noch eine andere Vorstellung davon, was ein Junge machen soll. Ballett war nicht unbedingt rollenkonform. »Ich habe mich einfach nicht getraut und dann relativ spät erst entschieden, professionell im Tanz einzusteigen.« Das passierte Ende der 1980er Jahre in Frankfurt, während Spuck dort seinen Zivildienst ableistete. Der weltberühmte Choreograf William Forsythe hatte damals in Frankfurt seine große Zeit. Spuck versäumte keine Vorstellung und war beeindruckt davon, »dass bei Forsythe Ballett eben mehr ist als Ornament und Schönheit, sondern dass es ein Gedankenvorgang ist, es sich mit Themen auseinandersetzt und das klassische Ballett an sich hinterfragt. Das hat mich sehr beeindruckt, und ich habe mich mit 20 entschieden, eine klassische Ballettausbildung zu starten. Ich hatte das Glück, dass ich in Stuttgart an die John Cranko Schule durfte. In dem Moment, in dem ich an die Stange gegangen bin, habe ich die Klarinette in den Kasten gesteckt und aufgehört zu musizieren. Dass ich erst mit 20 angefangen habe, war in meiner ganzen Tänzerkarriere spürbar, bestimmte Koordinationsprozesse lernt man in diesem Alter einfach nicht mehr.« Diese Tatsache trug dazu bei, dass Spuck mit zeitgenössischem Tanz in Berührung kam: »Damals war das noch sehr getrennt, zeitgenössischer Tanz und Ballett, das war fast verfeindet. Ich bin nach Brüssel zu Anne Teresa De Keersmaeker gegangen und musste die zeitgenössische Tanztechnik neu erlernen, insbesondere die Choreografien ihrer Compagnie Rosas, ihre Architektur von Bewegung und einen für mich neuen Bewegungskanon.«

FOTO: MARZENA SKUBATZ

Christian Spuck

Doch das klassische Ballett ließ Spuck nicht los, er ging zurück ans Stuttgarter Haus, als letzter Tänzer, den Marcia Haydée engagierte. Die großen Rollen tanzte Spuck nie in der klassischen Ballettwelt, er war im Corps de Ballet »der Dritte in der vierten Reihe hinten links«. Er freute sich, wenn er für zeitgenössisches Ballett oder zeitgenössische Werke gecastet wurde und tanzte sehr viel in der freien Szene. »Ich hätte es technisch nie geschafft, den Prinz Siegfried im Schwanensee zu tanzen oder den Tybalt in Romeo und Julia. Aufgrund dessen, dass ich zu spät angefangen habe, war ich limitiert und im Corps de Ballet gut aufgehoben. Fast 14 Jahre war ich beim Stuttgarter Ballett und hatte die Möglichkeit, dort intensiv zu beobachten, wie andere Künstler und Künstlerinnen arbeiten und choreografieren. Wir tanzten alle Cranko-Stücke und ich konnte studieren, wie er Regie führte. Auch hatten wir beim Stuttgart Ballett unter Reid Anderson, der 1996 als neuer Direktor nach Stuttgart gekommen war, das Glück, dass er unendlich viele Choreografen ans Haus holte. Es gab jede Spielzeit mindestens drei Uraufführungen.«

Paradox war es, dass es eine der ersten Amtshandlungen von Reid Anderson war, Spucks Vertrag nicht zu verlängern. »Ich stand auf einmal da und war arbeitslos. Doch dann sah er ein kleines Pas de Deux, das ich choreografiert hatte. Er rief mich ins Büro und sagte, ›Christian, wir fangen nochmal von vorne an. Wenn du möchtest, kannst du bleiben. Außerdem habe ich dein Pas de Deux gesehen und will das ins Repertoire des Stuttgarter Balletts aufnehmen.‹ Er hat mich elf Jahre lang unterstützt, egal was ich gemacht habe. Er hat manchmal auch gesagt: ›Spuck, das ist ein Desaster‹. Aber er hat es trotzdem gemacht und hat dann sofort gefragt, ›Okay, wann fängt die nächste Produktion an?‹ Er hat mir wirklich die Möglichkeit gegeben zu scheitern, was in meinen Augen existenziell ist, um zu wachsen. Bis heute rechne ich Reid Anderson hoch an, dass er mich unter seine Fittiche genommen und mir immer wieder Chancen gegeben hat.«

Zwischen 2001 bis 2012 wirkte Spuck als Hauschoreograf der Stuttgarter Compagnie, bevor er 2012 als Ballettdirektor nach Zürich ging und 2022/23 nach Berlin. Heute ist der Leiter der größten deutschen Ballettcompagnie in einer sehr privilegierten Situation. Gleichzeitig ist er in einer Zeit in Berlin, in der die Mittel weniger werden und Kultursenatorin Sarah Wedl-Wilson die Ausgaben auf den Prüfstand stellt. »Sie kann das Geld nicht erfinden und in der Kultur muss viel gespart werden, auch bei uns. Das Budget erscheint von außen sicher hoch, doch es ist eine Misere. Wir haben jetzt einige vakante Stellen vorläufig nicht nachbesetzt. Wir haben uns entschieden, statt vier Premieren drei Premieren zu machen und dafür mehr Wiederaufnahmen. Wir versuchen, das so zu balancieren, dass wir trotzdem attraktiv bleiben. Die größte Gefahr, die von den Einsparungen droht, ist, dass das Repertoire kleiner wird, das Publikum wegbricht und durch den Ticketverkauf weniger Gewinn erzielt wird. Dann müssten wir anfangen, die Compagnie zu verkleinern, das gilt es zu vermeiden. Doch momentan haben wir Glück: Wir haben seit drei Jahren sehr hohe Verkaufszahlen, das hilft uns über diese schwierige Zeit hinweg. Das Wichtigste ist, dass alle Arbeitsplätze erhalten werden. Zuallererst muss ich sehen, dass ich die Compagnie gut beschäftige, denn nur Tänzerinnen und Tänzer, die wirklich viel zu tun haben, sind glückliche Künstlerinnen und Künstler.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Über die Macht der Bilder

Die Bedeutung von Ochs und Esel

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Ein Stück Weihnachtsfolklore hat mich kürzlich wieder über die Notwendigkeit historischer Aufarbeitung und deren Grenzen nachdenken lassen. Es geht um »Ochs und Esel«. Auch wer mit dem Christentum kaum noch eine Berührung hat, kennt diese beiden Figuren. In Weihnachtskrippen stehen sie um das neugeborene Christkind herum, ebenso sind sie auf Altarbildern zu sehen oder auf der diesjährigen Briefmarke zum Weihnachtsfest (95 Cent). Sie gehören einfach dazu. Besonders bei spätmodernen Städtern, die keine Ahnung von realer Landwirtschaft haben, lösen die beiden unmittelbares Wohlwollen mit einem Schuss jahresendzeitlicher Rührung aus.

Wenige dürften wissen, dass Ochs und Esel in den biblischen Weihnachtsgeschichten nicht vorkommen. Noch weniger Menschen ist bewusst, dass die beiden Krippentiere ursprünglich eine judenfeindliche Bedeutung hatten. Im Neuen Testament und in der antiken Theologie war man emsig

bemüht nachzuweisen, dass alle Christus-Ereignisse in den heiligen Schriften des Alten Testaments vorhergesagt wurden. Das diente der Legitimation des neuen Glaubens und erlaubte es ihm, sich als Erfüllung und Überbietung des alten Glaubens auszuweisen. Das ist an sich noch kein Problem: Jede neue Religion oder Weltanschauung verfährt so. Ganz ähnlich hat es einige Jahrhunderte später der Islam gegenüber Judentum und Christentum gemacht. Im engeren Sinn anstößig aber wird es, wenn diese Überbietung zu Anfeindung, Beleidigung und Totalentwertung wird.

Dies scheint bei der Erfindung von Ochs und Esel der Fall gewesen zu sein. Sie bezieht sich auf ein Wort des Propheten Jesaja: »Hör zu, Himmel! Gib acht, Erde! Denn der Herr hat gesagt: ›Ich habe Kinder großgezogen und heranwachsen sehen, aber sie haben sich von mir losgesagt. Ein Ochse kennt seinen Besitzer und ein Esel die Futterkrippe seines Herrn. Aber Israel erkennt nichts, mein Volk kommt nicht zur Einsicht.‹ Wehe dir, du schuldbeladenes Volk, dessen Sünden so schwer wiegen. Eine Bande von Verbrechern seid ihr, durch und durch verdorben.« (Jesaja 1,2-4) Das Stichwort »Krippe« wird frühchristliche Leser dazu gebracht haben, dieses prophetische »Scheltwort« zu vereinnahmen und gegen Israel zu wenden: Israel sei törichter als Ochse und Esel, diese wenig intelligenten Arbeitstiere, die aber wenigstens ihren Herrn und dessen Futterstätte kennen, während Israel den Messias nicht erkannt habe. Mehr noch, Israel wird als schuldhaft und bösartig gebrandmarkt.

Dies ist inzwischen in der Theologie hinreichend erforscht, in vielen Publikationen und Seminaren evangelischer Akademien verbreitet worden. Doch wie ist diese ins Bild gesetzte »biblical appropriation« zu beurteilen? So anstößig die theologisch-künstlerische Judenfeindlichkeit im Bild von Ochs und Esel ist, so schwer ist es zu sagen, wie sie in der Geschichte gewirkt hat. Haben Christen in Antike und Mittelalter dieses Bild so verstanden, wie es gemeint war? Hat es ihr Verhältnis zu jüdischen Nachbarn nachhaltig negativ geprägt? Diese Frage lässt sich nicht beantworten, dafür fehlen die Quellen.

Wichtiger ist die Frage, wie wir heute mit Ochs und Esel umgehen sollten. Hier zeigt sich nun eine Paradoxie kritischer Geschichtsbetrachtung. Den allermeisten Zeitgenossen ist der judenfeindliche Hintergrund der beiden Krippenfiguren unbekannt. Man müsste es ihnen erst ausführlich erklären. Dabei würde man aber die längst verloschene Giftigkeit wieder aktivieren. Traditionsverluste haben ihr Gutes: Vieles, was früher falsch und böse war, wird man am besten los, indem man es dem Vergessen anheimgibt. Doch so einfach darf man es sich nicht immer machen. Gerade Bilder besitzen eine eigentümliche Macht, die es erforderlich sein lässt, über ihren Sinn aufzuklären. Und dann? Dann sollte man die Krippen zu Hause und in den Kirchen nicht einer rigiden Säuberung unterziehen. Am besten, man stellte weitere Tiere dazu – die Schafe der Hirte, die Kamele der Magier und was es damals noch so gab. Dann hielte die Krippe eine andere und bessere Predigt, nämlich darüber, dass Gott nicht nur für die Menschen, sondern für alle Kreaturen auf die Erde gekommen ist.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON …

Ayse Irem ist deutschsprachige Meisterin im Poetry Slam
Ayse Irem, Performerin und Journalistin, hat den diesjährigen Internationalen deutschsprachigen Poetry-Slam-Wettbewerb gewonnen. Austragungsort der SLAM25-Meisterschaften war die diesjährige Kulturhauptstadt Chemnitz. Mit rund 16 Veranstaltungen und vier Festivaltagen, an denen sich die Antretenden untereinander beweisen müssen, ist es das größte Festival für Bühnenliteratur in Europa. Ayse Irem beschreibt in ihrem finalen Auftritt einen fiktiven Dialog mit dem Titel »Kannst du dir vorstellen auszuwandern?«. Sie fragt sich: »Möchte ich auswandern oder muss ich das irgendwann?« Ihre ersten Schreibversuche unternahm Ayse Irem auf Türkisch, sie tritt jedoch vor allem mit deutschsprachigen Texten auf.

Herta Müller und Maria Furtwängler erhalten Deutschen Kulturpreis
Die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller wurde mit dem Hauptpreis des Deutschen Kulturpreises der Stiftung Kulturförderung ausgezeichnet. Der Schauspielerin Maria Furtwängler wurde der Ehrenpreis verliehen. In ihren Werken schreibt Müller von der Gewalt des Schweigens und der Würde des Widerstandes. Der Kulturpreis würdigt ihre literarische Unerschrockenheit und ihren anhaltenden Einsatz für Freiheit. Furtwängler setzt sich aktiv für den Schutz der Artenvielfalt ein. Der Ehrenpreis würdigt ihr gesellschaftliches Engagement. Seit 1985 wird der Deutsche Kulturpreis in regelmäßigen Abständen verliehen. Der Hauptpreis ist mit 30.000 Euro dotiert.

Wolf Biermann mit dem Orden Pour le mérite geehrt
Der Lyriker und Liedermacher Wolf Biermann wurde als neues Mitglied in den Orden Pour le mérite aufgenommen. Dies ist eine der höchsten Ehrungen, mit denen Wissenschaftler und Künstler in Deutschland ausgezeichnet werden können. Gegründet wurde der Orden Pour le mérite von Preußen-König Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1842, ihm gehören 36 inländische und 37 ausländische Mitglieder an. 1976 aus der DDR ausgebürgert, mischt sich Biermann bis heute in politische Debatten ein.

Markus Hilgert ist neuer Präsident der kulturpolitischen Gesellschaft
Die Kulturpolitische Gesellschaft ernannte auf ihrer Mitgliederversammlung Markus Hilgert, Präsident der Universität der Künste Berlin, zum neuen Präsidenten des Verbandes. Existenz- und Teilhabesicherung künstlerischer Arbeit sowie Verteidigung von Vielfalt, kulturelle Nachhaltigkeit und die Bildung einer ständigen AG zur freien Szene und Soziokultur sollen zu den kulturpolitischen Aufgabenfeldern seiner Präsidentschaft gehören. Hilgert war von 2018 bis März 2025 Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder.

Derya Türk-Nachbaur ist neue Präsidentin des BMCO
Der Bundesmusikverband Chor & Orchester (BMCO) stellt die Bundestagsabgeordnete Derya Türk-Nachbaur als neue Präsidentin auf. Der Verband vertritt die Interessen der 16,3 Millionen Amateurmusizierenden. Türk-Nachbaur sitzt seit 2021 im Bundestag und arbeitete zuvor in der Jugend- und Bildungsarbeit als pädagogische Fachkraft. Für sie gilt die Kultur als verbindende Kraft in einer vielfältigen Gesellschaft; sie setzt sich besonders für die Sichtbarkeit und Förderung der Amateurmusik ein.

Manifest des Aufbruchs

Eine »Gebrauchsanweisung«

Dieses Buch ist mehr als eine Sammlung von Erfahrungsberichten: Es ist ein politisches Statement und eine Einladung zum Handeln. Zwölf Regisseurinnen berichten, wie sie sich gegen strukturelle Ungleichheiten in der Filmbranche gewehrt haben. Durch die Gründung von Pro Quote Regie im Jahr 2014 und Pro Quote Film im Jahr 2018 haben sie die deutsche Film- und Fernsehlandschaft nachhaltig verändert. Das Buch beweist: Veränderung ist möglich – mit Mut, Beharrlichkeit und Solidarität. 2013 wurden nur 15 Prozent aller Filme in Deutschland von Frauen inszeniert, obwohl der Frauenanteil unter den Filmabsolventinnen und -absolventen fast genauso hoch war wie der der Männer. Anstatt zu klagen, zeigen die Autorinnen, wie sie sich organisiert, vernetzt und sichtbar gemacht haben. Mit persönlichen Geschichten und politischen Analysen dokumentieren sie den Wandel einer Branche und das Erwachen einer Generation von Filmemacherinnen, die sich nicht länger an die Ränder drängen lassen wollen. Der Ton ist kämpferisch, reflektiert und zugleich humorvoll. Machtmissbrauch, Sexismus und strukturelle Diskriminierung werden offen benannt – mit Witz und Selbstironie, ohne an Schärfe zu verlieren. Zitate, Briefe und Stellungnahmen geben dem Text eine lebendige, vielstimmige Struktur. So entsteht das Porträt einer Bewegung, die für ein gerechteres und vielfältigeres Erzählen kämpft. Der Untertitel »Gebrauchsanweisung für die politische Arbeit« trifft den Kern. Das Buch liefert Strategien und Denkanstöße, die weit über die Filmbranche hinausreichen. Es zeigt, wie aus Unzufriedenheit kollektive Kraft wird – ob in Kunst, Politik oder Wirtschaft. Dies ist kein trockenes Sachbuch, sondern ein leidenschaftlicher Aufruf zur Selbstermächtigung – eine Pflichtlektüre für alle, die etwas bewegen wollen. Es macht Mut, kanalisiert Wut und zeigt: Veränderung beginnt dort, wo Menschen sich zusammentun. Ein kraftvolles, inspirierendes Buch – nicht nur für Filmschaffende, sondern für alle, die an Gleichberechtigung und Wandel glauben.
Yvonne de Andrés

Imogen Kimmel, Bettina Schoeller Bouju und Barbara Teufel. Anleitung für eine Rebellion. Zwölf Regisseurinnen schreiben Geschichte. Marburg 2025

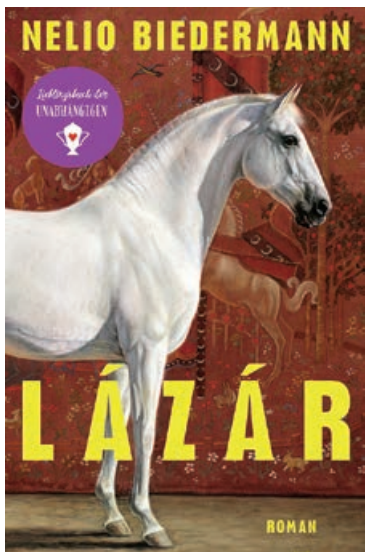
Zerfall einer Familie

Ungarische Geschichte im Roman

Lázár« ist eine Familiengeschichte. Der 22-jährige Autor Nelio Biedermann orientiert sich dabei an der Geschichte seiner eigenen Vorfahren: ungarischer Adeliger, die alle Phasen ungarischer Geschichte vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum blutig niedergeschlagenen Aufstand in den 1950er Jahren erleben. Sandro Lázár ist der Prototyp des Adeligen, für den Reichtum und gesellschaftliche Stellung selbstverständlich sind, der aber schließlich in Trunksucht verfällt und in seinem edlen Waldschloss zu Tode kommt – nachdem seine Frau sich einige Jahre zuvor das Leben genommen hat. Die Geschichte entwickelt sich für Sandros Nachkommen rasant: Im Zweiten Weltkrieg schließt sich Ungarn den Nationalsozialisten an; Sandros Sohn Lajos erlebt hier sehr deutlich, was Mitläufertum bedeutet. Es folgt die Flucht vor den Russen und nach und nach der Verlust der Besitztümer. Die Verachtung des Adelsstands, die die nun herrschenden Kommunisten kultivieren, wird sicht- und spürbar. Die Familie Lázár muss in ärmlichsten Verhältnissen Arbeiten verrichten, die noch kurz zuvor undenkbar schienen. Die junge Generation beteiligt sich schließlich am Aufstand gegen das aufgezwängte politische System, muss dessen Scheitern erleben und flieht schließlich in die Schweiz.

Biedermanns Kunst, mit Sprache Bilder zu malen, Geschichten und Geschichte zu erzählen, ist immens. Es gelingt ihm, den Leser, die Leserin ganz dicht heranzuführen an Personen und an das Geschehen. Und obwohl wir seine Figuren gut kennenzulernen meinen, ihre Besonderheiten regelrecht erspüren können, bleibt eine Distanz, die sich aus der Einsamkeit dieser Menschen nährt. Nicht der Autor schafft diese Distanz, sondern die Personen selbst, so scheint es. »Was tut ein Schriftsteller anderes, als seinen Figuren das Recht auf Selbstbestimmung zu nehmen«, denkt die jüngste Protagonistin Eva. Gerade das tut Nelio Biedermann nicht. Er erzählt die Geschichte eines Landes und einer Familie im Zerfall – auf eine derart fesselnde Weise, dass man das Buch kaum aus der Hand legen mag. Nicht ohne Grund haben es die unabhängigen Buchhandlungen mehrheitlich zu ihrem »Lieblingsbuch« erkoren.
Barbara Haack

Nelio Biedermann. Lázár. Berlin 2025



Kulturelle Teilhabe

Wichtiger Diskurs

Kultur sollte ja bekanntlich »für alle!« (Hilmar Hoffmann, seit 1949) sein, in einer offenen und multikulturellen Gesellschaft! Seit den 1970er Jahren wird dieser Diskurs zunehmend unter dem Label kulturelle Teilhabe verhandelt. Und auch in der Schweiz wurde und wird intensiv darüber nachgedacht; vor allem seit 2011 dort der Nationale Kulturdialog (der Herausgeber dieses Handbuchs, vertreten durch Stefan Koslowski vom Bundesamt für Kultur) gegründet wurde, der sich koordiniert diesem weiten Feld widmet.

Die 37 Autorinnen und Autoren aus der Anthropologie, Philosophie, den Kultur-, Erziehungs- und Sozialwissenschaften, der praktischen Kulturvermittlung sowie der Kunst und Philologie analysieren aus ihrer Praxis heraus neben einem historischen Abriss Mitwirkungsmöglichkeiten durch Bürger und Bürgerinnen. Der so wichtige Diskurs widmet sich nicht nur der Schweiz, sondern berücksichtigt auch Sichtweisen aus Deutschland und Italien. Eingebunden werden dabei Aspekte sozialer, politischer und wirtschaftlicher Teilhabe, die geradezu untrennbar miteinander verbunden sind. Dabei kommen die unterschiedlichsten Zielgruppen und Sparten, die kulturelle Teilhabe einfordern, sowie erfolgreiche Konzepte von Förderstrukturen zur Sprache. Aber es bleibt nicht bei der Betrachtung des Status quo zu Projekten im Musikbereich, der Denkmalpflege, in Museen und im Kino sowie in Theatern und in der Literatur. Entwickelt werden auch Zukunftsperspektiven. Bei alldem ergeben sich interessante Unterschiede und variierende Perspektiven aus dem französischen und italienischen Kulturbereich. Eine wichtige Erkenntnis vieler Beiträge: Kulturelle Teilhabe ist ein wichtiger Faktor für kulturelle Vielfalt. Und sie kann zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und Herausforderungen beitragen.

Fazit: Dieses differenzierte Kompendium zu Leitideen zeitgenössischer Kulturpolitik erfreut mit zahlreichen praktischen und kreativen Anwendungen und wendet sich an eine breite Zielgruppe: Vereine und Organisationen sowie Kulturvermittler und Verantwortliche von Kulturprojekten. Und dies überzeugend. Empfehlenswert!

Thomas Schulte im Walde

Nationaler Kulturdialog (Hg.). Kulturelle Teilhabe. Participation Culturelle. Partecipazione Culturale. Ein Handbuch. un manuel. un manuale. Zürich 2019

Ost*West*frau

Wie wir wurden, wer wir sind

Du bist einfach zu sehr Westen.« Mit diesen Worten trennt sich die Freundin des Autors Florian Werner, kurz nach dem Mauerfall, von ihm. Wie viel Westen oder Osten steckt noch in den Menschen? Das Buch Ost*West*frau spielt mit den Klischees und hinterfragt die Sozialisation der Schreibenden, vielleicht auch der Lesenden. Die Kapitel wurden von aus allen Teilen Deutschlands und auch aus anderen Teilen der Welt stammenden Autorinnen und Autoren verfasst. Im Mittelpunkt steht häufig die eigene Kindheit und die Reflexion auf das heutige Erwachsen- und Muttersein. Es wird über Frauen geschrieben, die kleine Bravheitspillen schlucken, und darüber, dass es im Osten keine Depressionen gab, zumindest nicht offiziell. Mit dem positiven Schwangerschaftstest erfolgt für viele West-Frauen der Abstieg auf der Karriere-Leiter. Was sollen die Leute denken, wenn die Mutter nicht zu Hause mittags für die Kinder kocht? Im Osten heißt die Antibabypille – »Wunschkind Pille«. Es sollen nur Wunschkinder geboren werden, die dann ganz nach sozialistischem Gedankengut schon als Kleinstkinder in Krippen und Kindergärten fremdbetreut werden, damit die Frau einer Arbeit nachgehen kann. Eine nicht arbeitende Mutter wird als asozial bezeichnet. Dass Care-Arbeit auch Arbeit ist und entlohnt werden sollte, befürworten heute meistens im Westen sozialisierte Frauen, sagen im Osten sozialisierte Frauen. – Nicht alle Frauen in Westdeutschland waren Hausfrauen, und nicht alle Frauen in Ostdeutschland waren Mütter, und nicht alle Mütter in Ostdeutschland haben gearbeitet. Im Buch entfalten sich Geschichten außerhalb der kapitalistischen und sozialistischen Systeme, die gehört und gelesen werden sollten.
Caroline Kolloge

*Franziska Hauser, Maren Wurster (Hrsg.). Ost*West*frau*. Frankfurt 2025*

PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an redaktion@politikkultur.de.

Politik & Kultur

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2025 | JASMIN VALCARSEL

THEMA

Seit bald 30 Jahren feiert Berlin an Pfingsten Vielfalt und Zugehörigkeit mit dem Karneval der Kulturen

Bündnis der Mitte

Zusammenhalt in Vielfalt

OLAF ZIMMERMANN

Bundeskanzler Friedrich Merz hat in den letzten Wochen mit Bemerkungen zum Stadtbild für Aufregung gesorgt. Erst ließ er verlauten, dass es Probleme im Stadtbild gäbe und wer dies nicht wisse, möge seine Töchter fragen. Dann stellte er den Zusammenhang mit Abschiebungen her. Schließlich beklagte er sich über das Stadtbild von Belem, dem Austragungsort des Weltklimagipfels, einer Stadt im globalen Süden, gelegen am Amazonas. Er bekannte, froh zu sein, wieder in Deutschland zu sein, und das zuvor beklagte Stadtbild in Deutschland schien ihm nun weniger problematisch zu sein.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es an vielen Orten in der Welt sehr große Probleme gibt. Kriege und die Klimakatastrophe hinterlassen eine Spur der Verwüstung, quer über den ganzen Globus. Weltweit hungerten im Jahr 2024 über 673 Millionen Menschen, das entspricht etwa 8,2 Prozent der Weltbevölkerung. Im selben Jahr wurden weltweit ca. 123 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben, das heißt sie wurden infolge von Verfolgung, Konflikt, Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen heimatlos. Über die letzten zehn Jahre mussten schätzungsweise 250 Millionen Menschen aufgrund klimabedingter Katastrophen ihre Heimat verlassen. Das sind insgesamt die wahren Gründe der Fluchtbewegungen.

Aber auch im Kleinen, in den Städten in Deutschland sind die Probleme für viele spürbar. Viele Innenstädte sind von Leerstand und zunehmender Verwahrlosung geprägt. Viele Geschäfte in den Einkaufsstraßen konnten dem zunehmenden Online-Handel nicht standhalten, Geschäftsaufgaben sind die Folge, oft setzt sich damit eine Abwärtsspirale in Gang. Obdachlosigkeit, auch von Menschen aus EU-Mitgliedstaaten, die auf Arbeit und Wohlstand in Deutschland gehofft hatten, wird sichtbarer. Drogenumschlagplätze und Verelendung von Süchtigen prägen an manchen Orten das Stadtbild. Betrunkene Fußballfans nach oder vor einem Spiel bereichern ebenso wenig die Sicherheit im Stadtbild. Alles nicht neu, aber in den leergefegten Einkaufsstraßen deutlich sichtbarer.

Aber auch andere Probleme bestehen, das Gefühl im eigenen Land nicht zuhause zu sein. In manchen Gegenden Berlins zum Beispiel ist Englisch inzwischen Verkehrssprache geworden. Eigentümer von Geschäften und gastronomischen Betrieben sowie ihre Mitarbeitenden sprechen kein Wort Deutsch und halten dies für selbstverständlich. Sie meinen, dass die Kundinnen und Kunden sich anpassen müssten. Ingenieure aus EU-Mitgliedstaaten, die 20 Jahre in Deutschland leben, deren Kinder hier geboren wurden und zur Schule gehen, deren deutscher Wortschatz sich auf das Bestellen von Brötchen begrenzt und die ansonsten mit Englisch bestens »durchkommen«, gehören ebenfalls zu jener Gruppe an »High Potentials«, bei denen mangelnde Sprachkenntnisse die Politiker weniger stören als bei Geflüchteten, die in Integrationskursen Deutsch lernen. Die Elite in unserem Land glaubt ernsthaft, alle Menschen könnten wie sie Englisch sprechen und hätten kein Problem mit der, wie Wissenschaftler es nennen, domänenspezifischen Anglisierung. Weit gefehlt.

Damit das Zusammenleben und der Zusammenhalt in Vielfalt gelingen, sind alle in Deutschland lebenden Menschen gefordert

Alles und noch viel mehr ist dazu geeignet, den Volkszorn hochkochen zu lassen. Gerade wenn Politiker, wie unser Bundeskanzler, dann auch noch mit seinen »Stadtbild«-Aussagen Öl ins Feuer gießen, kann der Zorn schnell auch in Extremismus, gerade auch an den Wahlurnen, umschlagen.

Doch führen solche Diskussionen weiter? Ist es wirklich zielführend, sich am Erregungswettlauf zu beteiligen? Sollte es nicht eigentlich viel mehr darum gehen aufzuzeigen, wie der Zusammenhalt in Vielfalt in unserem Land gelingen kann, und sichtbar zu machen, wo er gelingt?

Damit das Zusammenleben und der Zusammenhalt in Vielfalt gelingen, sind alle in Deutschland lebenden Menschen gefordert. Die Mitglieder der vor fast zehn Jahren ins Leben gerufenen Initiative kulturelle Integration haben in ihren 15 Thesen »Zusammenhalt in Vielfalt« (kulturelle-integration.de/neufassung-der-15-thesen-zusammenhalt-in-vielfalt) formuliert: »Die Menschen in Deutschland wie in anderen Ländern haben große Herausforderungen zu bewältigen. Die Auswirkungen der Pandemie der letzten Jahre, der fortschreitende Klimawandel, die Globalisierung und geopolitische Veränderungen, die damit verbundenen Migrationsbewegungen sowie der Krieg in Europa und in vielen Regionen der Welt verunsichern auch hierzulande viele Menschen. Bestehende Gewissheiten brechen weg. Vertraute Gewohnheiten werden zunehmend infrage gestellt. Allzu schnell wird dabei vergessen, welche Umbrüche in Deutschland und Europa bereits gemeistert wurden. Ziel des europäischen Einigungsprozesses bleibt es, für ein demokratisches und friedliches Europa einzutreten, das dem kulturellen Austausch dient. – Die Initiative kulturelle Integration steht für eine Gesellschaft, die vorausschauend Herausforderungen annimmt, um sie gemeinsam zu gestalten.«

In der Initiative kulturelle Integration arbeiten 28 Institutionen zusammen: vier Bundesministerien, die Kulturministerkonferenz, die kommunalen Spitzenverbände, die Sozialpartner, die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen. Ihre Arbeitsschwerpunkte unterscheiden sich. Der Deutsche Kulturrat koordiniert die Arbeit der Initiative.

Die Mitglieder der Initiative sind nicht in jeder Frage einer Meinung. Was sie aber eint, ist die feste Überzeugung, dass das Zusammenleben in Deutschland nur durch Zusammenhalt in Vielfalt gelingen kann. Sie teilen die Einschätzung, dass in Deutschland vieles zunächst unüberwindlich Erscheinende dann doch gemeistert wurde, wie das Ankommen vieler Flüchtlinge in den Jahren 2015 und 2016. Sie wissen ebenso, dass so manches, was zunächst leicht und selbstverständlich erscheint, wie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, ein extrem mühseliger Weg ist, zu dem selbst 35 Jahre nach der staatlichen Einheit immer noch Verletzungen, das Gefühl der Zurücksetzung und Missverständnisse gehören. Sie treten klar und unmissverständlich für Meinungsfreiheit ein und wenden sich ebenso entschieden gegen Hass und Hetze. Sie wissen um die Chancen der Religionsgemeinschaften, Dialoge zu stiften und Brücken über Konfessions- und religiöse Grenzen zu bauen und akzeptieren ebenso das Trennende von Religionen. Sie vertrauen auf das gemeinsame Miteinander in der Kommune, am Arbeitsplatz, im Netzwerk oder im Verein. Ihnen ist bewusst, dass das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft anstrengend sein kann, dass es Aushandlungsprozesse bedarf und vor allem die Bereitschaft zum Kompromiss. Das ist genau das Gegenteil von Polarisierung. Es ist ein Eintreten für die breite Mitte der Gesellschaft, die die Demokratie trägt. Die Initiative kulturelle Integration ist ein Bündnis der Mitte.

Die Mitglieder der Initiative vertrauen auf das gemeinsame Miteinander in der Kommune, am Arbeitsplatz, im Netzwerk oder im Verein

Am 21. Mai 2026, dem Welttag der kulturellen Vielfalt, ruft die Initiative kulturelle Integration auf, ein Zeichen für den Zusammenhalt in Vielfalt zu setzen. Jeder und jede kann sich an diesem bundesweiten Aktionstag beteiligen: als Botschafter der Initiative kulturelle Integration oder durch eigene Aktionen. Der Fantasie sind kaum Grenzen gesetzt. Erste Anregungen sind auf der Seite der Initiative kulturelle Integration unter kulturelle-integration.de/aktionstag-zusammenhalt-in-vielfalt zu finden.

Lassen Sie uns zeigen, wie unser Stadtbild ist: unterschiedlich, von Geschichte, Wirtschaft und Kultur geprägt, gestaltet von den Menschen, die hier leben. Gemeinsam in aller Vielfalt!

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Sprecher der Initiative kulturelle Integration

THEMA

Kultur schafft Integration

Die 15 Thesen der Initiative kulturelle Integration sind so zeitgemäß wie kaum zuvor

NATALIE PAWLIK

Es war ein magischer Ort für mich – so viele Bücher, gemütliche Sessel, die ganze Atmosphäre. Bis heute erinnere ich mich an den Geschmack des Kakaos aus dem Automaten, den ich mir manchmal für etwas Kleingeld gönnte. Die öffentliche Stadtbücherei in meiner hessischen Heimatstadt Bad Nauheim ist nur ein kleines Beispiel, das aber so viel über die Strahlkraft von Kultur aussagt.

Meine Familie und ich kamen 1999 als Spätaussiedler aus dem tiefsten Sibirien nach Deutschland. Nach dem Erstaufnahmelager in Friedland lebten wir drei Jahre lang zu viert in einem Zimmer im Aussiedlerwohnheim in Bad Nauheim. Für mich hieß es zunächst: Integrationsklasse statt Regelschule. Das Geld war knapp, auch weil meine Eltern beruflich trotz mitgebrachter Qualifikationen hier bei null anfangen mussten. Kultur? Das waren für mich die Bücher in der Stadtbücherei und die vielen Stunden, die ich dort verbrachte. Oder das Erlernen der deutschen Sprache beim Kindertheater und dem gemeinsamen Singen, organisiert vom Internationalen Bund und der Evangelischen Kirchengemeinde. Aus eigener Erfahrung weiß ich also, wie elementar Kulturgüter wie Literatur, Theater oder auch Musik für den Integrationsprozess, die Sprachförderung und die Erweiterung des eigenen Horizonts sein können. Kultur ist auch Kitt in unserer Gesellschaft, sie schafft Verständnis und Verständigung.

Es ist deshalb kein Zufall, dass die 15 Thesen der Initiative kulturelle Integration von 2017 mit dem Update von 2023 eine Richtschnur für meine Arbeit als Staatsministerin und Integrations- und Antirassismusbeauftragte der Bundesregierung sind. Mir geht es um gleiche Chancen für alle 83 Millionen im Land, egal welcher Herkunft, ob eingewandert oder nicht. Mir geht es um unsere Einheit in Vielfalt, die Unterschiede, andere Meinungen und Reibungen aushält. Und mir geht es um den Kampf gegen Rassismus. Dabei voranzukommen ist nicht trivial, zumal in diesen aufgewühlten, polarisierten Zeiten. Aber wie ich das in und mit der Bundesregierung voranbringen will, beschreibe ich im Folgenden entlang der 15 Thesen der Initiative Kulturelle Integration.

THESE 1 – Die Werte des Grundgesetzes sind Grundlage für Zusammenleben und Zusammenhalt
So klar, so richtig. Wenn die integrationspolitischen Debatten über Stadtbild, Silvesterkrawalle oder angebliche Parallelgesellschaften wieder toben, sollten wir uns darauf besinnen. Das Grundgesetz ist das einigende Band in unserer vielfältigen Gesellschaft und muss Kompass für alle sein. Jede und jeder hat die gleiche Menschenwürde, niemand ist gleicher als gleich, deutscher als deutsch, und die Freiheiten und Grundrechte unseres Gegenübers müssen alle achten.

THESE 2 – Debatten- und Streitkultur zeichnen die Demokratie aus
Ja, wir müssen streiten und Kompromisse schließen können. Und wir müssen einander wieder mehr zuhören und um alltagstaugliche Lösungen ringen. Das gegenseitige Anschreien in Sozialen Medien und das Aneinander-Vorbeireden bringt uns nicht weiter. Darum fördere ich viele Dialogprojekte, die Räume für verschiedene Meinungen und Austausch öffnen, in denen z. B. Juden und Muslime, auch Schülerinnen und Schüler, über den Krieg im Nahen Osten, Hamas-Terror und die dramatische Lage in Gaza diskutieren, Wut und Trauer artikulieren und einander anerkennen können.

THESE 3 – Parlamentarische Demokratie lebt durch Engagement und Respekt vor Entscheidungen
Seit meinem 18. Lebensjahr war ich in der Bad Nauheimer Stadtverordnetenversammlung aktiv, seit 2021 bin ich Mitglied des Deutschen Bundestages. Welche Verantwortung und welcher Druck auf Abgeordneten lastet, versteht man eigentlich erst so richtig, wenn man selbst für das Volk abstimmt, ob unsere Soldaten in Auslandseinsätze geschickt werden, die Sterbehilfe ermöglicht werden soll oder die knappen Gelder im Gemeinde-Haushalt nicht doch bei der Kultur eingespart werden könnten. Unsere Demokratie lebt von Menschen, die Verantwortung übernehmen, und sie braucht die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in den Parlamenten. Wer sich für unsere Demokratie engagiert, ob in Parlament oder Verwaltung, der verdient dann auch Respekt. Aber viele Menschen ernten Hass und Hetze. Darum fördere ich bundesweit kommunale Allianzen, die vor Ort die Verwaltungsteams und Entscheidungsträger besser vor Anfeindungen und Rassismus schützen.

THESE 4 – Geschlechtergerechtigkeit ist ein Eckpfeiler unseres Zusammenlebens
Bei der Gleichberechtigung von Frau und Mann müssen wir vorankommen, auch im Jahr 2026. Ein besonderer Schwerpunkt meiner Arbeit ist die Integration eingewanderter und geflüchteter Frauen. Nur wenn sie Zugang zu Sprachförderung, Qualifizierung und Arbeit haben, können sie ihren Weg gut und selbstbestimmt gehen. Aber Gleichberechtigung entsteht nicht nur durch Gesetze und Programme, sondern auch in den Köpfen und Haltungen der Menschen. Dafür brauchen wir Kultur. Kulturorte sind Räume, in denen Rollenbilder hinterfragt, Unsichtbares sichtbar und Stimmen hörbar gemacht werden, die sonst selten Gehör finden.

THESE 5 – Religion gehört in den öffentlichen Raum
Und ich füge hinzu: Dort muss Religionsausübung sicher sein. Wer mit Kippa, Kreuz oder Kopftuch unterwegs ist, muss sich an jedem Ort sicher fühlen können – in der Schule, auf der Straße, im Stadion. Religiösem Extremismus sagt diese Bundesregierung ebenso entschlossen den Kampf an wie Rassismus und Antisemitismus.

THESE 6 – Die Kunst ist frei
Und das ist auch gut so! Sehr klar formulierte die Initiative kulturelle Integration aber auch: »Die Kunstfreiheit darf aber nicht als Deckmantel für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit benutzt werden.« Unter anderem der Antisemitismus-Skandal bei der documenta fifteen zeigt, wie wichtig dieser Zusatz ist. Kunst darf vieles, aber nicht die Würde von Menschen verletzen oder gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen.

THESE 7 – Freie Meinungsbildung stärkt die Demokratie
Umso härter müssen wir gegen Desinformation, Hassrede oder Fake News vorgehen. Und zwar in alle Richtungen. Die Brandmauer gegen rechts muss online und offline stehen. Die Bundesregierung wird deshalb noch konsequenter auf Politische Bildung, Demokratie-Förderung und Vorhaben für digitale Kompetenzen aller User setzen. Damit wir in stürmischen Zeiten und bei wachsendem Einsatz von KI resilienter gegen Desinformation und Manipulation sind. Damit wir dem Hass seinen Nährboden entziehen und die freie Meinungsbildung stärken.

THESE 8 – Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sinnvoll nutzen und gestalten
Das gilt auch bei Migration und Integration, kann dort über Tempo und Teilhabe entscheiden. Ein zentrales Anliegen von mir ist die Digitalisierung der gesamten Migrations- und Integrationsverwaltung. Einbürgerungsanträge, Visaverfahren, Integrationskurs-Anmeldung, Ausbildungsberatung und Arbeitsvermittlung: Das alles muss digital und leicht zugänglich möglich sein. Viele Städte und Gemeinden sind da schon auf einem guten Weg. Doch eine moderne, digitale Verwaltung sollte im 21. Jahrhundert überall Standard sein.

THESE 9 – Deutschland ist ein Einwanderungsland
Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, denn Einwanderung hat unser Land schon immer geprägt. Aber wir müssen uns selbstbewusst als modernes Einwanderungsland aufstellen. Dazu gehören eine gute Integrationsinfrastruktur, frühes Deutschlernen, gute Kitas, Regelbeschulung oder Arbeitsmarkt-Zugang für alle. Dazu gehört, dass wir unmissverständlich von allen einfordern, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu respektieren. Und dazu gehört, dass wir offensiv zu unserer Einwanderungsgeschichte stehen. Auch sie hat unser Land kulturell bereichert und wirtschaftlich stärker gemacht. Heute sind wir mehr denn je auf die Einwanderung von Fach- und Arbeitskräften angewiesen. Wer pflegt unsere Eltern und vielleicht eines Tages auch uns? Wer besetzt die vielen offenen Stellen im Handwerk? Das machen auch Eingewanderte, ihre Kinder und Enkel.

THESE 10 – Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie
Unsere Demokratie lebt nicht nur in Parlamenten, sondern auch, wenn Menschen füreinander und miteinander Verantwortung übernehmen: im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in der Nachbarschaftshilfe. Demokratie funktioniert, weil Menschen Zeit, Herz und Kraft geben, ohne etwas dafür zu verlangen. Bei mir in Bad Nauheim waren es auch die Engagierten der Kirchengemeinde oder vom Roten Kreuz, die uns beim Ankommen unterstützt haben und gerade uns Kindern schöne Stunden bescherten. Sie ließen uns spüren: Ja, ihr gehört dazu, ihr seid jetzt Teil unserer gemeinsamen Stadt. Heute fördere ich als Beauftragte ganz bewusst Vereine und Verbände, die genau das machen: füreinander da sein, Eingewanderte und Geflüchtete bei den ersten Schritten in unserem Land unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe geben, egal welcher Herkunft jemand ist.

THESE 11 – Bildung schafft den Zugang zur Gesellschaft
Darum ist Bildung ein Schwerpunkt meiner Agenda. Ich engagiere mich für das neue, milliardenschwere Bundesprogramm Startchancen-Kitas, damit Kinder unabhängig von Herkunft und Lebenslage früh gefördert werden. Außerdem will ich mehr gezielte Sprachförderung vor der Einschulung, damit alle Kinder gute Startbedingungen haben. Ebenso arbeite ich mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung dafür, dass jeder Jugendliche nach dem Schulabschluss den Anschluss in seine Berufsbildung findet. Bildung schafft Teilhabe, öffnet Türen und entscheidet darüber, ob Menschen ihr Potenzial entfalten können.

THESE 12 – Sprache ist mehr als ein Kommunikationsmittel
Sprache ist der Schlüssel zur Gesellschaft, und Sprache ist Kulturgut. Das Lesen hat mir damals neue Welten eröffnet und ich habe die deutsche Sprache und Grammatik schneller gelernt. Klar ist: Alle müssen hier gut Deutsch sprechen und verstehen können. Deshalb müssen wir bereits vor der Einschulung sicherstellen, dass jedes Kind ausreichende Sprachkenntnisse hat und gezielt fördern, wo das notwendig ist. Zudem sollten wir Mehrsprachigkeit endlich als Ressource wertschätzen. Mit einem bundesweiten Schülerwettbewerb ermutige ich junge Menschen, ihr rhetorisches Potenzial zu entfalten und ihre Wünsche oder Meinung zu einem bestimmten Thema auf Deutsch vorzutragen und in einer anderen, oftmals der in der Familie gesprochenen Sprache. Wer die Beiträge der Jugendlichen gesehen hat, der weiß, wie stolz sie auf ihre Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt sind.

THESE 13 – Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nie abgeschlossen
Es gibt keinen Schlussstrich, Punkt. Unsere Geschichte zeigt, dass Freiheit, Demokratie und Menschenwürde nicht selbstverständlich sind. Die Erinnerung an die Verbrechen während des Nationalsozialismus, an Krieg, Diktatur und Ausgrenzung ist nicht nur historische Pflicht – sie ist auch Verantwortung gegenüber den Menschen, die heute hier leben, und Generationen, die nach uns kommen. Darum bleibt die Auseinandersetzung mit der Geschichte eine Aufgabe, die niemals endet.

THESE 14 – Erwerbsarbeit ist wichtig für Teilhabe, Identifikation und sozialen Zusammenhalt
Arbeit ist starker Integrationsmotor und deshalb neben Bildung, Antirassismus und Kommunen-Stärken der vierte Schwerpunkt meiner Agenda. Ob eingewandert oder nicht: Alle sollen arbeiten können, mit ihren Qualifikationen, ohne Diskriminierung, für selbstbestimmte Lebenswege. Damit kein Potenzial verloren geht. Meine Eltern hätten darauf nur zu gerne gezählt, als wir in Deutschland ankamen. Heute müssen wir das besser machen.

THESE 15 – Kulturelle Vielfalt ist eine Stärke
Sie ist kein Zusatz, kein nice-to-have, sie ist Teil unserer Identität und ein Katalysator für Kreativität, Innovation und Zukunftskraft. Wenn wir dieses Bekenntnis stärker in unsere gesellschaftlichen Erzählungen einweben, dann würden wir mehr Ruhe in den Debatten, mehr Sachlichkeit im Streit und mehr Zuversicht gewinnen. Deutschland ist ein Land der Vielfalt und das ist eine Stärke – gesellschaftlich und wirtschaftlich.

Wenn ich zum Jahreswechsel 2025/2026 also auf die 15 Thesen schaue, dann sind sie so zeitgemäß wie kaum zuvor. Für meine Arbeit in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag sind sie nicht nur willkommen, sondern auch handlungsleitend. Heute vertrete ich im Parlament das Volk, aber vor einem Vierteljahrhundert las ein junges Mädchen Bücher und trank ihren Kakao in der Stadtbücherei. Das zeigt, was in unserem Land möglich ist, welche Wege kulturelle Integration eröffnen kann. Bald 125 Jahre steht das Fachwerkhaus da, außen Jugendstil, innen Bücherei, mitten in Bad Nauheim. Das Haus wirbt mit seinen Büchern, Filmen, Medien – und mit dem Getränkeautomaten. Wenn ich heute an dem Gebäude vorbeigehe, dann wird mir warm ums Herz. Die Bücherei war mein erster Ankerpunkt. Das ist Kultur, und Kultur schafft Integration. Damals und heute.

Staatsministerin Natalie Pawlik ist Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2023 | SCHIRIN MOAIYERI

Der Karneval der Kulturen ist die größte kulturelle Intervention im öffentlichen Raum in Deutschland, mit rund einer Million Besucherinnen und Besuchern

ZU DEN BILDERN

Man kann die Bilder in diesem Schwerpunkt hören! Jubeln und Klatschen, Pfiffe und Trommeln, dazwischen das vielstimmige Summen von Bands, Chören und Musik aus Lautsprechern. Die Bilder vom Karneval der Kulturen in Berlin wurden bewusst aufgrund ihrer positiven Botschaft für den aktuellen Schwerpunkt »Zusammenhalt in Vielfalt« ausgewählt. Die Fotografien zeigen die Vielfalt, die sonst oft abstrakt beschrieben wird. Sie wird sichtbar in Kostümen und Trachten, in Rhythmen und Bewegungen, in den vielen Musik- und Tanzgruppen, Vereinen, Communities und Nachbarschaften, die hier selbstverständlich nebeneinander und miteinander auftreten. Seit 1996 zieht das mehrtägige Straßenfest mit dem großen Umzug als Höhepunkt Tausende von Teilnehmenden und ein noch größeres Publikum an. Es zeigt, wie Stadtgesellschaft funktionieren kann, offen, international und vielfältig. Berlin mag nicht unbedingt mit atemberaubender Landschaft oder pittoresker Architektur glänzen, aber bei diesem Fest zeigt die Stadt, was sie tatsächlich ausmacht: Menschen aus vielen kulturellen und sozialen Hintergründen, die hier ihren Platz finden und ihn sichtbar machen. Die fröhlichen Bilder des Karnevals belegen, wie bereichernd gelebte Vielfalt sein kann. Dennoch bleibt klar: Vielfalt ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit und wird von rechten und rechtsextremen Kräften offen angegriffen. Gerade deshalb sind solche Feste ein starkes Zeichen. Wer nun neugierig geworden ist, muss sich nur noch bis Pfingsten gedulden. Dann findet der 30. Berliner Karneval der Kulturen statt.

»Solange unser Herz klopft«

In Milieus und Diskursen rechts außen kann Kultur emotional irritieren

MATTHIAS QUENT

»Lieber Friedrich, du hast echt bezaubernde Töchter
Wir auch, aber unsre hausen in Löchern
Junkies im Flur, Hochhaus mit Verbrechen
Aber nicht, dass du denkst, dass wir Ausländer meckern
Ne, wir sind brav, wir sind deine Putzkräfte
Unsre Mamas feuert man für paar Schmutzreste
Sofort kontrolliert, wenn ich mich in den Bus setze
Abends gehen wir dann wieder heim ohne Schutzweste
Doch solange unser Herz klopft
Ist Almanya unsre Herkunft
Leider komm'n keine Kanaken rein bei BlackRock
Deshalb knacken wir den Jackpot«

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2019 | DANIELA INCORONATO

Der Karneval der Kulturen positioniert sich klar gegen Rechtsextremismus und für eine freie, nachhaltige und friedliche Gesellschaft

Mit diesen Zeilen reagierte der türkischstämmige Rapper Eko Fresh auf die von Bundeskanzler Merz initiierte Stadtbild-Debatte. Die zunächst undifferenzierte Äußerung des Kanzlers, Migration sei »immer im Stadtbild noch dieses Problem«, gegen das »in sehr großem Umfang Rückführungen« nötig seien, ordnete er erst zu spät ein, als der Schaden schon gemacht war. Am äußerlichen Bild, an der Nasenspitze oder der Hautfarbe sind weder Aufenthaltsstatus noch Kriminalität zu erkennen.

Die polarisierte Migrationsdiskussion verlangt nach mehr Differenzierung – erst recht in einem Debattenumfeld, in dem Formulierungen wie »irreguläre Migration beenden« oder »kriminelle Ausländer abschieben« zu gesellschaftlich akzeptierten Chiffren für »Ausländer raus« geworden sind. Laut Bundesinnenministerium waren im Juni gerade mal etwa 41.500 Menschen unmittelbar ausreisepflichtig – gemessen an der Gesamtbevölkerung kommt damit eine ausreisepflichtige Person auf 2.000 Menschen. Die Abschiebung dieser Gruppe wird weder das Stadtbild verändern noch soziale Probleme wie Armut, Kriminalität, Drogen, Wohnungsmangel oder die Finanznot vieler Kommunen ernsthaft lindern. Selbst die Abschiebung weiterer ca. 185.000 Menschen, deren Ausreisepflicht durch eine Duldung ausgesetzt ist, wird das Stadtbild in einem Land, in dem mehr als 21 Millionen Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte leben, nicht so ändern, wie es sich diejenigen wünschen, die rassistische »Überfremdungsängste« pflegen. Der kürzlich veröffentlichten Mitte-Studie der Universität Bielefeld zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland folgend stimmten 2024/2025 15 Prozent der Befragten sehr und 12 Prozent eher der Aussage zu: »Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.« Weitere 28 Prozent stimmten teils zu, teils nicht zu. In der vorherigen Erhebung 2020/2021 stimmten dieser Aussage sechs Prozent jeweils voll und sechs überwiegend und weitere 21 Prozent teilweise zu. Zwischen 2021 und 2024 ist der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte um ca. 2,6 Prozentpunkte gestiegen, insbesondere aufgrund des umfassenden Angriffs Russlands auf die Ukraine. Manifeste sogenannte Überfremdungsängste sind im gleichen Zeitraum um 15,5 Prozentpunkte gestiegen. Parallel dazu ist der Zuspruch für die AfD größer geworden, während die Partei sich weiter radikalisierte.

Die Rechtsaußenpartei hat, wie es in der Politikwissenschaft heißt, die »Issue Ownership« für Skepsis und Ablehnung von Migration. Das bedeutet, ihr wird bei diesem Thema eine besondere Deutungshoheit und Kompetenz zugeschrieben – unabhängig davon, ob ihre Vorschläge verfassungskonform, menschenrechtskompatibel, realistisch oder wirksam sind. Wenn über Migration und Abschiebungen gestritten wird, stärkt dies jene, die am lautesten, längsten, drastischsten, radikalsten und aufgrund ihrer Penetranz am glaubwürdigsten fordern, härter durchzugreifen. Andere Parteien, die fast ununterscheidbar in dieses Schema einsteigen, bestätigen die von den Rechtsextremen gesetzten Problemrahmen und normalisieren deren Agenda. Der Fokus wird von komplexen Ursachen sozialer Probleme hin zu einer ethnisierten Konfliktlinie verschoben. Das Zusammenspiel aus realer Zuwanderung, politischer Radikalisierung und rassistischer Mobilisierung ist weniger Abbild objektiver Bedrohungen als Ausdruck einer politisch produzierten symbolischen Krise, in der Minderheiten zum Ventil für strukturelle Probleme und vielfältige Unzufriedenheiten gemacht werden.

Ein Blick auf die jüngsten Parlamentswahlen in den Niederlanden zeigt, dass diese Dynamik nicht irreversibel ist. Dort ist der Versuch, eine extrem migrationsfeindliche Agenda in Regierungsverantwortung unter Beteiligung der äußersten Rechten umzusetzen, gescheitert und hat zu Ernüchterung geführt: Die versprochenen einfachen Lösungen blieben aus, stattdessen führte die Regierungsbeteiligung von Geert Wilders zu Krisen, Konflikten und Blockaden. Aus dieser Erfahrung erneuerten die anderen Parteien im Wahlkampf eine klare Abgrenzung gegenüber der extremen Rechten und boten zugleich mit einem pro-demokratischen, sozial- und klimapolitisch orientierten Kurs ein glaubwürdiges Gegenangebot an, das auf eine Verschiebung des öffentlichen Agenda-Settings setzte – weg von ethnisierten Scheinursachen hin zu Fragen von sozialer Sicherheit, Wohnen, Infrastruktur und Zukunftsgerechtigkeit. Die niederländische Erfahrung zeigt: Die rassistische Dramatisierung von Migration verliert an Zugkraft, wenn ihre Protagonisten sich an der Realität messen lassen müssen, wenn politische und mediale Akteure ihre Deutungshoheit nicht reflexhaft bestätigen und wenn es attraktive, handlungsfähige Alternativen gibt, die gesellschaftliche Konflikte nicht entlang von Herkunftslinien zuspitzen, sondern eigene und integrative Lösungen in den Vordergrund stellen.

Diese Einsichten sind zwar nicht neu, aber offenkundig noch nicht in der Bundesregierung angekommen. Geht es so weiter wie bisher, verhilft sie der, im internationalen Vergleich besonders extremen, AfD an die Macht, bevor sich vielleicht – aber vielleicht auch nicht – ähnliche Lerneffekte wie in den Niederlanden auch hierzulande einstellen. Das wäre vermeidbar, doch womöglich gilt hier das Sprichwort: Wer nicht hören will, muss fühlen. Schäden durch eine AfD-Regierungsbeteiligung – zunächst auf Landesebene – würden in der Kultur, in der Bildung und in der Zivilgesellschaft besonders schnell und stark eintreten; aus ideologischen Gründen, aufgrund der weitgehenden Landeshoheit in diesen Politikfeldern und weil negative Folgen im Kernmilieu der Partei kaum spürbar sein werden.

Der direkte Weg der AfD an die Macht führt über die Landtagswahlen 2026; insbesondere in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wird es, ausgehend von aktuellen Umfragewerten, nur sehr schwer möglich sein, überhaupt Koalitionen ohne die Rechtsextremen zu bilden. In Sachsen-Anhalt steht die dort besonders völkisch auftretende Partei in einzelnen Umfragen bei 40 Prozent der Stimmen – womit sie ihr aktuelles Sympathisantenfeld vollständig ausmobilisieren würde. Diese Höchstwerte über das rechtsextreme Milieu hinaus schafft keine andere Partei und ist weder mit dem Programm noch mit der TikTok-Präsenz von Spitzenkandidat Siegmund zu erklären. Sondern erstens vor allem mit dem extremen Vertrauensverlust und der massiven Unzufriedenheit mit den demokratischen Parteien: Die aktuelle Bundesregierung ist noch unbeliebter als die Ampel-Regierung zum gleichen Zeitpunkt. Zweitens aktiviert die AfD mittlerweile vor allem ein spezifisches Milieu, das soziodemografisch insbesondere durch einfache Bildungsabschlüsse und Arbeiteridentitäten gekennzeichnet ist und in dem sich viele – mitunter durchaus zu Recht – im Zuge von Bildungsexpansion, Globalisierung, gesellschaftlicher Liberalisierung und steigenden Preisen als abgehängt, entwertet, nicht repräsentiert und fremdbestimmt wahrnehmen. Dieses soziostrukturelle Milieu ist vor allem in Ostdeutschland und ländlichen Regionen dominant. An strukturellen Problemursachen ändert der Rassismus zwar nichts, aber auch nicht die Mahnungen und Belehrungen, die Appelle, Forderungen und Warnungen der politischen, ökonomischen und soziokulturellen Eliten und ihrer oft distinguierten Sprache. Das muss auch das linksliberale Spektrum lernen: Die affektive und identitäre Normalisierung des Rechtsextremismus ist weit fortgeschritten – reine Abgrenzungen gegen rechts zum eigenen Milieuschutz sind auf politischer Ebene vielerorts bereits verlorene Kämpfe. Die stark auf affektiven Dynamiken und polarisierender Identitätsbildung basierende Mobilisierung und Rechtsradikalisierung lassen sich auch nicht einfach im Tagesgeschäft politisch wegregieren. Sie verlangen eine andere Form von Repräsentation, Kommunikation, Emotionalisierung und Agenda-Setting, zu der die politischen Parteien derzeit nicht in der Lage sind. Zivilgesellschaft, Kunst und Kultur haben dafür große Chancen, wenn sie sich stärker öffnen: in die Alltagsrealitäten von Milieus mit überproportionalem Rechtsdrift hinein, ohne die extrem rechten Themen zu bedienen.

An strukturellen Problemursachen ändert der Rassismus zwar nichts, aber auch nicht die Mahnungen und Belehrungen, die Appelle, Forderungen und Warnungen der politischen, ökonomischen und soziokulturellen Eliten und ihrer oft distinguierten Sprache

Dies gelingt für jugendliche Zielgruppen mit Beats und Punchlines von Eko Fresh oder dem Rapper Haftbefehl besser als durch staatstragende Ansprachen, politische Brandmauern, moralische Avantgarde und Hochkultur (oder soziologische Essays). Nichtakademische (migrantische Künstlerinnen und Künstler) mit Street-Credibility eignen sich weniger für symbolische Rock-gegen-Rechts-Events als für pluralistische Identitätsangebote in der Postmigrationsgesellschaft – mitunter inklusive toxischer Männlichkeiten und politischer Unkorrektheit. So wie auch das Lebenswerk der Band »Die Ärzte« trotz antifaschistischer Hymnen (»Ohoh … Arschloch!«) kaum einen Preis für intersektionalen Feminismus erhalten wird; das schafft wohl eher die populäre, akademisch gebildete Pop-Feministin Ikkimel.

Ob in der Politik oder in der Kultur – es ist theoretisch einfach: Es gilt, sich weder von der (drohenden) Macht der Rechten Angst machen noch den Kurs diktieren zu lassen. Stattdessen lohnt es sich, selbstbewusst, frech, mit einer starken eigenen Marke ohne Oberlehrer-Attitüde hinein in das emotionale und soziokulturelle Milieu der äußeren Rechten zu gehen und dazu beizutragen, Frustrationen und Verunsicherungen eine andere Richtung zu geben. Das heißt oft, sich auf habituell entfernte Lebenswelten einzulassen und in Grenzen auch moralische Bauchschmerzen strategisch zu ignorieren. Bei den Wahlen in den Niederlanden und in New York ist es damit zuletzt gelungen, dem globalen Rechtsruck zu begegnen.

Matthias Quent ist Professor für Soziologie und Rechtsextremismusforscher an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Im Februar 2026 erscheint sein neues Buch: »Keine Macht der Ohnmacht! Wie wir Krisen bewältigen und uns gegen Faschismus wehren« im Piper Verlag

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist nicht selbstverständlich

Das MIDEM-Polarisierungsbarometer

HANS VORLÄNDER

Kein Tag vergeht, ohne dass vor gesellschaftlicher Spaltung und politischer Polarisierung gewarnt wird. In der politischen Rede handelt es sich inzwischen um Gemeinplätze, im akademischen Diskurs wird darum gestritten, ob es wirklich so schlimm um Gesellschaft und Politik bestellt ist oder ob Polarisierung in der Demokratie notwendig ist, um Konflikte sichtbar und dann auch entscheidungsfähig werden zu lassen. Auch könnte es sich um einen Scheinbefund handeln, der – quasi als performativer Sprechakt – erst das erzeugt, vor dem zu warnen man sich bemüßigt fühlt.

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2025 | JASMIN VALCARSEL

Das Herz des mehrtägigen Straßenfestes ist der Karnevalsumzug durch Berlin mit mehreren Tausend Karnevalsteilnehmenden

Auf jeden Fall aber zeigt der öffentliche Diskurs an, dass etwas fragwürdig geworden ist, von dem lange angenommen werden durfte, dass es selbstverständlich sei: der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Kraft politischer und kultureller Integration. Offensichtlich haben die Krisenerfahrungen der letzten anderthalb Jahrzehnte einen Zukunftsprospekt erschüttert, der in stabilen Friedens-, Demokratie- und Prosperitätserwartungen die Zeitenwende von 1989/90 fortgeschrieben hatte. Euro-, Banken- und Finanzkrise, die Migrationsdynamiken von 2015, die Pandemie und die Wiederkehr von Krieg in Europa, der Aufstieg des rechtsautoritären und nationalistischen Populismus, die geopolitischen und geoökonomischen Verwerfungen der internationalen Ordnung – all dies scheint die Sicht von Gesellschaften auf sich selbst und die Außenwelt fundamental verändert zu haben. Darüber wird in einer politischen Öffentlichkeit verhandelt, die, nicht zuletzt im Medium algorithmisch getriebener Plattformkommunikation, immer nervöser und gereizter wirkt. Und auch Kulturinstitutionen sehen sich inzwischen einer polarisierenden Diskussion ausgesetzt; Schlagworte sind Diversität, Wokeness, Postkolonialismus und Antisemitismus. Spaltet Kultur, wo sie, in ihrer institutionell verfassten Form, doch vermeintlich integrieren, das Gemeinsame repräsentieren soll?

Eine aktuelle Studie des Dresdner Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) zeichnet ein differenziertes Bild der Polarisierungs- und Spaltungsdynamiken in Deutschland. Das Besondere an dieser Untersuchung ist, dass sie zwischen zwei Formen der Polarisierung, die oft miteinander verwechselt werden, unterscheidet: ideologische und affektive Polarisierung. Während erstere auf inhaltliche Differenzen zwischen politischen Positionen verweist, beschreibt letztere die emotionale Aufladung der Auseinandersetzung – die Art und Weise, wie Gleichdenkenden Sympathie entgegengebracht und Andersdenkenden nicht nur widersprochen wird, sondern wie sie abgelehnt werden. Diese Unterscheidung ist essenziell, weil sie zwischen demokratietheoretisch notwendigem Konflikt und potenziell demokratiegefährdender gesellschaftlicher Spaltung differenziert. Mit ideologischer Polarisierung, der Herausbildung starker konkurrierender Meinungslager, die sich zu politischen Themen kontrovers verhalten, kann man umgehen. Das ist Alltag in einer Demokratie, die sich den Problemen einer vielfältigen, von unterschiedlichen Interessen, Präferenzen und Lebenslagen geprägten Gesellschaft stellen muss. Wenn aber zur ideologischen Polarisierung die affektive hinzutritt, wird die Sache komplizierter. Affekte können einen, emotionale Gemeinschaften stiften, sie können aber auch trennen und polarisieren, indem sie unterschiedliche politische Positionen aufladen, Diskursräume aufheizen und Anlass geben, aus legitimen politischen Opponenten Freunde und Feinde zu machen. Dann wird das Geschäft der Demokratie erschwert, Konflikte zu entschärfen und Entscheidungen zu treffen, die Akzeptanz finden.

Migration als Brennpunkt der Polarisierung

Wenn mehr als 80 Prozent der Deutschen von einer Spaltung der Gesellschaft überzeugt sind, ein Viertel davon gar eine »sehr starke Spaltung« sehen, dann stellt sich die Frage, welches die Themen sind, die spalten und polarisieren. Die Studie, bei der rund 4.400 Deutsche im Frühjahr 2025 (und insgesamt rund 34.000 Personen in acht europäischen Ländern) befragt wurden, zeigt, dass Zuwanderung heute das konfliktträchtigste Thema ist – vor sozialer Ungleichheit, Klimawandel und Krieg in Europa. Bei der Frage nach allgemeinen Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sind die Positionen in Deutschland sehr deutlich verteilt: Rund zwei Drittel sprechen sich für eine weitere Einschränkung aus. Interessanterweise verkehrt sich dieses Meinungsbild beim Thema Fachkräftezuwanderung fast ins Gegenteil – hier befürworten 61 Prozent eine Erleichterung der Zuwanderungsmöglichkeiten. Diese Diskrepanz verdeutlicht, wie einzelne Gruppen von Zugewanderten in der Bevölkerung höchst unterschiedlich wahrgenommen werden. Während »Fachkräfte« offensichtlich als notwendig und nützlich angesehen werden, scheinen Begriffe wie »Zuwanderer« oder »Ausländer« oft mit irregulärer Migration und mit Belastungen für Sozialsysteme assoziiert zu werden. Es zeigt sich, dass die ideologische Polarisierung beim Thema der allgemeinen Zuwanderung vergleichsweise gering ausfällt, weil die meisten Befragten für die Beschränkung votieren. Die affektive Polarisierung hingegen erreicht einen der höchsten Werte aller untersuchten Themen. Obwohl die Mehrheit ähnlich denkt, reagieren die Menschen emotional äußerst stark auf abweichende Meinungen. Migration ist damit weniger ein Streit über Inhalte als über Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Das Thema bewegt sich potenziell in der Reiz- und Spaltungszone politischer Kommunikation – einem Bereich, in dem emotionale Aufladung politische Konfliktlösung erschwert.

Integration: Konflikt ohne Empörung

Anders verhält es sich bei der Frage nach den Anforderungen an die Integration von Zugewanderten. Hier ist die ideologische Polarisierung hoch, die affektive dagegen niedrig. Die Gesellschaft ist also inhaltlich gespalten, aber emotional gefasst. Die einen betonen Sprache, Gesetzestreue und Arbeit als hinreichende Integrationsbedingungen; die anderen verlangen zusätzlich die Übernahme kultureller Lebensweisen, was gemeinhin auch mit Assimilation umschrieben wird. Diese Konstellation macht das Thema Integration zu einem klassischen Konfliktthema. Zwei etwa gleich große Lager mit unterschiedlichen Vorstellungen stehen sich gegenüber, begegnen sich aber ohne starke emotionale Aufladung. Politisches Handeln erfordert hier zwar intensive Aushandlungsprozesse und Kompromissfindungen, die Diskussionen bleiben aber zumeist sachlich. Im Gegensatz zu Reizthemen wie der allgemeinen Migrationsfrage besteht bei der Integrationsdebatte eine größere Chance auf tragfähige Lösungen. Ob dieser Befund angesichts einer anhebenden Diskussion über Einbürgerungen (insbesondere von Geflüchteten aus Syrien) so bleibt, ist abzuwarten. Für den Fall einer polarisierenden Politisierung des Themas durch Medien oder Politik kann sich schnell eine spannungsgeladene Empörungsspirale entwickeln.

Diversität und Wertvorstellungen: Der kulturelle Spannungsbogen

Beim Themenfeld Wertvorstellungen, das auch Fragen der gesellschaftlichen Diversität umfasst, kann zunächst ein differenziertes Bild gezeichnet werden. Eine Mehrheit befürwortet weitere Maßnahmen gegen Diskriminierung sexueller Minderheiten, während ein Drittel meint, der Staat gehe bereits zu weit. Zugleich äußert aber eine relative Mehrheit Vorbehalte gegenüber der Symbolpolitik von Regenbogenflaggen im öffentlichen Raum. Sie findet, die Politik sollte stärker gegen solche Symbole vorgehen, weil damit »den speziellen Interessen und Ansprüchen einer gesellschaftlichen Gruppe zu viel Aufmerksamkeit« geschenkt werde. Es besteht also eine Diskrepanz zwischen grundsätzlicher Unterstützung und öffentlicher Inszenierung. Hier gibt sich der kulturelle, identitätspolitische Spannungsbogen zwischen Anerkennung von Diversität und der Forderung nach öffentlicher, normativer Orientierung zu erkennen. Beide Themen – Gleichstellung und Sichtbarkeit – weisen hohe ideologische wie affektive Polarisierung auf. In dieser Spaltungszone entstehen Identitätskonflikte, in denen politische Gegnerschaft moralisch imprägniert ist. Wo es um Zugehörigkeit und Identität geht, wird das Gespräch schwierig.

Auf jeden Fall aber zeigt der öffentliche Diskurs an, dass etwas fragwürdig geworden ist, von dem lange angenommen werden durfte, dass es selbstverständlich sei: der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Kraft politischer und kultureller Integration

Wer ist besonders polarisiert?

Das MIDEM Polarisierungsbarometer zeigt, dass affektive Polarisierung kein Randphänomen ist, sondern sich quer durch die Gesellschaft zieht – allerdings in unterschiedlicher Intensität. Über alle Themen hinweg tendieren Männer stärker als Frauen zur emotionalen Aufladung. Besonders ausgeprägt ist diese Emotionalität bei älteren Menschen (über 60 Jahre) und Personen mit geringerem Einkommen. Wer sich politisch klar »rechts« oder »links« verortet, weist insgesamt ein überdurchschnittliches emotionales Erregungspotenzial auf, wobei dies für »Rechte« noch deutlich stärker ausfällt als für »Linke«. Auffällig ist zugleich, dass jüngere, hochgebildete Milieus bei kulturellen Wertkonflikten besonders emotional reagieren – ein Hinweis darauf, dass Polarisierung kein ausschließlich »populistisches« Phänomen ist. Es hängt vom jeweiligen politischen Themenfeld ab. Generell aber gilt, dass die politischen Ränder stärkere affektive Polarisierungswerte aufweisen als die politische Mitte.

Demokratie als politische Kultur der Differenz

Die Unterscheidung zwischen ideologischer und affektiver Polarisierung ist für das Verständnis demokratischer Prozesse zentral. Ideologische Polarisierung kann bis zu einem gewissen Grad als wünschenswerte Form eines gesellschaftlichen Pluralismus verstanden werden. Sie schafft Alternativen, belebt den politischen Wettbewerb und sichert die Grundlagen der Demokratie. Wo politische Gegner zu moralischen Feinden werden, geht die Fähigkeit verloren, Konflikte als legitimen Teil des Gemeinsamen zu begreifen. Demokratie lebt vom Streit – aber einem Streit, der auf Anerkennung der anderen beruht und die differenten Weltsichten, politischen Positionen und kulturellen Identitäten zu schätzen weiß. Die affektive, moralisierende Aufladung führt indes dazu, dass die Infragestellung der eigenen Position als Angriff auf die persönliche Identität verstanden wird. So wird aus notwendigem Konflikt gesellschaftliche Spaltung. Ein zivilisierter, achtsamer politisch-medialer Diskurs kann dem entgegenwirken.

Hans Vorländer ist Direktor des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung sowie Direktor des Mercator Forum Migration und Demokratie. Er leitet seit 2012 die Henry Arnhold Dresden Summer School

MEHR DAZU

Die Studie ist unter forum-midem.de/polarisierungsbarometer-2025/ abrufbar. Sie bildet den Auftakt einer mehrjährigen Paneluntersuchung, die Aussagen über Veränderungen der Polarisierungsgrade im Zeitverlauf ermöglichen wird. Damit entsteht ein Polarisierungsbarometer, das nicht nur Momentaufnahmen liefert, sondern auch Entwicklungstrends sichtbar macht.

Vielfalt durch Gemeinsamkeit

Wege zu einer diskriminierungskritischen Schulkultur

SANEM KLEFF

In den Medien, in Parlamenten, im Supermarkt und auch beim Pausengespräch unter Kolleginnen und Kollegen wird oft über die »Vielfalt« in unserer Gesellschaft gesprochen. Allerdings in unterschiedlichen Tonlagen. Gemeint ist, dass in Deutschland auch Menschen leben, deren familiäre Wurzeln tatsächlich oder vermeintlich außerhalb Deutschlands liegen, wie oft nur aufgrund ihres Aussehens angenommen wird. Auch wenn manche diese Vielfalt als »Bereicherung«, andere als Störung im Stadtbild bezeichnen mögen, handelt es sich doch schlichtweg um die Realität unserer Gesellschaft.

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft, in der heute jedes dritte schulpflichtige Kind ausländische Wurzeln hat. In Kitas und an Schulen ist diese Vielfalt längst Normalität. Die Schulstandorte, wie beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern, an denen nur wenige Schülerinnen und Schüler eine Migrationsgeschichte haben, bilden die Ausnahme.

Diese Zusammensetzung der Bevölkerung wird bemerkbar nicht nur in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, sondern auch im öffentlichen Raum: In Einkaufsmeilen, U-Bahnen, Krankenhäusern und Shopping-Malls hat sich das Straßenbild über Jahrzehnte verändert und ist vielfältiger geworden. Wir alle sind nun aufgefordert, gemeinsam faire und praktikable Lösungen für die multiplen Herausforderungen, die sich durchaus ergeben, zu schaffen.

Weniger Aufregung – mehr Lösungen

An Schulen wird diese Normalität selten grundsätzlich hinterfragt. Der Schulalltag erlaubt kaum, zeitaufwendige ideologische Diskussionen zu führen. Den Schulalltag dominieren praktische Fragen: Wo bringen wir die neuen Schülerinnen und Schüler aus dem nahegelegenen Wohnheim für Geflüchtete unter? Wie bekommen wir zusätzliche Förderstunden für Deutsch als Zweitsprache? Und welche Lehrkraft ist dafür ausgebildet, Deutsch als Zweitsprache zu unterrichten?

Die meisten migrantischen Schülerinnen und Schüler sind allerdings nicht neu eingewandert, sondern gehören der dritten oder vierten Generation aus eingewanderten Familien an. Sie bringen ihre unterschiedlichen Erfahrungen im Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft, unterschiedlichen ideologischen, politischen, religiösen Prägungen durch ihre Familien und ihre

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft, in der heute jedes dritte schulpflichtige Kind ausländische Wurzeln hat

Peergroup in die Klassen. Dies ist gemeint, wenn von »kultureller Vielfalt« gesprochen wird. Ansätze, die die unterschiedlichen Werte und Verhaltensweisen zu verstehen versuchen, nehmen gerne Bezug auf die Religionen und Kulturen und scheinen überzeugende Erklärungen zu bieten. Oft laufen sie Gefahr, Unterschiede überdimensioniert darzustellen. Wenn wir aber ein respektvolles Miteinander, nicht nur in der Schulgemeinschaft, anstreben, muss sich der Blick von den Unterschieden loslösen und sich auf die Gemeinsamkeiten richten. Das Ziel sollte sein, verbindliche Werte für das Miteinander gemeinsam zu definieren und als Norm im Leitbild der Schule festzulegen.

Politische Bildung mit Kunstpädagogik

Das gewaltfreie Zusammenleben in Gruppen, wie der Klasse, der Schulgemeinschaft, dem Sportverein oder der Kommune, verlangt den Mitgliedern immer soziale Kompetenzen ab. Teamfähigkeit, Empathie, Ambiguitätstoleranz und Kommunikationsfähigkeit sind unverzichtbar. Gerade letztere sollte sich die Schule zur Querschnittsaufgabe machen und systematisch fördern. Ohne gelingende Kommunikation zwischen den Akteuren und innerhalb der Gruppen können die vielen individuellen Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden.

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2025 | FRANK LÖHMER

Menschen jeden Alters und mit unterschiedlichsten kulturellen Bezügen aus jedem Berliner Kiez können mitmachen und ihre Kunst und ihre Anliegen für die Öffentlichkeit sichtbar machen

Für diesen Austausch gilt es, den notwendigen Raum für Begegnung zu schaffen. Dafür sollten so viele Kommunikationswege wie möglich ausgebaut und genutzt werden. Regelmäßig durchgeführte Gesprächsrunden, wie beispielsweise der wöchentliche Klassenrat, sind eine Möglichkeit, Zeitfenster für den Austausch zu schaffen. Dabei sollten die Stärken von kunstpädagogischen Methoden genutzt werden. Neben dem verbalen Austausch können dann auch nonverbale Kommunikationswege genutzt werden, damit mehr Schülerinnen und Schüler eine ihren individuellen Interessen und Fähigkeiten entsprechende Kommunikationsform finden.

Kommunikation in der Klasse

Das bundesweite Netzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« befördert die Kommunikationskompetenz innerhalb der nahezu 5.000 Schulen, die Mitglied im Netzwerk sind, durch Projekttage, Fortbildungen und schulübergreifende Vernetzungstreffen in der Region und auf Länderebene.

Die 16 Landeskoordinationen und 113 Regionalkoordinationen vermitteln die Workshopangebote der nahezu 400 außerschulischen Kooperationspartner. Besonders gerne diejenigen, die kunstpädagogische Methoden einsetzen. So gelingt es beispielsweise, das Thema Homofeindlichkeit im Rahmen eines Theaterworkshops aufzugreifen, zum Thema Antisemitismus ein Graffiti zu entwerfen oder zum alltäglichen Rassismus auf der Straße einen Rap-Text zu schreiben. Die Ergebnisse werden der ganzen Schulgemeinschaft präsentiert, um die Kommunikation darüber zu motivieren.

Damit sind schon wichtige Schritte hin zu einer diskriminierungskritischen Schulkultur getan. Auf diesem Weg gilt es kontinuierlich weiterzugehen.

Sanem Kleff ist Direktorin der Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage und Vorsitzende von Aktion Courage

Voneinander lernen, einander verstehen

Das Projekt Schülerpatenschaften

KARIM EL-HELAIFI

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Das regelt Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention. Der Zugang zu Bildung ist unabdingbar für die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Teilhabe. Dieses Recht formal zu besitzen, bedeutet jedoch nicht, dass alle den gleichen Zugang dazu haben. Die Chancen, erfolgreich das deutsche Bildungssystem zu durchlaufen und die eigenen Fähigkeiten und Talente entfalten zu können, sind in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. In Deutschland ist der Bildungserfolg noch immer stark von der sozialen Herkunft abhängig, wie u. a. Studien der OECD zeigen.

Kinder und junge Erwachsene aus migrantischen Familien sind dabei im deutschen Bildungssystem besonders benachteiligt. Der Lagebericht der Integrationsbeauftragten des Bundes von 2024 zeigt, dass sie besonders häufig einem Armutsrisiko ausgesetzt sind. Zum anderen sind sie strukturell, institutionell und individuell von rassistischer Diskriminierung betroffen.

Für Eltern, die selbst nach Deutschland eingewandert sind, sind die Bedingungen dafür schwierig, ihre Kinder in der Bildungslaufbahn ausreichend unterstützen zu können und zusätzlich diese ungleichen Startbedingungen auszugleichen. Oft haben sie das deutsche Bildungssystem selbst nicht durchlaufen und können daher ohne dieses Strukturwissen ihr Kind nur sehr viel schwieriger über die systemischen Barrieren und durch die unterschiedlichen Bildungskorridore navigieren. Wenn sprachliche Barrieren hinzukommen, ist die Handlungsfähigkeit in einem nicht für die Migrationsgesellschaft strukturierten Bildungssystem erheblich eingeschränkt.

Des Weiteren fehlen oft – u. a. durch aufenthaltsrechtliche Bedingungen, restriktive Anerkennungspraxis bei beruflichen und formalen Qualifikationen sowie die strukturelle Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt – die finanziellen Ressourcen, um für die Kinder die notwendige Unterstützung zu organisieren, beispielsweise durch Nachhilfe.

An diesem Punkt setzt das Konzept von Schülerpaten an. Der Impuls dafür kam von arabischsprachigen Müttern selbst, die sich mit der beschriebenen Problemlage an eine Beratungsstelle in Berlin wandten, um Lösungen zu finden. Schülerpaten Berlin formierte sich dann als Organisation, um eine Struktur zu schaffen, welche diesen Missständen im Bildungssystem entgegenwirken kann.

Schülerpaten vermittelt 1:1-Bildungspatenschaften zwischen (deutschsprachigen) Ehrenamtlichen und Kindern und jungen Erwachsenen aus migrantischen Familien – von der ersten Klasse bis zum Abitur. Unsere Patinnen und Paten gehen einmal wöchentlich zu ihren Mentees nach Hause und geben dort Nachhilfe. Sie sind zudem Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner bei schulischen Problemen und Fragestellungen der Zukunftsorientierung.

Natürlich wollen wir in erster Linie die Bildungschancen der Kids verbessern. Jedoch geht unser Konzept weit darüber hinaus und war immer auf Gegenseitigkeit ausgerichtet. Die Treffen finden bei den Familien zuhause statt, sodass unsere Patinnen und Paten die ganze Familie kennenlernen. Dadurch wollen wir eine Sensibilisierung für unterschiedliche Lebensrealitäten schaffen und enge Beziehungen aufbauen. Unsere Patinnen und Paten erhalten durch ihre Mentees einen tiefen Einblick in die strukturellen Hürden für migrantische und migrantisierte Schülerinnen und Schüler in unserem Bildungssystem.

Dabei begleiten wir unsere Tandems und qualifizieren unsere Ehrenamtlichen durch Seminare und Themenabende. Im Laufe der Patenschaft haben die Patinnen und Paten die Möglichkeit, sich im Rahmen von Workshops in verschiedenen relevanten Themenbereichen wie etwa Deutsch als Fremdsprache, Resilienzstärkung, Traumapädagogik sowie Stärken von Lernmotivation weiterzubilden. Ein weiterer Grundbaustein ist die Förderung von gemeinsamen bildungsbezogenen Freizeitaktivitäten und Ausflügen, um die kulturelle Teilhabe der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen und die Tandembeziehungen zu stärken.

Seit dem Start mit dem ersten Standort in Berlin im Jahr 2009 haben wir mit Frankfurt am Main, Hamburg, Dortmund und München Standorte in vier weiteren Städten aufgebaut und über 1.500 Patenschaften vermittelt, die auf Langfristigkeit angelegt sind. Trotzdem bleibt unsere Arbeit ein Tropfen auf den heißen Stein. Die individuelle Verbesserung der Bildungschancen der Kinder und jungen Erwachsenen durch unsere Arbeit ist enorm wichtig. Jedoch bleibt das strukturelle Problem der Benachteiligung bestehen – in einer Gesellschaft, in der laut Mikrozensus 2024 fast jeder/jede zweite Schüler/Schülerin in Deutschland einen sogenannten Migrationshintergrund besitzt. In einer immer vielfältiger werdenden Migrationsgesellschaft ist das eine unwürdige Situation. Der Schlüssel zur Lösung liegt auf der politischen Ebene, Chancengerechtigkeit und das Recht auf Bildung für alle umzusetzen.

Karim El-Helaifi ist Gründungsmitglied der Vereine Schülerpaten Berlin und Schülerpaten Deutschland sowie Vorstandsvorsitzender der neuen deutschen organisationen (ndo)

Reibung als Chance

Plädoyer für eine Stadt in Vielfalt

DANIELA SCHNECKENBURGER

Der Blick auf Klingelschilder zeigt: Deutschland ist vielfältiger geworden. Und ja: Das zeigt sich nicht nur an den Namen, es zeigt sich auch im Stadtbild. Kulturelle Diversität gehört zu den Städten – hier mehr, dort weniger. Sie ist gelebte Globalisierung.

Kulturelle Diversität durch Migration ist nicht neu. Und sie war auch in der Vergangenheit mit Anpassungskonflikten verbunden: auf Seiten der Neuen wie der Eingesessenen. Auslöser von Migrationsbewegungen waren häufig Probleme auf dem Arbeitsmarkt der aufnehmenden wie auch der abgebenden Gesellschaften. Schon die ostpreußische Einwanderung von Arbeitskräften ins Ruhrgebiet des frühen 20. Jahrhunderts verlief nicht problemfrei, ebenso wenig die Zuwanderung von Menschen durch Anwerbeabkommen ab den 1960er Jahren. Es begegneten einander eben nicht nur Arbeitskräfte in den Zechen und Werkhallen Deutschlands, die Arbeitskraft gegen Lohn tauschten. Sondern auch Nachbarn in ihrem städtischen Umfeld, in Kirchengemeinden, Sportvereinen und auf anderen Marktplätzen des öffentlichen und gemeinschaftlichen Lebens: Menschen mit unterschiedlichen Herkunftsgeschichten, mit verschiedenen kulturellen Identitäten und Praxen.

Hinzugetreten ist die gewachsene Individualisierung in postmodernen Gesellschaften. Das wärmende Herdfeuer des gemeinschaftlichen Tatort-Erlebnisses hat sich aufgelöst in eine Vielzahl medial vermittelter Realitätsausschnitte, die miteinander in Kontakt oder in Konflikt treten und das gemeinsame Erleben und die gemeinsame Sicht stärker auflösen denn je. Die demokratische Öffentlichkeit selbst ist mit den Angriffen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dem Reichweitenverlust der lokalen Printmedien in Gefahr. Eine Stadtgesellschaft, die sich in Milieus auflöst, die den Kontakt zueinander verlieren: Das ist zunehmend die Realität, mit der Verwaltungen, Räte, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister umgehen müssen. Ihre Aufgabe ist es nun mehr denn je, die Stadt zusammenzuhalten.

Die Instrumente der Integration sind in den Städten vielfach erprobt. Sie gehören zu einem akzeptierten Instrumentenkasten der kommunalen Verwaltungen, über den im Grunde nicht gestritten wird: Spracherwerb, Arbeitsmarktintegration, Zugang zu Bildung und Betreuung, Aufbau von Selbsthilfestrukturen durch die Förderung

Kulturelle Diversität gehört zu den Städten – hier mehr, dort weniger. Sie ist gelebte Globalisierung

von Migrantenselbstorganisationen, interkulturelle Öffnung der Verwaltungen: Die Städte haben im Feld der Integration viel gelernt. Zu Recht beklagen sie aber, dass Bund und Länder der Daueraufgabe Integration nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit begegnen wie der Steuerung von Migration. Es gibt keinen verbindlichen Rechtsrahmen auf Länder- oder Bundesebene, der Integrationsaufgaben beschreibt, mit Instrumenten und Zielen verbindet. Und auch keinen, der sie nachhaltig finanziert. Die brachiale Kürzungsabsicht der Bundesregierung, für den Haushalt 2025 die Finanzierung von Integrationskursen um 50 Prozent vorzusehen (die am Ende wieder zurückgenommen wurde), zeigt: Die Erkenntnis, dass Integration eine staatliche Daueraufgabe ist, muss noch weiter wachsen. Ebenso die Erkenntnis, dass jemand diese Daueraufgabe erfüllen muss, wenn man das Feld der kulturellen Vielfalt nicht als strategisches Spielfeld dem Rechtspopulismus überlassen will. Darum bleibt Integration eine zwar notwendige, aber in der Form der Ausgestaltung den Kommunen überlassene Aufgabe. Die Städte stellen sich ihr, weil sie wissen, dass Integration der Kitt der Stadtgesellschaft ist.

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2025 | JASMIN VALCARSEL

Die verschiedenen Gruppen, seien es Kulturvereine, Schulklassen, Musik- und Tanzbegeisterte oder Künstlerkollektive, bereiten ihr Thema oft in monatelanger Vorarbeit künstlerisch auf

Je stärker der Druck vom politischen rechten Rand geworden ist, desto mehr ist es notwendig, sich (wieder einmal) darüber zu verständigen, welches Bild von Gemeinschaft wir haben: Sind wir eine Gemeinschaft in Vielfalt, die Diversität anerkennen und sogar wertschätzen will? Ist »das Andere« damit Teil eines kulturellen Reichtums, der in Kontakt und Dialog mit uns tritt, dessen Formen der Erklärung und damit der Orte bedürfen, an denen »das Andere« auch explizit zum Thema, wo nötig auch zum Streitthema gemacht werden kann? Oder verfolgen wir das Zielbild einer Leitkultur, auf die hin sich das Neue, das Andere einfach hinzuentwickeln hat?

Eine Stadt in Vielfalt und gegenseitiger Wertschätzung, getragen von Verfassungspatriotismus und damit dem Bekenntnis zu unserem wertebasierten Grundgesetz: Damit ist der Rahmen gesetzt, um die kulturelle Reibung, die Integration erzeugt, bearbeiten und miteinander aushandeln zu können. Darum braucht es neben der Hardware von Arbeitsmarktintegration, Wohnungsangeboten, Schulplätzen noch ein Mehr. Kulturelle Projekte in den Städten, offene Erfahrungsräume in kulturellen Kontexten, interreligiöse Dialogformen, Formate der Erinnerungskultur in den Städten, dritte Orte oder Stadtteilzentren eröffnen den Raum, um gesellschaftliche Triggerpunkte aufzuspüren. Erinnerungskultur ist dabei bedeutsam, um einander das gemeinsame Land zu erklären und die Spuren auszudeuten, die die Geschichte in den Städten, ihren Bauwerken und Straßen, aber auch den Herzen der Menschen hinterlassen hat. Reibung erzeugt eben auch Wärme. Das ist eine Chance.

Daniela Schneckenburger ist Beigeordnete des Deutschen Städtetages für Integration, Migration, Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung

Gestalter des Zusammenlebens

Die Rolle der Städte als Schlüsselakteure

JULIA SAGASSER & MARC ELXNAT

In Zeiten zunehmender Migration und gesellschaftlicher Vielfalt kommt den Städten und Gemeinden eine zentrale Rolle bei der kulturellen Integration zu. Sie sind die Orte, an denen Integration konkret stattfindet – im Kindergarten, in der Schule,

Vereine, Nachbarschaftsinitiativen, Religionsgemeinschaften oder Freiwillige leisten einen unverzichtbaren Beitrag und sind Partner der Kommunen

am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft. Während die Bundes- und Landespolitik rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen vorgibt, sind es die Kommunen, die praktische Integrationspolitik vor Ort gestalten. Doch was leisten Städte tatsächlich für Integration, wo stoßen sie an Grenzen – und warum ist die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft dabei unverzichtbar?

Kommunen als Gestalterinnen des Zusammenlebens

Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die viele kommunale Bereiche betrifft: Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Sport und bürgerschaftliches Engagement. Städte und Gemeinden koordinieren Angebote, schaffen Begegnungsräume und fördern Teilhabe – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus.

Integrationsbeauftragte und kommunale Integrationszentren sind heute vielerorts feste Institutionen. Sie vernetzen lokale Akteure, beraten Zugewanderte und entwickeln Strategien, um Vielfalt als Chance zu begreifen. Sprachförderung, Bildungsprogramme und berufliche Qualifizierung zählen zu den zentralen Handlungsfeldern. Auch die Förderung interkultureller Kompetenz in der Verwaltung ist ein wichtiger Baustein, um Diskriminierung abzubauen und Zugänge zu erleichtern.

Wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen

Trotz ihres Engagements sind die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen begrenzt. Häufig fehlt es an finanziellen und personellen Ressourcen, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Ein weiteres Problem liegt in der Diskrepanz zwischen kommunaler Verantwortung und fehlender Steuerungskompetenz. Grundsätzliche Fragen wie Asylverfahren, Aufenthaltsrecht oder Arbeitsmarktzugang werden auf Bundesebene entschieden, ob und wer auf die Kommunen verteilt wird, entscheiden die Länder – die Kommunen müssen die Folgen der Entscheidungen der Bundes- und Landesebene bewältigen.

Zivilgesellschaft als unverzichtbarer Partner

Gerade dort, wo staatliche Strukturen an ihre Grenzen gelangen, tritt die Zivilgesellschaft besonders in Erscheinung. Vereine, Nachbarschaftsinitiativen, Religionsgemeinschaften oder Freiwillige leisten einen unverzichtbaren Beitrag und sind Partner der Kommunen. Sie schaffen Vertrauen, fördern Begegnungen und vermitteln zwischen Kulturen. Ohne dieses Engagement wären viele Integrationsprojekte nicht denkbar – von Sprachcafés über Mentoringprogramme bis hin zu interkulturellen Festivals. Kommunen, die Integration erfolgreich gestalten, verstehen sich daher zunehmend als Netzwerker: Sie koordinieren, unterstützen und würdigen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Die Zusammenarbeit von Kommune und Zivilgesellschaft ist dabei keine Einbahnstraße. Während Kommunen die Infrastruktur bereitstellen, bringen zivilgesellschaftliche Akteure Nähe, Flexibilität und Kreativität ein. Erfolgreiche Integration entsteht dort, wo beide Seiten auf Augenhöhe kooperieren – in gemeinsamen Projekten, Beiräten oder durch Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung von Integrationskonzepten.

Integration als Zukunftsaufgabe der Stadtgesellschaft

Kulturelle Integration ist kein einmaliger Prozess, sondern eine dauerhafte Gestaltungsaufgabe. Angesichts des demografischen Wandels, des Fachkräftemangels und der globalen Mobilität werden Städte auch künftig Orte vielfältiger Lebensentwürfe bleiben. Integration entscheidet dabei über sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Stärke und politische Stabilität.

Kommunen müssen deshalb weiterhin in Bildung, Begegnung und Beteiligung investieren – und Vielfalt als Normalität begreifen. Dafür braucht es eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Ebene und politische Rückendeckung. Ebenso wichtig ist die Anerkennung des Engagements der vielen Menschen, die Integration täglich mit Leben füllen.

Kommunen sind wesentlicher Akteur der Integration, aber sie sind hier nicht allein und auf das Engagement der Vereine und Zivilgesellschaft angewiesen. Wo Kommunen, Politik und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen, entsteht nicht nur Integration, sondern Gemeinschaft.

Und genau darin liegt die eigentliche Stärke der Kommunen: Sie sind Gestalter des Zusammenlebens – und damit entscheidende Orte einer inklusiven Zukunft.

Julia Sagasser ist Referentin für Kulturpolitik, Marc Elxnat ist Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund

Familie, Arbeitsplatz, Spracherwerb

Integration in Landkreisen

JÖRG FREESE

Landkreise sind weit überwiegend ländlich und kleinstädtisch geprägt. Die Integration von zugereisten Menschen, auch ihre kulturelle Integration, steht daher vor anderen Herausforderungen, als dies im urbanen, großstädtischen Umfeld der Fall ist. Die Überschaubarkeit und das nicht im Wortsinne gegebene, aber doch der Realität näherkommende »Jeder kennt jeden« im ländlich-kleinstädtischen Milieu ist zugleich Vorteil wie Nachteil bei der Integration. Die 294 Landkreise in Deutschland sind sehr bemüht, nach den zunächst grundlegenden Bedürfnissen wie Wohnen und Ernährung auch den Spracherwerb und grundlegende Kenntnisse über das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland zu vermitteln. Dies ist eine notwendige, aber natürlich keine hinreichende Bedingung für eine gelingende Integration von Menschen.

Wichtig ist den Landkreisen nicht zuletzt auch die Integration von Familien über die Institutionen für ihre Kinder. Das sind insbesondere Kindergarten und Schule. Nach wie vor ist der Bildungserfolg und damit letztlich auch der Grad der Integration im generationenübergreifenden Sinne in Deutschland stark abhängig von der sozialen Herkunft und den damit verbundenen finanziellen Ressourcen sowie dem Bildungshintergrund der Familien. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund leben überproportional häufig in einkommensschwachen Familien und sind daher besonders benachteiligt. Das gilt vor allem für neuzugewanderte Kinder mit geringen Deutschkenntnissen und für jene mit Fluchtbiografie. Das möglichst frühe Erlernen der deutschen Sprache aller Familienmitglieder und ein chancengerechter Zugang zu Bildung fördern die Integration. Dies erfordert eine möglichst frühe Beschulung für geflüchtete Jugendliche in Regelklassen, was längst nicht immer gelingt, aber auch nicht von den Landkreisen verantwortet wird. Dabei können Bildungserfolge von Kindern auch den Grad der Integration ihrer Eltern verbessern helfen, wenn diese entsprechende Unterstützung erhalten.

Zudem ist natürlich der integrative Wert eines sicheren Arbeitsplatzes gar nicht zu überschätzen. Gerade hier werden Kontakte geknüpft, die auch über die engeren Arbeitszusammenhänge hinaus von Bedeutung sein können und sollten. Hilfreich kann hier auch eine Ausweitung der Berufsschulpflicht für geflüchtete junge Erwachsene und längerfristig auch in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte eine stärkere Sensibilität für Diversität sein.

Dabei ist Integration, aber nicht Assimilierung das wichtigste Ziel. Natürlich bringen Menschen aus anderen Gegenden der Welt ihre eigenen kulturellen Erfahrungen und Werte mit, die im Rahmen der Rechtsordnung des Grundgesetzes und unserer Gesetze selbstverständlich weiter bestehen und gelebt werden dürfen und sollen. Dies wird von Seiten der Landkreise unterstützt, zugleich muss aber auch das Interesse am Kennenlernen deutscher oder auch regionaler Sitten, Gebräuche und kulturellen Werte befördert werden.

Der bereits oben erwähnte Spracherwerb ist dabei zentral. Zudem darf die kulturelle Integration nicht einseitig auf die zugewanderten Personen gerichtet sein. Auch die aufnehmende Gesellschaft in Deutschland muss bereit sein aufzunehmen, und diese Aufnahmebereitschaft muss gefördert und unterstützt werden. Wenn das nicht gegeben ist, laufen alle Integrationsbemühungen von zugewanderten Menschen von Seiten der öffentlichen Hand – und zwar aller Ebenen – ins Leere.

Ziel muss eine kulturelle Annäherung an Deutschland sein, gepaart mit gegenseitigem Interesse an kultureller Vielfalt. Die Landkreise in Deutschland bemühen sich seit vielen Jahrzehnten darum, diese Rahmbedingungen herzustellen. Dass die kommunale Ebene insgesamt schon seit mehreren Jahren wirtschaftlich von Bund und Ländern insoweit finanziell allein gelassen wird, ist dabei ein extremer, wenn nicht sogar unüberwindbarer Hindernisfaktor, dem dringend abgeholfen werden muss. Denn nicht nur aus Gründen der Integration, sondern für die Weiterentwicklung des örtlichen und überörtlichen Gemeinwesens für alle Menschen in Städten, Gemeinden und Landkreisen ist die Leistungsfähigkeit der Kommunen essenziell.

Jörg Freese ist Beigeordneter für Jugend, Schule, Kultur und Gesundheit des Deutschen Landkreistages

THESE 7: Die freie Meinungsbildung stärkt die Demokratie

Die Zukunft der unabhängigen Medien ist bedroht

MIKA BEUSTER

Zu Jahresbeginn zeichnete der US-Vizepräsident ein düsteres Bild Europas. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz warf JD Vance den hiesigen Regierungen vor, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Die größte Gefahr für die Sicherheit gehe nicht von Russland oder China aus, sondern davon, dass Europa Menschen für Äußerungen in sozialen Netzwerken ins Gefängnis stecke. Seine Rede stieß auf breiten Widerspruch, zumal die Trump-Administration kurz darauf selbst die Presse- und Meinungsfreiheit eigenwillig auslegte. Sie setzte Sender unter Druck, prominente Kritiker des US-Präsidenten zum Schweigen zu bringen.

Der Kern der Rede ist aber: Die USA wollen mit imperialen Mitteln ihre Vorstellung uneingeschränkter Redefreiheit in Europa durchsetzen. Der Grund: Die Plattformkonzerne des Silicon Valley sollen vor gesetzlicher Regulierung geschützt werden. Ihr Geschäftsmodell basiert nicht nur auf der Aushöhlung des Urheberrechts, sondern auch darauf, dass sich die Emotionalisierung von Debatten in Geld verwandeln lässt. Einfach gesagt: Hass, Hetze und Häme bringen Klicks, und Klicks steigern den Umsatz.

Das deutsche Strafrecht, das Beleidigung, üble Nachrede oder Holocaust-Leugnung unter Strafe stellt, bremst diese Dynamik ebenso wie die europäischen Versuche, die amerikanische digitale Hegemonie durch Regelungen wie den DSA oder AI-Act in den Griff zu bekommen. Doch das Geschäftsmodell der Sozialen Netzwerke lebt davon, Öl ins Feuer zu gießen, eine gesetzliche Feuerwehr passt ihnen nicht in den Kram. Dass der demokratische Diskurs dabei Schaden nimmt, nehmen Populisten weltweit in Kauf. Redaktionelle Medien, die eigentlich die Mächtigen kontrollieren sollen, werden als »Feinde des Volkes« diffamiert, Fakten in Zweifel gezogen. In diesem Nebel der Unsicherheit erscheint die starke Hand der Autokratie vielen als Halt. Sie ist aber nur eine scheinbare Stütze.

Die Fallhöhe ist enorm: Die Meinungsfreiheit ist »schlechthin konstituierend« für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, urteilte das Bundesverfassungsgericht 1958 im »Lüth«-Urteil, einem Grundsatzurteil zum Grundrecht der Meinungsfreiheit. Sie ist in Artikel 5 des Grundgesetzes für die Ewigkeit verankert. Doch immer mehr Menschen in Deutschland teilen die Kritik von JD Vance. Laut einer Allensbach-Umfrage glaubt nur noch eine Minderheit, dass man in Deutschland seine Meinung frei äußern kann. Mit 40 Prozent ist der Wert so niedrig wie nie seit dem »Lüth«-Urteil. Dabei haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen kaum verändert. Erst ab 2015, im Zuge der »Flüchtlingskrise«, brach der Wert ein. Seitdem wächst die Überzeugung, man könne nicht mehr frei sagen, was man denkt. Dieses Gefühl ist kein deutsches Phänomen. Auch in anderen Ländern, selbst in den USA, zeigt sich ein ähnlicher Trend.

In diesem Nebel der Unsicherheit erscheint die starke Hand der Autokratie vielen als Halt. Sie ist aber nur eine scheinbare Stütze

Der Streit um Portale wie »Hessen gegen Hetze« verdeutlicht die Spannungen. Solche Meldestellen, bei denen Betroffene digitaler Gewalt Anzeigen prüfen lassen können, sehen Kritiker als Eingriff in die Meinungsfreiheit. Dabei sollen sie nur sicherstellen, dass analoge Gesetze auch online gelten. Im Netz herrscht ein raues Klima: 58 Prozent der Jugendlichen berichten von Beleidigungen, 54 Prozent von negativen Erfahrungen durch extreme politische Ansichten, so die JIM(Jugend, Information, Medien)-Studie. Was tun? Mehr Medien- und Nachrichtenkompetenz in den Lehrplänen wäre ein Anfang. Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene müssen verstehen, wie Algorithmen aus den USA oder China hier in Europa Politik und Gesellschaft beeinflussen, was wir sehen, und wie unabhängige redaktionelle Medien auf der anderen Seite arbeiten. Doch deren Zukunft ist bedroht. Eine beispiellose Kampagne zielt darauf, die öffentlich-rechtlichen Medien zu schwächen. Privat finanzierte Medienhäuser kämpfen ums Überleben. Plattformkonzerne aus den USA monopolisieren derweil den Zugang zum Publikum, saugen Werbeerlöse ab und entziehen so den privat finanzierten Medien die materielle Basis.

Wir brauchen mehr digitale Souveränität und ein breites Verständnis der Plattform-Mechanismen in der Gesellschaft. Ein europäisches Soziales Netzwerk, eine europäische Suchmaschine, die sich an unsere Gesetze hält, und bessere Rahmenbedingungen für Qualitätsjournalismus – das sind Projekte, die unsere Demokratie auch im digitalen Raum sichern können. Denn nur so bleibt sie auch in der analogen Welt erhalten.

Journalismus wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Er ist Fressfeind von Desinformation und Propaganda. Ein mutiger Masterplan, unsere Medienlandschaft gegen die Versuche, sie kaputtzuschlagen, zu verteidigen, ist nötiger denn je. Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Medien gehen Hand in Hand. Wollen wir, dass das Vertrauen in beide wieder steigt, müssen wir handeln. Tun wir es nicht, machen es Trump, Vance und Xi für uns.

Mika Beuster ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands

FÜNFZEHN THESEN »ZUSAMMENHALT IN VIELFALT«

Die Initiative kulturelle Integration hat sich im Jahr 2016 gegründet mit 28 Mitglieds-Institutionen und -Organisationen. Im Jahr 2017 hat die Initiative 15 Thesen »Zusammenhalt in Vielfalt« vorgelegt. Sie dienten der Selbstverständigung in einer pluralen Gesellschaft, die angesichts der Fluchtbewegungen in den Jahren 2015 und 2016 vor großen Herausforderungen stand. Im Jahr 2023 wurden diese Thesen aktualisiert. Für unseren Schwerpunkt haben wir einige Thesen ausgewählt und dazu Vertreterinnen und Vertreter der Mitglieder sowie weitere Autorinnen und Autoren um Beiträge gebeten. Alle Thesen gibt es hier: tinyurl.com/4v5ajnyj

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2019 | DANIELA INCORONATO

Der Karneval der Kulturen wurde 1996 als anti-rassistische und anti-diskriminierende Antwort auf fremdenfeindliche Ausschreitungen nach den rassistischen Angriffen in Rostock-Lichtenhagen gegründet

THESE 5: Religion gehört in den öffentlichen Raum

Ein Marktplatz der Religionen und Weltanschauungen

ANNE GIDION

Religion ist im öffentlichen Raum auf vielfältige Weise präsent. Wie die jeweilige Religion sich einbringt, kann und muss sie selbst entscheiden – ob im Wohnzimmer, in der Synagoge, Moschee, Kirche oder Karfreitagsprozession. Die christlichen Kirchen zum Beispiel sind sichtbar und hörbar: Durch Gebäude, Denkmäler und Glocken, sie laden zu Andachten und Konzerten ein. Als »Pop-Up-Church« geschieht Kirche: Sie irritiert und beschenkt mit Fußwaschungen auf der Reeperbahn, Advents-Flash-Mobs im Einkaufszentrum und Gratis-Umarmungen in der Fußgängerzone. Das Judentum wiederum zeigt sich zum Beispiel mit einem Chanukka-Leuchter am Brandenburger Tor. Auch die Muslime sind präsent: Mancherorts hört man inzwischen auch in Deutschland den Gebetsruf des Muezzins. Religionsgemeinschaften als Ausdruck von Religion laden ein und erregen Widerspruch– auch darin ist Religion öffentlich.

Religion ist auch medial im öffentlichen Raum: durch Gottesdienstübertragungen im Fernsehen, durch Morgenandachten im Radio und Posts auf Social-Media-Kanälen, durch Kampagnen wie: »Ohne Sonntag gibt es nur noch Werktage«. Religion ist öffentlich in und durch Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, diakonische Einrichtungen, die Bahnhofsmission, Kältestuben.

Religion ist auch deshalb im öffentlichen Raum, weil Menschen Religion sichtbar und hörbar leben. In der kommerziellen Variante der Weihnachtsmärkte sind Spuren davon noch zu erkennen, dass Religion immer auch Fest und Feier ist, Einladung und Teilhabe, Mitmachen und Alltagsunterbrechung. Öffentliche Religion zeigt sich auf besonders überzeugende Weise als Barmherzigkeit mit Tee und Suppe, mit offenen Kirchen für Wärme im Winter und Kühle im Sommer, für die Möglichkeit zum Kerzenanzünden in Trauer und Glück, als Versammlungsort wie zu Zeiten der Friedlichen Revolution 1989 – all das auch für Nicht-Gläubige.

Diese Formen von Öffentlichkeit von Religion haben bei vielen auch Nicht-Religiösen Akzeptanz. Konflikthafter ist es zum Beispiel bei Themen wie Feiertagen oder dem Tanzverbot am Karfreitag. Dies löst Widerstand aus bei denen, die die Freiheit zur Religion, die das Grundgesetz explizit schützt, ganz und vollständig durch die Freiheit von Religion ersetzen – Neutralität als staatlich geförderter Atheismus. Einige Formen der öffentlichen Präsenz von Religion werden als unzulässige Einmischung empfunden und als Diskriminierung der eigenen religionslosen Weltanschauung. Allerdings ist es bei dieser negativen Religionsfreiheit wie bei der Meinungsfreiheit: Wer religionslos leben will, kann das tun und sich als bekennender Atheist ins öffentliche Leben einbringen. Der öffentliche Raum ist ein Marktplatz der Religionen und Weltanschauungen. Mitten auf dem Marktplatz der demokratischen Debatte können und sollen Vertreterinnen und Vertreter der Religionen für ihre Überzeugungen eintreten und auch darin »Öffentliche Theologie« treiben. Dabei hilft die Erinnerung daran, was für ein weiter Weg es von der urchristlichen Vorstellung der Gleichheit aller Menschen vor Gott zum Rechtsgrundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz war.

Die zunehmend multireligiöse Gesellschaft ist herausgefordert – auch dafür ist das Grundgesetz ein guter Maßstab

Viele Menschen verfügen über keine eigenen Erfahrungen mit den guten Kräften des Religiösen. Auch im Lichte globaler Konflikte nehmen manche öffentliche Religion nur noch als hochexplosives Gefahrengut wahr. Sie sähen religiöse Stoffe, Symbole und Akteure am liebsten auch in Deutschland ganz aus dem gesellschaftlichen Leben verbannt. Dies befördert eine Laizität, die aber im deutschen Verfassungsrecht gerade nicht angelegt ist.

Die zunehmend multireligiöse Gesellschaft ist herausgefordert – auch dafür ist das Grundgesetz ein guter Maßstab. Öffentliche Religionsausübung ist zwar geschützt und darf Respekt erwarten, muss aber auch Respekt vor anderen zeigen.

Der öffentliche Raum ist Gestaltungsfeld für gesellschaftliche Debatten in allen Facetten. Wie sichtbar Religion darin auftritt, muss sie selbst immer wieder prüfen und stimmig gestalten. Als Botschafterin der evangelischen Kirche im politischen Berlin bieten mein Team und ich eine Religion mit offener Tür und offenen Worten an. Wir vertreten die evangelische Kirche und damit eine spezifische Religion und Konfession. Gemeinsam mit anderen treten wir ein für allgemeinmenschliche Werte wie Freiheit, Menschenwürde, Frieden und Gerechtigkeit, für nachhaltiges Leben und Mitmenschlichkeit.

Prälatin Anne Gidion ist Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2025 | JASMIN VALCARSEL

Der Karneval der Kulturen ist ein Ort interkultureller Begegnung und setzt ein positives und politisches Statement für Zusammenhalt

Schlüsselkompetenz Religionssensibilität

JAKOB JOHANNES KOCH

Als die 28 Gründungsmitglieder der Initiative kulturelle Integration (IkI) 2016 begannen, schriftliche Thesen ihres Wertebündnisses aufzusetzen, stießen die beiden Kirchen, der Koordinationsrat der Muslime sowie der Zentralrat der Juden nicht bei allen Bündnispartnern auf Gegenliebe mit ihrem Anliegen, öffentlich gelebte Religion als Ressource von Integration und Zusammenhalt zu würdigen.

Aber dank der umsichtigen Moderation des Deutschen Kulturrates gelang es schließlich doch, Postsäkularität als vierte These in das finale IkI-Papier aufzunehmen: »Religion gehört in den öffentlichen Raum. (…) Den Religionen wird die Möglichkeit gegeben, in der Öffentlichkeit sichtbar aufzutreten und aktiv am gesellschaftlichen Leben mitzuwirken. Zugleich aber unterliegen sie den geltenden rechtsstaatlichen Regeln und einem öffentlichen Diskurs«, heißt es in dem Papier, das am 16. Mai 2017 veröffentlicht und der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich überreicht wurde.

Die IkI hat gut daran getan, sich zur Präsenz der Religionen im öffentlichen Raum zu bekennen. Alles andere wäre Realitätsverweigerung. Zwar glauben nur noch 38 Prozent der deutschen Bürgerinnen und Bürger an Gott (vgl. Bertelsmann-Religionsmonitor 2023), aber 85 Prozent der nach Deutschland migrierenden und flüchtenden Menschen sind praktizierend religiös und gehören mehr als 50 verschiedenen Religionen an (vgl. etwa die BAMF-Kurzanalyse 2/2020). Dieser Lebenswirklichkeit ist respektvoll zu begegnen – auch seitens religionskritischer und antireligiöser Menschen.

Zu den sozialen Schlüsselkompetenzen gehören heute Geschlechter-, Öko- und interkulturelle Sensibilität; diese Trias gehört dringend erweitert um Religionssensibilität (international: Religious Literacy). Religionssensibilität als Skill für jeden – auch für Areligiöse und Religionskritiker – bedeutet: »Religionen kennen und verstehen«. Ohne die damit verbundene Grundhaltung aus Achtsamkeit, Respekt und Takt gegenüber Religiosität wird unsere im Zuge der Immigration zunehmend postsäkulare Gesellschaft keine Kohäsion entwickeln können.

Die Glieder einer zukunftswilligen und -fähigen Gesellschaft kommen doch gar nicht umhin, sich über die Fragen nach der Würde des Lebens, nach der Freiheit des Einzelnen und der Gerechtigkeit in der Gemeinschaft, nach den Grundlagen personaler Würde, individueller und kollektiver Freiheit, dem Menschen in den Ökosystemen und den normativen Grundlagen gelingenden Lebens zu verständigen. Diese grundlegenden Fragen auf Augenhöhe miteinander zu diskutieren – aus humanistisch-utilitaristischer, areligiös-ethischer und eben auch aus religiöser Perspektive – setzt ein Mindestmaß an sozialer Kohäsion bereits voraus und generiert und verstärkt diese weiter.

Als das IkI-Bündnis seine Thesen 2023 novelliert hat, rutschte zwar die Würdigung öffentlicher Religion einen Platz nach hinten (jetzt also These 5), aber die IkI-Partner haben erneut dieses Committment getroffen, wobei allen – selbstverständlich auch den an IkI beteiligten Institutionen der vier Religionsgesellschaften – völlig klar ist, dass Missbrauch von Religion für extremistische Ansichten nicht tolerabel ist und dass sich jede Religion als Teil öffentlichen Lebens gegebenenfalls auch fair vorgebrachter Religionskritik stellen muss.

Gegen blasphemische Diskriminierungskampagnen, gegen Persönlichkeitsrechtsverletzungen an Mitgliedern und Repräsentanten von Religionsgesellschaften oder gegen Volksverhetzung aus religiösen, antireligiösen und rassistischen Gründen gibt es die bewährten Werkzeuge des Rechtsstaates. Aber jenseits dessen ergeben sich aus fair vorgebrachter Religionskritik öffentlich beachtete Diskurse, aus denen eine Religionsgemeinschaft, die mit Sachargumenten zu überzeugen weiß, durchaus einen Zugewinn öffentlicher Sympathie schöpfen kann. Sollte sich die Religionskritik sachlich als berechtigt erweisen (Beispiel Christentum: Die abstrakte sakrale Kunst des 20. Jahrhunderts gab wesentliche, durchaus religionskritisch gemeinte Impulse zur Überwindung eines patriarchalisch vereinnahmten Gott-Vater-Bildes), dann tut die betroffene Religionsgesellschaft gut an einer Kurskorrektur. Sie wird dadurch ihr Gesicht nicht verlieren.

Die Umtriebe fundamentalistischer religiöser Strömungen und die Aktivitäten aggressiv missionierender religiöser Gruppen verursachen ein mulmiges Gefühl; manche möchten da öffentliche Räume am liebsten zu »religionsneutralen Zonen« machen. Einzelne deutsche Hochschulleitungen neigen am Campus bereits zu solchen Bestrebungen. Aber schüttet dies nicht das Kind mit dem Bade aus? Macht man da nicht die Regel freier Religionsausübung verantwortlich für den Regelmissbrauch? Weltanschauliche Neutralität durch Neutralisierung zu ersetzen, funktioniert soziokulturell einfach nicht – das erlebt man aktuell u. a. in Frankreich.

Die beiden großen Kirchen und die christlich-theologischen Fakultäten an deutschen Hochschulen betreiben nicht nur aktiv Fundamentalismus-Prävention, sondern sie bilden auch in einer pluralen Gesellschaft sprachfähige Religionsexpertinnen und -experten für interreligiöse Kontexte aus. Sie helfen dabei mit, positive und negative Religionsfreiheit im öffentlichen Raum in eine angemessene, konstruktive, faire Balance zu bringen. Und sie erbringen ihren Beitrag dazu, dass sich Religionssensibilität als allgemeine soziale Schlüsselkompetenz seriös etablieren kann.

Jakob Johannes Koch ist Musiker und Theologe. Seit dem Jahr 2000 ist er Kulturreferent der Deutschen Bischofskonferenz

THESE 5: Religion gehört in den öffentlichen Raum

Religiöse Vielfalt stärkt das Zusammenleben

ALI METE

Ja, Religion gehört in den öffentlichen Raum – das ist keine Forderung, sondern eine Tatsache. Denn: Historisch gesehen, ist unsere heutige moderne Gesellschaft aus dem Konflikt – um nicht Kampf zu sagen – zwischen Kirchen und weltlichen Machthabern entstanden. Freiheitsrechte, darunter das Recht, seine Religion privat und öffentlich frei zu leben oder eben auch nicht religiös zu sein, entstanden aus diesem Konflikt heraus bzw. mussten erkämpft werden.

Soziologisch gesehen kann Religion nicht vom Leben des religiösen Menschen getrennt werden. Die sogenannte Säkularisierungsthese, also die Annahme, Religion würde mit zunehmender Modernisierung, Liberalisierung und Säkularisierung abnehmen, sich in das Private zurückziehen oder ganz aus dem Leben verschwinden, hat sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Religion ist auch heute wichtig für Menschen, Familien, Gemeinden und Gesellschaften.

Religionshistorisch gesehen ist die Geschichte der Menschheit die Geschichte der Suche nach Religion bzw. nach der Nähe zu Gott. Daher ist es nur allzu verständlich, dass diese Suche nicht nur im Koran, sondern auch in den Texten anderer Religionen ihren Niederschlag findet. Die Anthropologie hat gezeigt, dass es keine Menschen gibt, die nicht glauben bzw. in irgendeiner Form religiös denken und handeln würden – angefangen von »primitivsten« Völkern bis hin zu modernen Gesellschaften.

Islamisch gesehen ist das Muslimsein bzw. der Glaube im Menschen verankert. Im Islam wird die Hinwendung zu Gott als Teil der menschlichen Natur verstanden. Sie ist etwas Angeborenes, Natürliches. Religion ist Teil der menschlichen Natur (Fitra), sie muss nicht gelernt, kann aber verlernt werden, weshalb sie gegebenenfalls (wieder)erlernt werden muss. Aus muslimischer Perspektive ist deshalb nicht nach dem Ob von Religion zu fragen, sondern nach dem Wie.

Vor diesem Hintergrund stellt sich aus meiner Sicht nicht die Frage, ob Religion in den öffentlichen Raum gehört, sondern wie und wie viel Religion. Die Beteiligung religiöser Akteure am gesellschaftlichen Diskurs ist kein Anachronismus, sondern ein Gewinn. Sie bringen immer wieder die Gewissensfrage ein: Was ist gerecht? Was dient dem Menschen? Was entspricht seiner Würde? Gerade heute, wo viele fundamentale Grundrechte hinterfragt oder unterminiert werden, die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, ist die religiöse Perspektive und die religiöse Mahnung besonders wichtig.

Solange Religion im Herzen und im Alltag der Menschen existiert, solange wird sie auch im öffentlichen Raum präsent sein – und das sollte sie auch. Gerade in Zeiten von Krisen und Unsicherheiten in moralischen Fragen bietet Religion Orientierung und auch Trost. Sie vermittelt und festigt ethische Maßstäbe, zeigt Wege, unsere Mitmenschlichkeit zu stärken, und fordert Engagement für Gerechtigkeit und Frieden. Religion im öffentlichen Raum ist auch Ausdruck von gesellschaftlicher Pluralität.

Islam und Muslime sind ein fester Teil der deutschen Gesellschaft und unserer pluralistischen Demokratie. Diese Realität zu akzeptieren, bedeutet zugleich, der Religion mehr Raum und Präsenz im öffentlichen Leben zu geben. Das kann nur geschehen, wenn Muslime nicht nur Adressaten gesellschaftlicher Debatten sind, sondern als aktive Mitgestalterinnen und Mitgestalter wahrgenommen werden. Und umgekehrt: Wenn sich Muslime nicht nur als Adressaten, sondern als Mitgestalter ins demokratische Spiel einbringen. So oder so: Muslime als gleichwertige Stimmen wahrzunehmen und ihre gesellschaftliche Präsenz zu ermöglichen, ihr großes Potenzial nutzbar zu machen, stärkt die Demokratie und fördert gegenseitiges Vertrauen – Aspekte, die dringend notwendig sind in einer Zeit der Polarisierung und der Hinterfragung demokratischer Grundwerte.

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2025 | JASMIN VALCARSEL

Mit seinem künstlerischen Programm setzt das Straßenfest Schwerpunkte in den Bereichen Begegnung, Zukunft und Nachhaltigkeit

Leider erleben wir immer wieder, dass bestimmte Gruppierungen gegen muslimisches Leben in Deutschland – und damit gegen das Recht auf religiöses Leben in der Öffentlichkeit – vorgehen. So etwa gegen den Bau von sichtbaren Moscheen oder gegen das Tragen religiöser Bekleidung in der Öffentlichkeit. Diese Form der Islamfeindlichkeit äußert sich nicht »nur« verbal, sondern mündet immer öfter in tätliche Übergriffe, etwa auf muslimische Frauen, auf Moscheen oder muslimische Grabfelder. Das darf nicht sein und betrifft die gesamte Gesellschaft. Denn der Schutz von Minderheiten vor Rassismus und Diskriminierung ist ein Gradmesser des demokratischen pluralen Zusammenlebens.

Religion im öffentlichen Raum bedeutet nicht nur Toleranz. Denn gläubige Menschen, Gebetshäuser oder religiöse Symbole sollten nicht nur »toleriert« werden, vielmehr sollte man sie wertschätzen, als Bereicherung sehen. Das bedeutet, dass die Werte, die Religion vermittelt, auch in gesellschaftliche Prozesse miteinzubeziehen sind.

In diesem Sinne müssen Muslime als Teil der Gesellschaft sichtbar sein und gehört werden – und sie müssen sich mehr Gehör verschaffen. Viele unserer Mitglieder sind als Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler in den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft tätig. Insbesondere in religions- und kultursensiblen Bereichen bringen sich diese Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler tagtäglich ein. Dieses für viele Muslime selbstverständliche, da religiös geforderte Engagement für die Gesellschaft verdient es, gesehen und wertgeschätzt zu werden – viel mehr jedenfalls als die hiesigen Debatten darüber, ob und wer zu Deutschland gehört, wer hierbleiben kann und wer nicht.

Eine pluralistische Demokratie lebt von der Vielfalt ihrer Stimmen. Die Anerkennung religiöser Vielfalt stärkt das gesellschaftliche Zusammenleben und macht deutlich: Auch der Islam gehört in den öffentlichen Raum. Nicht als abstraktes Konzept, sondern durch die Menschen, die ihn leben, durch ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und durch ihren Beitrag zu einer gerechten, friedlichen und solidarischen Gesellschaft.

Ali Mete ist Sprecher des Koordinationsrats der Muslime (KRM)

Die verbindende Kraft der Religionsgemeinschaften

JOSEF SCHUSTER

Sollte ich vor die Alternative gestellt werden: Konversion oder Tod, bin ich jederzeit bereit, nach Auschwitz zu gehen.« Abraham Joshua Heschel, ein jüdischer Religionsphilosoph und Rabbiner, war von der Kraft seiner Religion überzeugt. Und er meinte nicht nur die jüdische Religion: »Sollen wir an der Illusion, dass wir uns isolieren können, festhalten? Sollten wir nicht einander helfen unsere Herzenshärte aufzugeben?«

Wenn sich Religionsgemeinschaften abschotten und Parallelgesellschaften bilden, dann verlieren sie ihren Bezug zur Gesamtgesellschaft. Dann verliert Religion ihre offene und verbindende Wirkung, hält den Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe ab, isoliert ihn – oder isoliert einen ganzen Staat und stützt autokratische Strukturen.

Wenn Religionsgemeinschaften aber den Austausch mit anderen suchen und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen, stärken sie Miteinander und gegenseitiges Verständnis. Dann entfalten sie ihre verbindende Kraft. Beispielweise findet in der jüdischen Gemeinschaft jährlich der Mitzvah Day statt – der Tag der guten Taten, an dem Freiwillige jeder Religionszugehörigkeit eingeladen sind, mitzumachen und ihren Mitmenschen etwas Gutes zu tun. Zentrale Bestandteile vieler Religionsgemeinschaften sind soziales Engagement und Toleranz anderen gegenüber. Glaube kann außerdem helfen, Krisen besser zu bewältigen: Leidvolle Erfahrungen können leichter in einen sinnstiftenden Zusammenhang gebracht werden, persönlich sowie in öffentlichen Ansprachen geistlicher Führungspersönlichkeiten.

Religionsgemeinschaften können soziale Kompetenzen erweitern und ein moralischer Kompass sein. Sie helfen uns, wie Heschel sagt, unsere Herzenshärte aufzugeben.

Was kann Religion noch leisten?

Es ist keine Neuheit, dass Menschen sich stärker von Religion abwenden und sich zunehmend säkular orientieren. Bei der »Jugendtrendstudie« 2025 der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid) verneinen fast 60 Prozent der 14- bis 29-Jährigen, dass sie an einen persönlichen Gott glauben.

Viele westliche Staaten werden säkular regiert, das Extrem ist Frankreich. Der Staat ist ganz und gar laizistisch – die strikte Trennung von Staat und Religion. Die Idee: Der Staat verhält sich gegenüber Religionen neutral und garantiert somit Religionsfreiheit und Pluralismus im Privaten. Öffentlich blendet er Religion aus. In Frankreich wurde etwa das Tragen religiöser Symbole (Kopftuch, Kreuz oder Kippa) in Schulen und Behörden stark eingeschränkt. Laizität soll der Gleichheit aller Bürger dienen. Faktisch führt sie in Frankreich jedoch zur Bildung ebenjener Parallelgesellschaften, die Religion zu etwas Schädlichem werden lassen können. Der Rückzug der Religion ins Private führt zu einer Fragmentierung, einer wachsenden Abschottung einzelner Gemeinschaften.

Diese Strukturen sind eine Gefahr für Jüdinnen und Juden. Sie lassen zu, dass antisemitische Übergriffe in Frankreich aus dem islamistischen Milieu immer weiter steigen. Radikalisiert werden v. a. junge Männer – in Hinterhof-Moscheen radikaler Prediger, die für den Staat unsichtbar und jeder Regulierung entzogen bleiben. So untergräbt die Laizität genau die gesellschaftliche Pluralität, zu deren Erhalt sie eingeführt wurde.

Die jüdische Gemeinschaft am Rand der Gesellschaft

Als jüdische Gemeinschaft ist es unser Anspruch, selbstverständlich Teil der Gesellschaft zu sein – wir wollen in ihrer Mitte verankert sein. Wir träumen davon, irgendwann keinen Polizeischutz mehr vor Synagogen oder Veranstaltungen nötig zu haben. Das Gegenteil ist der Fall: Der Schutz wird immer dringlicher. Antisemiten versuchen mit allen Mitteln, Juden an den Rand der Gesellschaft zu drängen – und unsere Religion aus dem öffentlichen Raum heraus. Es gibt Städte in Deutschland, in denen man sich nicht mehr angstfrei als Jude zu erkennen geben kann.

Die Übergriffe werden dabei immer abenteuerlicher. So warfen die Betreiber des Cafés »K-Fetisch« erst vor Kurzem zwei Gäste hinaus. Der Grund: Einer von ihnen trug ein T-Shirt mit hebräischen Schriftzeichen. Sie würden »keine Zionisten bedienen« und Hebräisch sei »die Sprache der Unterdrücker«. Diese Entwicklung darf nicht stillschweigend hingenommen werden.

Abraham Joshua Heschel wäre lieber nach Auschwitz gegangen, als seine Religion zu verstecken oder gar aufzugeben. Er hätte sich heute dafür stark gemacht, dass die jüdische Religion und alles, was mit ihr verbunden ist, im öffentlichen Raum sichtbar und hörbar präsent sein können – und zwar selbstbewusst. Religion gehört in den öffentlichen Raum, muss auf der Straße, in Parks und auf Plätzen gelebt werden dürfen. Religion – jede Religion, die mit unserem Grundgesetz vereinbar ist – muss uns Sinn und Halt geben dürfen und sollte uns nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Christentum, Islam, Judentum. Das fruchtbare Zusammenspiel der Religionen kann, wenn es nicht ins Private oder an den Rand gedrängt wird, die Grundpfeiler unserer Gesellschaft stärken. In einer Gesellschaft, in der die eigene Religion versteckt werden muss, will ich jedenfalls nicht leben.

Wenn sich Religionsgemeinschaften abschotten und Parallelgesellschaften bilden, dann verlieren sie ihren Bezug zur Gesamtgesellschaft

Josef Schuster ist seit 2014 Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland sowie Vize-Präsident des European Jewish Congress und des World Jewish Congress

THESE 10: Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie

Der Verein als Resonanzraum unserer wehrhaften Demokratie

MICHAELA RÖHRBEIN

Zwei Vereine in einer Kleinstadt an einem Donnerstagabend, die Engagierten besprechen aktuelle Tagesordnungspunkte, wählen einen neuen Vorsitz. Der eine Verein öffnet seine Türen weit, neue Gesichter sind willkommen, Entscheidungen werden diskutiert und gemeinsam getragen. Der andere Verein? Hält die Fenster geschlossen, man bleibt unter sich, neue Mitglieder bestärken die eigenen Ansichten, Kritik gilt als Illoyalität und zum Vorsitz wird diejenige Person gewählt, die ohnehin das Sagen hat. In beiden Vereinen bringen sich Menschen ein und wollen ihre Gemeinschaft gestalten. Die einen tun dies im Licht unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die anderen sind die »dark side of civil society«. Und weil die Realität selten so klar ausgeleuchtet ist wie in diesen Beispielen, sondern sich gerade heute oft in Graubereichen zeigt, sollten wir sehr aufmerksam sein.

Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie? Nicht automatisch. Es braucht ein unverhandelbares Ja zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu Schutz und Achtung von Grund- und Menschenrechten. Das hat auch die Bundesregierung deutlich gemacht, als sie bürgerschaftliches Engagement jüngst als den freiwilligen, unentgeltlichen und am Gemeinwohl orientierten Einsatz auf Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bezeichnete. Auf dieser Basis – und damit auf der Basis der Werte, auf denen sie ruht – zu handeln, ist weder Formsache noch ein nice to have. Unsere gelebte Demokratie wird auch daran entschieden, wie wir im Verein der Schulmensa-Eltern, dem Verein der pflegenden Angehörigen oder dem Förderverein der Fußballjugend mit diskriminierendem, menschenfeindlichem Verhalten oder mit demokratiezersetzenden Meinungen umgehen.

Ehrenamtliches Engagement – ob im Sport, im Natur- oder Umweltschutz oder in Kultur und Brauchtum – besitzt einen hohen gesellschaftlichen Eigenwert. Demokratiestärkend wird es dort, wo in unseren Vereinen jene Werte gelebt werden, die das Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bilden. Diese Werte geraten heute zunehmend unter Druck, politisch-spalterische Strömungen gewinnen an Raum. Aus diesem Grund kommt dem organisierten Sport in Deutschland nicht nur eine besondere Bedeutung, sondern auch eine besondere Verantwortung zu. Denn mit fast 30 Millionen Mitgliedschaften in über 86.000 Sportvereinen ist er nicht nur unsere größte Bürgerbewegung. Er ist auch ein sozialer Seismograf und Resonanzraum, in dem sich Weltbilder begegnen. Wenn im Fußballtraining der B-Jugend Gymnasiasten und Hauptschüler als ein Team zusammenkommen oder die Tischtennisgruppe des Dorfvereins Geflüchtete aufnimmt, entsteht in der geteilten Freude an der Bewegung ein Lernort, der Menschen befähigen kann, in Gemeinschaft, Fairness und Verantwortung füreinander demokratische Grundhaltungen zu leben. Dieser Ort ist auf Menschen, die für ihn eintreten, zwingend angewiesen.

Demokratie im Sportverein und in allen Formen bürgerlichen Engagements basiert auf institutioneller Struktur, heißt: durch eine Vereinssatzung, die demokratische Entscheidungsprozesse exakt ausbuchstabiert. Doch Papier ist geduldig. Jede Vereinssatzung birgt dasselbe Paradoxon wie unsere freiheitlich demokratische Grundordnung: Sie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Demokratie und Rechtsstaat sind auf bestimmte Wertehaltungen bei ihren Bürgerinnen und Bürgern angewiesen, und damit komme ich zurück zum Sport und den Werten, die ihm zu eigen sind: Respekt und Offenheit, Solidarität, Fairness und Regelgebundenheit. Wer sich im Sport engagiert, ob als Übungsleitende, als Trainer oder ehrenamtliche Vorsitzende, teilt diese Werte in der Regel nicht nur, sondern macht sie mit seinem Engagement in und für die Gemeinschaft lebendig.

Für diese Werte einzustehen und sich einzumischen, wenn sie in Gefahr sind, das verlangt heute mehr denn je Haltung und Mut. Mut, Diskriminierung klar zu benennen, Vielfalt sichtbar zu stärken und so Räume echter Beteiligung zu schaffen. Diesen Mut unterstützen die Dachverbände des Sports durch gute Satzungen, Praxismaterial für und Beratung von Vereinen. Doch das genügt nicht. Wir müssen das Ehrenamt auch endlich von der bürokratischen und zeitlichen Belastung befreien, die es vielen zu schwer macht, sich, nicht nur im Sport, sondern in allen Bereichen unserer Gesellschaft einzubringen. Sonst laufen wir nicht nur Gefahr, dass vor allem kleine, zusehends überalterte Vereine, die auf ehrenamtliches Engagement essenziell angewiesen sind, nicht überleben.

Eine wehrhafte Demokratie entsteht dort, wo engagierte Bürgerinnen und Bürger ihre gemeinsamen Räume offen, respektvoll und in echter Teilhabe gestalten. Spätestens hier ist ausdrücklich auch die Politik in der Pflicht. Es liegt auch an ihr und den Rahmenbedingungen, die sie setzt, an der Autonomie, die sie garantiert und der Wertschätzung, die sie zeigt, damit unsere Vereine, ob im Sport, in der Kultur, im Engagement für den Klimaschutz, für ein Hobby, für Migrantinnen und Migranten, für queere Menschen, für Frauen oder Menschen mit Behinderung, Orte gelebter, wehrhafter Demokratie bleiben. Denn wir sollten nie vergessen, dass genau hier – in der Turnhalle beim Rollstuhlsport, auf dem Herbstfest des AK Asyl, im Begegnungsraum des Naturschutzvereins oder bei den wöchentlichen Treffen des Repaircafés – sich Tag für Tag und überall in Deutschland ein unerschrockenes, beharrliches Team Deutschland unserer Zivilgesellschaft für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung engagiert.

Michaela Röhrbein ist Vorständin Sportentwicklung beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB)

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2025 | JASMIN VALCARSEL

Die Organisation versteht sich als Grassroots-Organisation mit postmigrantischer Tradition

Warum ein starker Staat Mitwirkung braucht

KAI NIEBERT

An einem Samstagmorgen, irgendwo zwischen Streuobstwiese und Amphibienzaun, stehen zehn Menschen in Gummistiefeln. Sie tragen keinen Anzug, sondern wetterfeste Jacken und gute Laune. Neben ihnen quakt ein Frosch, über ihnen rauscht die Straße. Wer das beobachtet, sieht den Staat bei der Arbeit – nur eben nicht im Amtszimmer, sondern im Moor.

Denn eine Gesellschaft, in der Menschen Verantwortung übernehmen, hält besser zusammen als eine, die nur auf Verwaltung vertraut

Cicero hätte diesen Anblick gemocht. Für ihn war die res publica – die öffentliche Sache – wörtlich die Sache des Volkes. Ein Staat, so schrieb er, ist keine Ansammlung von Gesetzen oder Gebäuden, sondern eine Gemeinschaft von Menschen, die durch gemeinsame Verantwortung verbunden sind. Oder in heutiger Sprache: Ein Staat funktioniert nur, wenn seine Bürgerinnen und Bürger mitmachen. Nicht der Staat sorgt für unser Gemeinwohl – wir sind das Gemeinwohl.

Diese Idee ist in Deutschland quicklebendig. Fast 40 Prozent der Bevölkerung, rund 28,8 Millionen Menschen, engagieren sich freiwillig. Sie trainieren Jugendmannschaften, organisieren Tafel-Ausgaben oder pflegen Streuobstwiesen. Dieses Engagement ist keine Kür – es ist die eigentliche Infrastruktur der Demokratie. Denn eine Gesellschaft, in der Menschen Verantwortung übernehmen, hält besser zusammen als eine, die nur auf Verwaltung vertraut.

Studien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigen: Wo Menschen sich engagieren, wächst das Vertrauen – in andere, in Institutionen, in die eigene Wirksamkeit. Vereine und Initiativen sind Kitt zwischen Milieus, Religionen und Generationen. Sie überbrücken, was politische Lager trennt. Oder, etwas handfester: Bevor Gesetze zusammenhalten, tun es Chöre, Feuerwehren und Naturschutzgruppen.

Besonders sichtbar wird das im Naturschutz. Hier zeigt sich, wie sehr Staat und Zivilgesellschaft einander brauchen. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) zählt rund 85.000 Ehrenamtliche, die zusammen etwa drei Millionen Stunden pro Jahr leisten. Beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sind es über 30.000 Engagierte – ebenfalls rund drei Millionen Stunden. Der Deutsche Alpenverein bringt mit seinen 34.700 Freiwilligen etwa 2,5 Millionen Stunden im Jahr auf – eine Leistung, die der Verband auf rund 36,9 Millionen Euro Wertschöpfung beziffert. Der Deutsche Wanderverband lässt durch 20.000 Wegezeichnerinnen und -zeichner rund 200.000 Kilometer Wege instand halten, was über 350.000 Stunden Ehrenamt bedeutet. Und der Landesbund für Vogelschutz in Bayern berichtet regelmäßig von mehr als zwei Millionen Stunden bürgerlicher Naturpflege.

Diese Zahlen sind nicht nur beeindruckend – sie sind systemrelevant. Ohne dieses Engagement könnte Deutschland seine internationalen Verpflichtungen im Natur- und Artenschutz kaum erfüllen. Die EU-Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinien leben von Daten, die Bürgerinnen und Bürger sammeln. Projekte wie ornitho.de oder die »Stunde der Gartenvögel« liefern Millionen Beobachtungen, die keine Behörde je erfassen könnte. Würde man für diese Arbeit Beamtinnen und Beamte bezahlen, wäre der Bundeshaushalt schneller leer, als ein Frosch springen kann.

Das Ehrenamt ersetzt den Staat nicht – es komplementiert ihn. Es schafft Nähe, wo Verwaltung Distanz braucht. Es bringt Wissen, wo Behörden auf Daten warten. Und es hält die Gesellschaft beweglich, wenn Gesetze noch verhandelt werden. Deshalb sollte Politik bürgerschaftliches Engagement nicht nur würdigen, sondern aktiv ermöglichen.

Doch Engagement braucht auch Schutz: In den vergangenen Monaten hat die politische Auseinandersetzung eine neue Schärfe bekommen: Anfragen einzelner Bundestagsfraktionen zum Beispiel zur »politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen« setzen zivilgesellschaftliche Gruppen pauschal unter Generalverdacht – ein Vorgehen, das breite Kritik auslöste, weil es weniger Aufklärung als Einschüchterung beförderte. Dies wird zunehmend verstärkt von rechtspopulistischen Medien. Wer so Vertrauen systematisch in Misstrauen übersetzt, will nicht kontrollieren, sondern delegitimieren – und trifft Millionen Ehrenamtliche, die unsere Demokratie täglich tragen.

Der Staat ist keine ferne Macht, er ist die Summe seiner Bürgerinnen und Bürger. Wer mitmacht, gehört dazu – und hält das Land zusammen

In einer Zeit, in der zivilgesellschaftliche Organisationen beschimpft werden, ihre Legitimität in Frage gestellt und ihre Finanzierung politisch instrumentalisiert wird, müssen wir festhalten: Wer die Zivilgesellschaft angreift, greift die Demokratie selbst an. Denn sie ist ihr Rückgrat – der Ort, an dem Meinungsverschiedenheiten ausgetragen, Kompromisse geübt und Gemeinsinn gelernt werden. Wenn das Klima für Engagierte vergiftet wird, verliert der Staat nicht nur Helfer, sondern auch Halt.

Cicero wusste, dass Gemeinwesen nur so stark sind wie das Verantwortungsgefühl ihrer Bürger. Zwei Jahrtausende später gilt das immer noch. Der Staat ist keine ferne Macht, er ist die Summe seiner Bürgerinnen und Bürger. Wer mitmacht, gehört dazu – und hält das Land zusammen.

Kai Niebert ist Präsident des Deutschen Naturschutzring e. V.

THESE 12: Sprache ist mehr als ein Kommunikationsmittel

Unsere Sprache ist ein gemeinsames Band

HASNAIN KAZIM

Du bist, wie du sprichst. Deine Sprache ist Kleidung. Worte machen Leute. Du kannst elegant klingen, gebildet, arrogant, fröhlich, aber auch ahnungslos, bodenständig, frech. Aus deinen Worten mag Wut sprechen oder Liebe, Mitgefühl oder Ablehnung. Und wie bei Kleidung kann Sprache verraten, ob sie dir passt, ob du dich verkleidest oder gerade versuchst, jemand anderes zu sein, als du tatsächlich bist. Ob du in dieser Sprache zu Hause bist oder nicht. Ob du dich wohl fühlst in ihr oder nicht.

Sprache ist viel mehr als Kommunikationsmittel. Sie ist Brücke zwischen Menschen, Spiegel des Sprechenden, ein Instrument, das Zugang zu Gesellschaft und Kultur ermöglicht, ein Weg der Teilhabe. Sie ist ein Ort, an dem Erinnerungen leben. Man kann in ihr Heimat finden, Identität, sich in ihr wohlfühlen und bewegen wie in einer vertrauten Landschaft, in der man blind Wege findet. Oder sich auch fremd fühlen und unverstanden, wie in einer unbekannten Welt.

Ich erinnere mich, wie es mir als Kind peinlich war, wenn meine Eltern in unserem norddeutschen Dorf mit mir vor meinen Freunden Urdu sprachen. Dabei störte das meine Freunde kein bisschen, im Gegenteil, sie fanden diese für sie völlig unverständlichen Laute spannend. Ich aber wollte nicht anders sein als meine Freunde, wollte sein wie sie, wollte ihre Sprache sprechen. Und als eine Kindergartenfreundin meine Mutter fragte, warum ich »so komisch Deutsch« spreche, begriff meine Mutter, dass auch sie die Sprache lernen und mit uns Kindern sprechen müsse, damit wir sie vernünftig beherrschen.

Heute ist mir Urdu keineswegs unangenehm, ich halte Mehrsprachigkeit für einen Gewinn, weil jede Sprache einem neue Räume eröffnet. Wer das Glück hat, mit zwei oder mehr Sprachen aufzuwachsen, sollte das pflegen. Mehrsprachigkeit ist kein Problem, sondern kultureller Reichtum. Menschen, die mehrere Sprachen sprechen, können Brücken bauen. Und doch: Deutsch ist hier unsere gemeinsame Sprache, daher sollte man das wirklich gut können. Es ist daher richtig, darüber nachzudenken, wie man Menschen, die neu nach Deutschland kommen, möglichst schnell auf ein hohes Sprachniveau bringt.

Sprache ist ein Instrument, das Zugang zu Gesellschaft und Kultur ermöglicht, ein Weg der Teilhabe

Kinder lernen besonders schnell, und doch sollte man sich überlegen, wie es am besten ist: gesonderte Klassen für die Kinder der Zugewanderten, bis sie so gute Deutschkenntnisse haben, dass sie dem Unterricht mit den einheimischen Kindern folgen können? Oder gemeinsamer Unterricht von Anfang an?

Vermutlich hängt es von der Situation ab: Wenn nur wenige Kinder in der Klasse sind, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, lernen sie vermutlich in der Klasse zusammen mit Deutsch sprechenden Kindern am besten. Sind jedoch viele Kinder der deutschen Sprache nicht mächtig, ergibt vielleicht eine Förderklasse Sinn. Ziel sollte immer sein, das Sprachniveau so schnell wie möglich anzuheben und damit eben auch so rasch wie möglich einen gemeinsamen Unterricht zu ermöglichen.

Kürzlich traf ich einen 24-jährigen Mann aus Syrien. Er sprach fließend Deutsch, ich ging davon aus, dass er in Deutschland geboren und aufgewachsen ist. Er erzählte mir, er sei 2018 nach Deutschland gekommen, damals noch ein Teenager, nach einem Jahr Flucht zu Fuß, durch die Türkei, über die Ägäis nach Griechenland, dann zu Fuß und mit dem Auto weiter nach Deutschland. Ich war beeindruckt von seinem Deutsch, denn man hörte ihm wirklich überhaupt nicht an, dass er diese Sprache erst in den zurückliegenden Jahren gelernt hat.

»Um zurechtzukommen, reicht es, wenn man sich verständigen kann. Aber wenn man wirklich dazugehören will, muss man die Sprache gut können«, sagte er. Ich bin davon überzeugt, dass das richtig ist. Das gilt natürlich überall in der Welt: Wer dazugehören möchte, muss die jeweilige Sprache beherrschen. Dabei muss man sich davor hüten, Sprache als reinen Integrationsindikator zu betrachten, nach dem Motto: »Wenn jemand sich anstrengt, Deutsch zu lernen, beweist er, dass er sich integriert.« Zur kulturellen Integration gehört mehr als nur das. Ein Mensch kann perfekt Deutsch sprechen und dennoch kein Teil unserer Gesellschaft sein. Ein anderer kann ringen, stottern, suchen – und trotzdem längst dazugehören.

Aber wie gesagt: Sprache ist wie Kleidung, und daher rate ich jungen Migranten, denen ich an Schulen begegne, dass es zum Beispiel einen Unterschied macht, ob man »ich, mich, dich« sagt – oder »isch, misch, disch«. Eigentlich traurig, aber so ist es nun einmal: Man wird ob seiner Wortwahl und seiner Aussprache in Schubladen gesteckt. Daher: Achte nicht nur darauf, was du sagst, sondern auch wie.

Und dann wieder sind es gerade die Unterschiede, die Sprache so spannend machen: Dialekte, Ausdrucksweisen, ein bestimmter Singsang. Ein Satz, ein Wort, ein kaum übersetzbarer Ausdruck auf Plattdeutsch – und ich fühle mich zurückversetzt in meine norddeutsche Kindheit. Plattdeutsch, also das Niederdeutsche, gilt übrigens sprachtypologisch als eigenständige Sprache und nicht als Dialekt. Wenn ich hingegen im Bayerischen Wald unterwegs bin, brauche ich gelegentlich einen Dolmetscher …

Im bayerischen Markt Donaustauf besuchte ich einmal die Walhalla, jene Gedenkstätte, die König Ludwig I. von Bayern in Auftrag gab, um einen Ehrentempel für »rühmlich ausgezeichnete Teutsche« und für bedeutende Persönlichkeiten »teutscher Zunge« zu schaffen. Es ist eine Ausstellung marmorner Büsten von als »deutsche Helden« verehrten Personen. König Ludwig I. formulierte die Kriterien so: »Kein Stand nicht, auch das weibliche Geschlecht nicht, ist ausgeschlossen.« Aber »teutscher Zunge zu seyn, wird erfordert, um Walhallas Genosse werden zu können«, denn die Sprache sei »das große Band, das verbindet, wäre jedes andere gleich zernichtet; in der Sprache währt geistiger Zusammenhang«.

Die »teutsche Zunge« als verbindendes Band, unsere Sprache als gemeinsame Basis für kulturelle Integration – was ab der Einweihung der Ruhmeshalle 1842 Ausdruck fand, gilt heute noch.

Hasnain Kazim lebt als Autor und Schriftsteller in Wien und schreibt unter anderem für ZEIT ONLINE, DIE ZEIT, taz, Süddeutsche Zeitung und den Deutschlandfunk

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2025 | FRANK LÖHMER

Der Karnevalsumzug zeigt den kulturellen Reichtum Berlins, die Vielfalt künstlerischer Ausdrucksweisen und den kreativen Umgang mit unterschiedlichen politischen und gesellschaftlich Themen

THESE 14: »Erwerbsarbeit ist wichtig für Teilhabe, Identifikation und sozialen Zusammenhalt«

Lohnarbeit ist Treiber für Integration und Teilhabe

STEFAN KÖRZELL

Erwerbsarbeit ist ein Schlüssel für Teilhabe und Identifikation, und beides ist die Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt. Als Gewerkschaften wissen wir sehr genau, welche Rolle die Erwerbsarbeit für den Zusammenhalt einer Gesellschaft spielt. Sie kann zu Anerkennung, finanzieller und sozialer Sicherheit, kultureller und politischer Teilhabe führen. Sie kann aber auch Ausschluss, Marginalisierung und Abhängigkeit befördern. Nur »Gute Arbeit«, also eine tarifvertraglich geregelte Arbeit, kann zum eingangs genannten Schlüssel werden. Aber gute Erwerbsarbeit kann noch viel mehr.

In Zeiten massiver gesellschaftlicher Konflikte und einer scheinbar immer polarisierteren Gesellschaft ist es wichtig, Orte der Begegnung, des Zusammenhalts und des Austausches zu ermöglichen. Dabei gerät oft der Ort aus dem Blick, der für die meisten Menschen einen großen Teil des Tages und auch ihres Lebens bestimmt: der Betrieb, das Büro, die Dienststelle. Hier begegnen sich alltäglich Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen kulturellen und politischen Vorlieben, die jedoch über die Lohnarbeit zur Zusammenarbeit verpflichtet und in ihrem ureigensten Interesse auch auf Zusammenarbeit angewiesen sind. Lohnarbeit bietet den Beschäftigten die Möglichkeit, gemeinsame Interessen über alle sonstigen Unterschiede hinweg zu erkennen, daraus gemeinsame Schlussfolgerungen zu ziehen und Ansprüche zu formulieren. Das ist der Grundgedanke gewerkschaftlicher Organisation: Gemeinsam können wir mehr erreichen!

Die Geschichte gewerkschaftlicher Kämpfe für »Gute Arbeit« zeigt immer wieder, dass kollegiale Solidarität für Integration und Miteinander sorgt und dort Brücken baut, wo es gesellschaftlich und politisch oft Hindernisse gibt. Die aktuelle Migrationsdebatte ist ein Beispiel dafür, aber auch die Geschichte der Arbeitsmigration nach Deutschland.

Vor wenigen Wochen beging der DGB den 70. Jahrestag des ersten Anwerbeabkommens der Bundesrepublik Deutschland mit Italien im Jahr 1955. Schwerpunkt der Veranstaltung war der Weg vieler »Gastarbeiter« in die DGB-Gewerkschaften. Mit Lorenzo Annese und Giovanni Pollice wurden zwei Kollegen mit der Hans-Böckler-Medaille ausgezeichnet, die sinnbildlich für Integration, Teilhabe und Zusammenhalt stehen.

Lorenzo wurde bereits 1965 der erste ausländische Betriebsrat in Deutschland, und zwar bei VW in Wolfsburg. Sein gewerkschaftliches Engagement hat vielen ausländischen Kollegen und Kolleginnen den Weg in die Gewerkschaften geebnet. Heute ist Daniela Cavallo, die Tochter eines italienischen Gastarbeiters der ersten Stunde, Gesamtbetriebsratsvorsitzende von VW und damit die erste Vertreterin für 660.000 Beschäftigte.

Giovanni kam 1966, mit zwölf Jahren, nach Deutschland. Schnell fand er über die Lohnarbeit den Weg in die Gewerkschaften und war zwölf Jahre lang der Vorsitzender des »Kumpelvereins – Die Gelbe Hand«. Er hat den Verein zu einem schlagkräftigen Akteur gewerkschaftlicher Antirassismuspolitik gemacht und damit unendlich viel zum Zusammenhalt in Betrieb und Gesellschaft beigetragen.

Beide, Giovanni und Lorenzo, sind gute Beispiel dafür, wie Lohnarbeit zum Treiber für Integration und Teilhabe werden kann, vor allem dann, wenn sie mit einem gewerkschaftlichen Engagement zusammenfällt, das immer auf kollektive Verbesserungen zielt und damit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet.

Was in der Vergangenheit funktioniert hat, funktioniert auch heute. Trotz aller Aufregungen und politisch teils verhetzter Debatten zeigt ein nüchterner Blick: Integration, Teilhabe und sozialer Zusammenhalt können auch in der modernen Migrationsgesellschaft gelingen – und auch heute ist Lohnarbeit ein Schlüssel.

Vor wenigen Monaten wurde berichtet, dass die Beschäftigungsquote derer, die im Zug der großen Migrationsbewegung 2015 nach Deutschland kamen, inzwischen dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung entspricht. Das trifft leider nicht auf alle zu, denn bei den Frauen gibt es hier noch deutlich Nachholbedarf. Aber die Richtung stimmt. Lange wurde über die niedrige Erwerbsquote von Ukrainerinnen und Ukrainern gesprochen, jetzt melden die zuständigen Institute, dass es nach dem erfolgreichen Spracherwerb von immer mehr Menschen aus der Ukraine einen sprunghaften Anstieg der Beschäftigung gibt. Auch hier stimmt die Richtung.

Als Gewerkschaften organisieren wir Menschen unabhängig von Herkunft, Kultur, Religion und Weltanschauung mit dem Ziel, gemeinsam die Bedingungen des eigenen Lebens zu verbessern. »Stark mit uns« ist ein Motto des DGB, das den Dreiklang aus Integration, Teilhabe und sozialem Zusammenhalt aufnimmt und auf die Stärke von Solidarität und gemeinsamen Interessen setzt. Dort, wo über Lohnarbeit Integration und Teilhabe errungen wird, finden sich auch die Ansatzpunkte für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der alle einschließt, nicht exklusiv und einer sozial fundierten Demokratie angemessen ist.

Stefan Körzell ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

THESE 13: Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nie abgeschlossen

Für eine gegenwartsorientierte Erinnerungskultur

JENS-CHRISTIAN WAGNER

Für jede Gesellschaftsordnung ist der Blick auf die Geschichte konstitutiv, identitätsstiftend und Gegenstand politischer Debatten. Traditionell geschieht das vor allem im affirmativen Sinne: Überall auf der Welt erinnern Heldenstatuen auf öffentlichen Plätzen an Generäle, Staatsoberhäupter oder auch bekannte Musiker oder Dichter (meistens handelt es sich um Männer). Der Blick auf tatsächliche oder vermeintliche historische Heldentaten suggeriert Größe und Bedeutung auch in der Gegenwart, zudem soll er aktuelle Politik legitimieren und eine integrative und identitätsstiftende Wirkung auf die Bevölkerung haben.

Doch neben dem affirmativen Blick gibt es auch die kritische, reflexive Präsentation von Geschichte. Sie mündet in der Forderung, dass aus oder anhand der Geschichte zu lernen sei, und das heißt vor allem: aus Fehlern in der Geschichte. Das betrifft vor allem postdiktatorische Länder, die auf eine von Regime- und Gesellschaftsverbrechen geprägte Geschichte mit massiven Menschenrechtsverletzungen zurückblicken. Für Deutschland ist – neben der Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht und dem Kolonialismus – der Blick auf die nationalsozialistischen Verbrechen konstitutiv für die demokratische Selbstverständigung.

Die kritische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und dem SED-Unrecht lenkt den Blick auf Gesellschaftsordnungen und politische Systeme, in denen man nicht leben möchte. Das vergangene Unrecht ist gewissermaßen eine Art Negativfolie für demokratische Aushandlungsprozesse über das Zusammenleben in einem demokratischen Rechtsstaat. Eine wichtige Rolle nehmen in der Erinnerungskultur daher die rund 400 Gedenkstätten ein, die in Deutschland an die Opfer der NS-Verbrechen und das SED-Unrecht erinnern und zur kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte einladen. Moderne Gedenkstätten verstehen sich dabei als diskursive Orte des Austauschs, der Begegnung und des gemeinsamen Nachdenkens. Nicht um Überwältigung geht es hier oder darum, vorgegebene Narrative und Lehren zu konsumieren, sondern es ist Aufgabe der Gedenkstätten, das Geschichtsbewusstsein der Besucherinnen und Besucher und ihre historische Urteilskraft zu stärken.

Das gefällt nicht allen. Der kritische Blick auf die NS-Vergangenheit musste nach 1945 von den Opfern und der Zivilgesellschaft hart erkämpft werden, und seit einigen Jahren verstärkt sich der Unwille eines größer werdenden Teils der Bevölkerung gegenüber der seit den 1990er Jahren so genannten Erinnerungskultur. Angriffe auf die Gedenkstättenarbeit nehmen zu, insbesondere von rechts außen. Aus der AfD und ihrem Umfeld wird die Erinnerungskultur als »Schuldkult« diskreditiert; notorisch verbreitet die Partei Positionen, die den Holocaust verharmlosen und Geschichtsrevisionismus verbreiten. Dahinter steht das Ziel, extrem rechtes Denken und Handeln von der Last der NS-Verbrechen zu befreien. Das geschieht, indem die NS-Verbrechen kleingeredet oder gegen angebliche alliierte Verbrechen aufgerechnet werden, oder indem man – gegen jede historische Evidenz – behauptet, die Nazis seien links gewesen, eine klassische Schuldumkehr. Zugleich nehmen von allen Seiten Versuche zu, die Geschichte für aktuelle politische Zwecke zu instrumentalisieren – man denke an Putins krude historische Rechtfertigungsversuche für den Überfall auf die Ukraine oder auch an historisch falsche Gleichsetzungen des Hamas-Massakers von 7. Oktober 2023 mit der Shoah durch proisraelische Aktivistinnen und Aktivisten wie auch ähnlich inadäquate Gleichsetzungen propalästinensischer Aktivistinnen und Aktivisten mit Blick auf das israelische Vorgehen in Gaza.

Dem müssen die Gedenkstätten, Bildungseinrichtungen und kulturellen Einrichtungen eine wissenschaftlich basierte, quellengestützte und aufgeklärte historisch-politische Bildung entgegensetzen und damit eine Erinnerungskultur stärken, die nicht nur um die Opfer trauert, sondern die danach fragt, warum sie zu Opfern wurden, wer sie zu Opfern machte und was Täter und Täterinnen antrieb. Vor allem aber geht es darum, nach der Funktionsweise der NS-Gesellschaft zu fragen, einer Gesellschaft, die radikal rassistisch und antisemitisch formiert war und auf Ideologien der Ungleichwertigkeit, Ordnungs-Diskursen, Verheißungen der Ungleichheit und Kriminalisierungsdiskursen gegenüber den Ausgegrenzten und Verfolgten basierte. Und schließlich muss – jenseits falscher historischer Analogien – danach gefragt werden, welche Wirkung solche Ideologien heute entfalten.

Eine solchermaßen erneuerte und gegenwartsorientierte Erinnerungskultur wird die Rechtsextremen und ihre menschenfeindlichen Ideologien wie auch die Instrumentalisierung der Geschichte nicht allein zurückdrängen können. Aber sie kann helfen, Geschichtsbewusstsein und historische Urteilskraft in der Gesellschaft zu stärken – und das Bewusstsein der Menschen dafür, welche Relevanz die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen für unsere demokratische Selbstverständigung und die Achtung von Demokratie und Menschenrechten hat. Es geht nicht um die Vererbung historischer Schuld, sondern darum, verantwortungsvoll mit der Geschichte der NS-Verbrechen umzugehen. Das Grundgesetz regelt nicht nur das Zusammenleben der Menschen in Deutschland, sondern war 1949 auch eine Antwort auf die NS-Verbrechen. Nicht umsonst heißt es in Artikel 1: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Die Würde des Menschen, nicht nur des Deutschen.

Jens-Christian Wagner ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und Professor für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

FOTO: KARNEVAL DER KULTUREN 2025 | JASMIN VALCARSEL

Sowohl das Fest als auch der Umzug sind für die Gesellschaft kostenlos zugänglich

Zur Aufgabe von Gedenkstätten und Museen

AXEL KLAUSMEIER

Zeitgeschichtliche Museen und Gedenkstätten sind Resonanzkörper gesellschaftlicher Entwicklungen und Diskussionen. Zugleich können sie Akzente in Debatten setzen und als Foren aktueller Diskurse dienen. Ein paar wenige Schlagworte mögen dies belegen, denn gesamtgesellschaftliche Debatten der jüngeren Vergangenheit etwa um den sogenannten »Historikerstreit« (1986/87), die »Wehrmachtsausstellung« (1995), Diskussionen um die DDR als »Unrechtsstaat« oder aber als »kommode Diktatur« haben immer auch mitunter erhitzte Diskussionen in diesen Einrichtungen nach sich gezogen. Zugleich machen populistische Diffamierungen wie im Zusammenhang mit dem Ausspruch zum »Denkmal der Schande« (Björn Höcke, 2017) deutlich, wie Erinnerungskultur, Geschichte oder auch historische Begriffe politisch instrumentalisiert werden, aber auch Debatten anstoßen und festgefahrene Interpretationsmuster unterhöhlen, hinterfragen und/oder auch erweitern.

Vor diesem Hintergrund behält das Diktum der nie endenden Auseinandersetzung mit der Geschichte eine ebenfalls niemals endende Aktualität, und die nicht zuletzt bereits durch Friedrich Nietzsche 1874 aufgeworfene Frage nach dem »Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben« bleibt bis heute relevant, auch wenn es in der Vermittlungsarbeit von Zeitgeschichtlichen Museen und Gedenkstätten vielmehr darum gehen muss, wie die demokratischen Werte, die unsere Verfasstheit charakterisieren, in Zeiten der immer aggressiver werdenden Bedrohung dieser Werte verteidigt werden können. Zu vermitteln und deutlich zu machen, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, ist eine ständige, immer neue Aufgabe, denn die gesellschaftlichen und lebensweltlichen Rahmenbedingungen verändern sich beständig.

Diversitätssensible Sammlungsarbeit ist unverzichtbar, um museale Sammlungen offen, dynamisch und gesellschaftlich relevant zu gestalten

Für den Bereich der Gedenkstätten und Museen hat sich daraus der ungeschriebene Anspruch entwickelt, dass Dauerausstellungen, die hier den Kern der historisch-politischen Vermittlungsarbeit darstellen, eine Laufzeit von zehn Jahren nicht wesentlich überschreiten sollten. Die Ausstellungen, die meist aufwändig und kostspielig wie auch auf dem jeweils neuesten Stand der Forschung eingerichtet worden sind, kommen nicht nur in Bezug auf Abnutzung und Technik in die Jahre. Sie riskieren auch, die Aktualität und den Bezug zur Gegenwart zu verlieren. Zu sehr verändern sich im Laufe der Zeit die Fragen und Themen einer sich verändernden Gesellschaft und der heranwachsenden »nächsten« Generation. Jede Generation stellt neue Fragen an die Geschichte und verändert damit die Sichtweisen auf die Auseinandersetzung mit Geschichte, ebenso wie auf die Aufarbeitung selbst. Zudem ist in der sich immer weiter globalisierenden Welt für viele Menschen in Deutschland die deutsche und europäische Geschichte nicht mehr zwingender Bestandteil der eigenen Familientradition bzw. des eigenen Erfahrungshorizonts. Somit ist es nur konsequent, dass migrantische Perspektiven und die Auseinandersetzung mit Kolonialismus und historischem wie vorherrschendem Rassismus Teil der gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und damit auch musealen Diskurse werden. Die Auseinandersetzung mit Geschichte, wenn man sie ebenso akribisch wie faktenbasierend und zugleich multiperspektivisch anlegt, wird also mit zunehmendem zeitlichem Abstand nicht einfacher und stromlinienförmiger, sondern durch angemessene Kontextualisierung vielmehr komplexer. Gelingt es in diesen Diskursen, ein Bewusstsein für eben diese Komplexität historischer Ereignisse zu schärfen und bestenfalls zur (Neu)Orientierung bzw. zur kritischen Bewertung des eigenen Standpunkts durch historische Erkenntnis und Kontextualisierung beizutragen, ist schon viel erreicht.

Dies alles hat Auswirkungen auf die Vermittlungsarbeit ebenso wie auf die jeweiligen Sammlungen, denn eine zentrale Herausforderung der Sammlungsarbeit besteht darin, den vielstimmigen Charakter der Erinnerung – etwa an die Berliner Mauer – angemessen zu erfassen und die Sammlungen beständig zu erweitern. Dabei gilt es, unterschiedliche Erinnerungsebenen – das individuelle Erleben und die großen historischen Zusammenhänge – in der Sammlung miteinander zu verbinden, ohne dass einzelne Perspektiven marginalisiert oder durch andere überlagert werden. Diese Erweiterung verlangt neue Ansätze etwa in Sammlungspraxis, Provenienzforschung, Kontextualisierung und Vermittlung. Diversitätssensible Sammlungsarbeit ist somit unverzichtbar, um museale Sammlungen offen, dynamisch und gesellschaftlich relevant zu gestalten. Dass diese Anpassungen nicht ohne entsprechende finanzielle staatliche Unterstützung passieren können, versteht sich von selbst.

Die Verantwortlichen in zeithistorischen Museen und Gedenkstätten dürfen sich niemals in der Sicherheit wähnen, sie seien mit der Erforschung und Vermittlung der historischen Ereignisse »fertig«. Das Gegenteil ist gerade in Zeiten von »KI« der Fall, denn die Verteidigung vermeintlich endgültiger Wahrheiten würde diese Einrichtungen letztlich inhaltlich wie als Foren der respektvollen Debatten überflüssig machen. Vielmehr müssen sie durch Offenheit und faktenbasierte Argumente zur Einsicht beitragen, dass sich vermeintlich einfache Antworten, die mit historischen Argumenten im populistischen Gewande daherkommen, aufgrund der historischen Komplexität grundsätzlich verbieten. Der Bezug auf die von Deutschland mehrfach ausgegangene Gewaltgeschichte kann deutlich machen, dass Freiheit, Demokratie und der Schutz der Menschenwürde nicht selbstverständlich sind und es eine ständige, immer neue Aufgabe ist, diese Werte zu verteidigen. Die stetige und wiederkehrende Auseinandersetzung mit der Frage, was man »aus der Geschichte lernen« kann, hängt unmittelbar damit zusammen, ob und wie unsere plurale Gesellschaft die Gegenwart »besser« als in der Vergangenheit gestaltet.

Axel Klausmeier ist Direktor und Vorstand der Stiftung Berliner Mauer

Das Urheberrecht ist gegen die KI nicht rechtlos

Gerichtsverfahren und Vereinbarungen halfen 2025, die Leistungen der Kreativen besser zu schützen

HELMUT HARTUNG

Generative Künstliche Intelligenz (KI) hat in diesem Jahr weiter an Bedeutung gewonnen. Eine aktuelle Studie des TÜV-Verbands zeigt, dass gut jeder Zweite (53 Prozent) bereits Erfahrungen mit generativer KI hat. Im April 2023, ein halbes Jahr nach der Einführung von ChatGPT, lag der Anteil erst bei 23 Prozent. Zu den Hauptanwendungsfällen gehören kreative Prozesse wie die Verwendung von KI-Software zu Unterhaltungszwecken oder die Erstellung und Bearbeitung von Bildern: Bereiche, die unmittelbar das Urheberrecht und die damit verbundene Vergütung der Urheber betreffen und auch bei der Weiterentwicklung der KI eine entscheidende Rolle spielen sollen. Das Jahr 2025 hat den Spielraum für Nutzung und Entwicklung der Künstlichen Intelligenz durch Initiativen, gesetzliche Regelungen und Gerichtsverfahren auf nationaler und EU-Ebene ein wenig beschränkt und gleichzeitig die Position der Urheber gestärkt. Die wichtigsten Beschlüsse und Entscheidungen dazu im Überblick:

Die Gesellschaft für Musikalische Aufführungsrechte (GEMA) hat am 21. Januar 2025 eine Klage gegen die KI-Anbieterin Suno Inc. beim Landgericht München eingereicht. Sie wirft dem Unternehmen vor, geschützte Aufnahmen weltbekannter Songs aus dem Repertoire der GEMA in dem Tool verarbeitet zu haben, ohne dafür eine Vergütung zu zahlen. Das KI-Tool erzeugte in zahlreichen Fällen Audioinhalte, die den Originalsongs wie »Forever Young«, »Atemlos«, »Daddy Cool«, »Mambo No. 5« oder »Cheri Cheri Lady« zum Verwechseln ähnlich sind.

Im Februar vereinbarten die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Bundesverband Schauspiel e. V. (BFFS) mit der Produktionsallianz Bedingungen zum Einsatz von generativer KI in Filmproduktionen. Die Tarifregelung betrifft den Einsatz generativer KI, die aus Trainingsdaten Muster erlernt und unter Einsatz von Algorithmen neue Inhalte erzeugt. Herkömmliche KI-Technologieanwendungen, die bislang etwa zur Nachbildung oder Veränderung der Stimme oder der Bildaufnahmen von Filmschaffenden beispielsweise in der Postproduktion eingesetzt wurden, fallen nicht darunter. Ebenfalls im Februar hat die europäische Kultur-, Kreativ- und Kulturbranche, darunter auch viele Dachverbände der Urheber und Künstler, einen Aufruf anlässlich des KI-Gipfels in Paris veröffentlicht, der dazu auffordert, eine Zukunft zu schaffen, die die Entwicklung der KI mit der Achtung des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in Einklang bringt.

Mehrere französische Autoren- und Verlegerverbände reichten im März Klage gegen Meta ein, weil das US-Unternehmen massenhaft urheberrechtlich geschützte Werke genutzt haben soll, um seine KI-Modelle zu trainieren. Die KI-Modelle des Unternehmens sollen mit Texten aus rund 200.000 Büchern gefüttert worden sein – darunter zahlreiche französische Werke. Im Mittelpunkt dabei steht die Datenbank Books3, die Meta bis 2023 genutzt haben soll. Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer haben am 12. März einen umfassenden Beschluss zur Künstlichen Intelligenz (KI) gefasst, der die Bundesregierung auffordert, die technologische Souveränität zu sichern, die KI-Standorte Europa und Deutschland zu stärken und die Urheberrechte zu schützen.

Im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD wurde im April auch die Regelung drängender Urheberrechtsfragen vereinbart. Zu den wichtigsten Punkten gehören der faire Ausgleich zwischen Urhebern, Nutzern und Wirtschaft sowie die Regelung der Nutzung in generativen KI-Systemen. Zudem sollen Streamingplattformen zu einer angemessenen Beteiligung der Künstler an den Erlösen verpflichtet werden. Ebenso sollen Urheber für die Nutzung ihrer Werke, die bei der Entwicklung generativer KI verwendet werden, angemessen vergütet werden.

Im Mai haben Kultur- und Kreativschaffende aus ganz Europa EU-Politiker im Rahmen einer Veranstaltung im EU-Parlament aufgefordert, bei der Integration von KI in den Kultur- und Kreativsektor die Grundsätze von Transparenz, Zustimmung und Urheberrecht aufrechtzuerhalten. Die Veranstaltung war Teil der »Stay True to the Act, Stay True to Culture«-Kampagne, einer Initiative der Kreativbranche, bei der am 21. Mai prominente Persönlichkeiten aus dem europäischen Kreativspektrum zusammenkamen, darunter ABBA-Mitbegründer und CISAC-Präsident Björn Ulvaeus. Kurz nach seinem Amtsantritt als Kulturstaatsminister hat Wolfram Weimer im Mai die Einführung eines »Plattform-Solis« gefordert. Die Konzerne machten »in Deutschland Milliardengeschäfte mit sehr hohen Margen und profitierten enorm von der medialen und kulturellen Leistung sowie der Infrastruktur unseres Landes – sie zahlen aber kaum Steuern, investieren zu wenig und geben der Gesellschaft viel zu wenig zurück«, so der Staatsminister.

Die Schauspielgewerkschaft BFFS konnte am 25. Juni mit Netflix zwei Vereinbarungen abschließen, die den Einsatz von KI für Synchron- sowie Filmschauspiel regeln. Erstmals wird damit in Deutschland ein verlässlicher Rechtsrahmen mit einem internationalen Streaminganbieter geschaffen, der das Zusammenwirken von schauspielerischer Kreativität und KI festlegt.

Am 2. August traten erstmals zentrale Bestimmungen des EU AI Acts in Kraft. Zeitgleich hat die EU-Kommission einen ergänzenden »Code of Practice« veröffentlicht – ein freiwilliger Leitfaden für Anbieter generativer KI-Modelle. Darin formuliert sind klare Erwartungen: mehr Transparenz, besserer Schutz geistigen Eigentums und technische Maßnahmen für mehr Sicherheit. Ziel ist es, die neuen Regeln der KI-Verordnung frühzeitig praktisch umzusetzen, insbesondere dort, wo gesetzliche Vorgaben bislang noch offen oder unkonkret sind. Etwa beim Umgang mit urheberrechtlich geschützten Inhalten im KI-Training. Neben der »natürlichen« Stimme ist auch die Synchronstimme durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht geschützt, eine Nachahmung durch KI folglich rechtswidrig, hat das Landgericht Berlin am 20. August entschieden. Geklagt hatte einer der bekanntesten Synchronsprecher Deutschlands. Er ist die »deutsche Stimme« mehrerer internationaler Schauspieler, unter anderem von Bruce Willis.

Eine Allianz aus NGOs, Verbänden und Organisationen der Medien- und Digitalwirtschaft reichte im September Beschwerde gegen Googles »AI Overviews« ein. Die förmliche Beschwerde geht an die Bundesnetzagentur in ihrer Rolle als Digital Services Coordinator (DSC). Nach Auffassung der Unterzeichner verletzt Google mit der Integration KI-generierter Antworten (sogenannter Google AI Overviews) in die Suche zentrale Vorgaben des Digital Services Act (DSA) – mit gravierenden Folgen für Medienvielfalt, Meinungsfreiheit, Urheberrecht und demokratischen Diskurs.

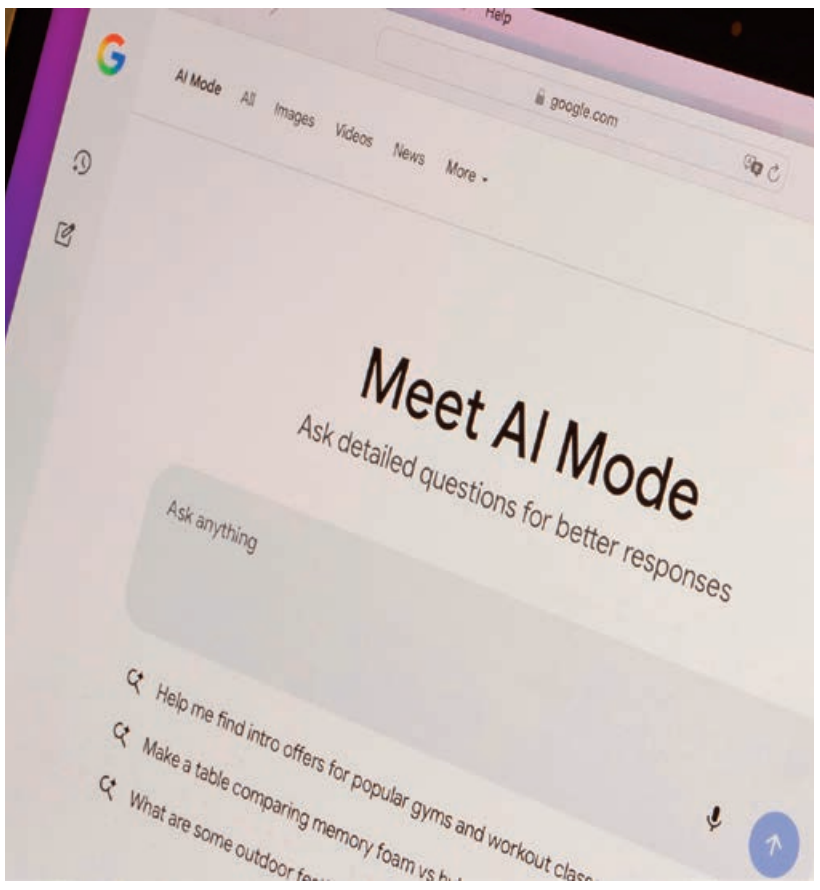


FOTO: ADOBE STOCK | TADA IMAGES

Seit Oktober 2025 ergänzt Googles »AI Mode« die Suche und zeigt KI-generierte Antworten ohne vorrangige Verlinkung zu den journalistischen Originalquellen

Im Oktober startete Google seine AI Mode-Software auch in Deutschland. AI Mode liefert KI-generierte Antworten ohne vorrangige Verlinkung zu den journalistischen Originalquellen. Dabei besteht die Gefahr, dass nicht nachvollziehbar ist, wie Inhalte ausgewählt, gewichtet oder verändert werden. Die Sichtbarkeit professioneller Medienangebote wird dadurch eingeschränkt, publizistische Verantwortung ausgehebelt – und aus Sicht von Medienverbänden das Tor zur Manipulation der öffentlichen Meinung gefährlich weit geöffnet. Die Bundesländer wollen in einem Digitale-Medien-Staatsvertrag auch die Interessen der Urheber bei der Weiterentwicklung der KI stärker berücksichtigen. Die Eckpunkte, die im Oktober beschlossen worden sind, sehen unter anderem einen gesetzlichen Vergütungsanspruch für die Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke beim Training und Einsatz durch generative KI vor.

In einem wegweisenden Prozess entschied Mitte November das Landgericht München, dass das KI-Unternehmen OpenAI durch seine Nutzung von urheberrechtlich geschützten Liedtexten das Urheberrecht verletzt. Geklagt hatte auch hier die deutsche Verwertungsgesellschaft GEMA. OpenAI hätte die Liedtexte nicht ohne Lizenzierung verwenden dürfen. Das Gericht gab daher den Unterlassungs-, Auskunfts- und Schadensersatz-Ansprüchen der GEMA statt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Weitere Artikel aus Politik & Kultur zum Thema KI finden Sie unter: tinyurl.com/4kcap6rf

Über das neue Hören

Audionutzung verlässt die Nische

ÇIĞDEM UZUNOĞLU

Ich bin viel unterwegs in diesen Tagen, der Herbst ist enorm »veranstaltungsintensiv«! Was mich dabei vielfach begleitet: Radio. Aber eigentlich muss ich sagen: Audio.

Womit wir beim Thema wären: Die (digitale) Audionutzung befindet sich gerade im Umbruch – das zeigt die jüngste ARD/ZDF-Medienstudie 2025 eindrücklich. Gleichzeitig verweisen Auszeichnungen wie unser Grimme Online Award (GOA) und der Deutsche Radiopreis (DR) darauf, wie Podcasts und Audioformate inhaltlich aufsteigen – vom Nischenmedium zum relevanten Bestandteil der Medienlandschaft.

Die ARD/ZDF Medienstudie 2025 liefert hierbei klare Befunde: Lineares Radio verliert demnach nur leicht und zeigt sich insgesamt recht stabil. Die Tagesreichweite sinkt nur minimal, ebenso die durchschnittliche Nutzungsdauer. Vermutlich hätte man es anders erwartet. Parallel dazu wächst Streaming-Audio, das meint insbesondere Podcasts. Bei den 14- bis 29-Jährigen hören sie bereits 48 Prozent regelmäßig. Gleichzeitig holen die älteren Generationen auf: Bei den 50- bis 69-Jährigen stieg der Anteil regelmäßiger Podcast-Hörerinnen und -Hörer auf 25 Prozent, bei den über 70-Jährigen auf 14 Prozent.

Audio wird also zunehmend »on demand« genutzt, individuell und situativ. Gehört wird nicht mehr nur aus reiner Gewohnheit – beim Zugfahren, im Auto oder zu Hause –, sondern viel gezielter, zu ausgesuchten Themen, Stimmen, Formaten. Und das: wann man will und wie man will.

Gerade für die großen Anbieter – im Bereich der Öffentlich-Rechtlichen – bedeutet das eine Herausforderung: Das Angebot muss nicht nur anders erreichbar sein (qua Mediatheken, Apps, Plattformen), – sondern auch anders attraktiv, weil es einer wachsenden Konkurrenz standhalten muss. Im Audiobereich ist eine eigene Medienlandschaft entstanden, mit neuen Playern und Konkurrenzen.

Ehemalige Printtitel wie der SPIEGEL oder die ZEIT sind hier plötzlich Mitbewerber oder auch unabhängige Anbieter wie beim Podcast »Die Lage der Nation«, die längst relevante Reichweiten erzielen.

Der letzte Bundestagswahlkampf markierte in dieser Hinsicht einen Wendepunkt. Er war, so scheint es, der erste seiner Art, der auch im Podcast stattfand. Formate wie »Apokalypse und Filterkaffee«, die bereits erwähnte »Lage der Nation« oder der ZEIT-Podcast »Alles gesagt?« öffneten ihre Mikrofone nicht nur für den amtierenden Kanzler, sondern ebenso für seine Konkurrenten. Damit verschob sich der Ort politischer Selbstinszenierung – weg vom Scheinwerferlicht der Studios, hinein in die intimen Klangräume des Langformats. In den stundenlangen Gesprächen durften die Kandidatinnen und Kandidaten mehr sein als Stichwortgeber in einem Schlagabtausch. Sie konnten argumentieren, ausholen, manchmal sogar nachdenklich werden. Der Podcast bot, was das Fernsehen selten zulässt – Zeit.

Aber auch beim Blick in unsere Wettbewerbe zeigt sich: Podcasts sind keine Randerscheinung mehr. Das lässt sich prominent festmachen am GOA 2020 für den NDR-Podcast »Coronavirus-Update« mit dem Virologen Christian Drosten, der Auszeichnung für die »Parlamentsrevue« in diesem Jahr oder auch an den vielen Auszeichnungen für die Podcasts beim Deutschen Radiopreis. Exemplarisch sei hier nur der WDR-Podcast »Sportschau F« erwähnt, ausgezeichnet in der Kategorie Bestes Interview in diesem Jahr.

Diese Entwicklungen verdeutlichen: Gute Podcasts sind mehr als einfaches Aufzeichnen eines Gesprächs oder nischige Selbstreflektion. Preiswürdige Formate verfügen über Recherche, Struktur, oftmals ein kreatives Sounddesign und teils prominente Hosts wie etwa Anne Will. Der Wandel der Audio-Nutzung ist dabei keine Revolution im klassischen Sinne, sondern eine Evolution im Rhythmus der gewachsenen digitalen Möglichkeiten und der veränderten Hörgewohnheiten. Für alle, die Audio produzieren oder begleiten – von Radiosendern über Podcast-Hosts bis hin zu Agenturen und Instituten – heißt das: Mitgestalten lohnt, Qualität macht den Unterschied.

Und: Audio hat Zukunft – aber sie wird anders aussehen als wir sie erwarten. Ich meine das auch gerade mit Blick auf künstliche Intelligenz. Die Entwicklung bleibt spannend und auch ein wenig unberechenbar. Dies und mehr werden wir beim 9. Radio-NetzwerkTag diskutieren, der Anfang Dezember in Frankfurt/Main stattfindet. Ich freu mich drauf!

Çiğdem Uzunoğlu ist Direktorin des Grimme-Instituts

Das Allerneueste

Wie mich einmal mein Enkel reizte, dank künstlicher Intelligenz die allerneuesten Nachrichten aus dem Internet zu sammeln

THEO GEIßLER

Ach, liebe Leserinnen und Leser, jahrzehntelang habe ich Sie mit allerlei Döntjes und Fantastereien aus den kalkigen Abgründen meiner Hirnlappen gelangweilt. Erst kürzlich lästerte mein Enkel, ich solle die vermutlich sehr wenigen Leser meines Gefasels nicht dauernd mit möchtegernbelehrendem, moralinsaurem elend verquastem Altdeutsch-Gewäsch abschrecken. »Nimm Dir ein Beispiel an den tollen aktuellen Nachrichten, die künstliche Intelligenz völlig kostenlos täglich ins Netz stellt. Du wirst Love-Storms auslösen.« Naja, diese »Informationen« sind bislang nur zusammengestoppeltes geistiges Raubgut milliardenschwerer Tech-Konzerne. Aber weil unsere Zeitschrift mittlerweile ja auch die entlegensten kulturstreifenden Inhalte thematisiert, nahm ich das Angebot meines munteren Enkels, aus den (un-)genannten KI-Quellen mal ein wirklich spannendes »Allerneuestes« (gegen Bezahlung einer Bahncard zweiter Klasse) zusammenzustellen, mitleidig und ein wenig beleidigt an. Es folgen also alterstypisch kurze, leicht verständliche hochaktuelle KI-Meldungen aus den Interessenfeldern meines Enkels. Bin auf Ihre Reaktion gespannt. Et respice finem …

Astronomie

Im Dezember 2026 steht Uranus in Opposition, ist fast die ganze Nacht sichtbar und lässt sich mit einem Fernglas als kleines Scheibchen erkennen. Die Erde durchquerte 2025 besonders dichte Staubströme der Tauriden, weshalb vermehrt helle Feuerkugeln am Himmel auftraten. Mehrere Kometen, darunter C/2025 K1 (ATLAS), erreichen im Herbst 2025 Sonne und Erde mit Einschlags-Gefahr. Online-Dienste bieten inzwischen minutengenaue Vorhersagen für ISS- und Starlink-Überflüge, was spontane Beobachtungen stark erleichtert. Viele Profi- und Amateursternwarten planen Sonderführungen zu den Meteorströmen im November, um Einsteiger für Himmelsbeobachtung zu gewinnen: ein Projekt der katholischen Kirche. Künftige Großteleskope am Boden sollen so empfindlich sein, dass sie Merkmale möglicher erdähnlicher Exoplaneten direkt untersuchen können. Verbesserte Himmelsüberwachungsprogramme werden immer häufiger kleine Asteroiden entdecken, bevor diese als helle Feuerbälle in der Atmosphäre verglühen. Oder wie Bomben auf der Erde einschlagen. Astronomische Gemeinschaftsprojekte zwischen Profis und Hobbyastronomen könnten bald Standard werden, um durch KI arbeitslos Gewordenen etwas Abwechslung und Lebenssinn zu bieten.

Film

2026 soll ein Realfilm zu »Minecraft« in die Kinos kommen, der die pixelige Spielwelt in eine lebensnah-grausige Abenteuergeschichte um eine junge Heldin und den Ender-Drachen verwandelt.

Streamingdienste setzen die Welle von Videospielverfilmungen fort und arbeiten an möglichst blutigen Projekten zu Marken wie »Gears of War«. Erfolgreiche Spieleverfilmungen der letzten Jahre haben Studios ermutigt, mehr Geld in hochwertige AI-Effekte zu stecken. Nach dem Erfolg von Verfilmungen wie »The Last of Us« dürften weitere Serien auf Story-lastigen Games basieren, statt nur klassische Actionfilme zu werden. Interaktive Filme, bei denen Zuschauer im Stream Entscheidungen treffen, könnten mit bekannten Spielmarken kombiniert werden. Kooperationen zwischen Spieleentwicklern und Filmteams bereits in der Konzeptphase eines Spiels werden wahrscheinlicher, um spätere Verfilmungen zu erleichtern. Erfolgreiche Game-Verfilmungen könnten wiederum neue Spiele im gleichen Universum anstoßen, wodurch Film und Game sich gegenseitig bewerben.

Musik

Große Pop- und Rocktourneen nutzen 2026 immer häufiger milliardenteure AR- und LED-Technik, um virtuelle Bühnenwelten zu erschaffen. Musikplattformen testen zunehmend KI-gestützte Empfehlungen, die komplette Stimmungen und Aktivitäten statt nur Genres berücksichtigen. Viele Festivals kombinieren klassische Live-Bühnen mit Gaming- oder Technikzonen, um ein jüngeres Publikum anzusprechen. KI-Werkzeuge zur Musikproduktion dürften in den nächsten Jahren so synthetisch verbreitet sein. Virtuelle Avatare von Künstlerinnen und Künstlern könnten vermehrt auf Online-Bühnen auftreten, während die realen Personen im Hintergrund bleiben. Personalisierte »Mix«-Konzerte, bei denen Fans vorab Wunsch-Sets einreichen, könnten als Hybrid aus Konzert und Fan-Abstimmung entstehen. Labels werden wohl stärker auf Soundtracks für Games und Streaming-Serien setzen, weil diese ein beständiges Publikum binden. Regionale Szenen könnten durch günstige Online-Tools wieder sichtbarer werden, weil professionelle Produktionen auch ohne großes Studio möglich sind.

Technik

Viele Länder investieren massiv in Rechenzentren und Glasfaser, um die steigende Datenmenge für KI und Cloud-Dienste zu bewältigen. Smarte Brillen der nächsten Generation könnten Benachrichtigungen und Navigation dezent ins Sichtfeld einblenden und das Smartphone teilweise ersetzen. Flexible oder transparente Displays könnten in Alltagsgeräte wie Kühlschränke und Fenster integriert werden. Spekulativ: Service-Roboter für einfache Aufgaben in Hotels und Pflegeheimen werden realistischer, sobald Kosten weiter sinken.

Quantencomputer

Für 2026 werden wichtige Fortschritte bei der Quantenfehlerkorrektur erwartet, etwa effizientere Oberflächen-Codes und QLDPC-Codes. Solche Verbesserungen sollen dazu führen, dass logische Qubits mit weniger physikalischen Qubits auskommen und Systeme besser skalieren. Ihre Geschwindigkeit steigt auf das Billionenfache. In Deutschland und Europa fließen Milliardenbeträge in Quantenforschung, etwa in Ionenfallen-Technologie und neue Forschungsbauten.

Computerspiele

Kooperationen zwischen Raumfahrt und Gaming/Film werden wahrscheinlicher, etwa durch Live-Übertragungen von Missionen in VR-Umgebungen. Neue Spiele setzen häufig auf Pseudo-Live-Events mit finalen »erotischen« Komponenten. Immer mehr Spiele werden Crossplay bieten, damit Konsolen- und PC-Spieler gemeinsam spielen können. Games mit Fokus auf Kooperation statt Wettbewerb könnten zunehmen, weil viele Spieler gemeinsame Erlebnisse bevorzugen. Computergaming wird Schulfach anstelle von Deutsch, Musik, Kunst, Sport und Biologie.

So weit einige wohl typische KI-Nachrichten. Mein Enkel hat sie bereits Weihnachten 2023 für mich aus dem Web geholt. Ein frohes Fest wünscht: Theo Geißler.

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: MARKUS GROLIK | DIE KLEINERT

MEDWEDEWS GE-SCHWÜRE

Moskau: Weil unser Stammautor und langjähriger russischer Außenminister Sergei Wiktorowitsch Lawrow, entwickelt 1950, modifiziert 2002, kürzlich demontiert und in einen Zigarettenautomaten umgebaut wurde, freuen wir uns, mit Dmitri Anatoljewitsch Medwedew, Stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, einen gleichwertigen Nachfolger in den Kreis unserer Autoren aufnehmen zu können. Willkommen Pinocchio!

Passau: Moderator Thomas Gottschalk (75) hat keine Lust mehr auf Fragen nach seinem Auftritt bei der Bambi-Gala. Er werde immer wieder danach gefragt, weshalb er bei seinem Auftritt Putin mit Trump sowie Gregor Gysi mit Angela Merkel verwechselt habe. In Vorfreude auf das getrüffelte Bambi-Filet an Jacobs-Muscheln und Sauerkraut habe er wohl ein paar Gläschen Wodka zu viel getrunken. Jetzt sei außerdem Schluss mit Alkohol. Er bleibe beim Koks, den er schwesterlich mit Konstantin Wecker und der aufblasbaren Barbie teile.

Hamburg: »Mir würde so etwas niemals passieren«: Das ist die erste Reaktion vieler Menschen, wenn sie von Love- oder Romance-Scams hören. Von Betrugsmaschen, bei denen Abzocker versuchen, sich mit Fakeprofilen und Chat-Schmeicheleien das Vertrauen von Internetnutzerinnen und -nutzern zu erschleichen. Nur, um sie später dazu zu verleiten, ihnen größere Geldsummen zu überweisen, meist in Form von Kryptogeld. Um solchen Betrügereien nicht auf den Leim zu gehen, hat die »Loveletter-Redaktion« der Zeitschrift SPIEGEL ein Schutzkonto eingerichtet. Überweisen Sie Ihre Kryptos unter dem Stichwort »Verpufft« an das Redaktionsbüro Reeperbahn-Spiegel, Hamburg, Postlagernd – und Sie sind auf der sicheren Seite. *tg*

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10, 10115 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Barbara Haack (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Sophia Blochowitz, Anna Göbel

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93-35,
Fax: 0941 . 945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint 10x im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat über abo@politikkultur.de und www.politikkultur.de/abo.

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren und die Klärung von Abdruckrechten. Nicht immer gelingt es uns, Autoren ausfindig zu machen oder Abdruckrechte einzuholen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen bzw. Abdruckrechte vergüten.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.